

*Fricke:* Ich bin angerufen worden. Die Information von Herrn Oberländer war verfrüht. Die Sitzung der Fraktion des BHE ist vor 20 Minuten zu Ende gegangen. Er hat behauptet, daß Herr Hellwege über die Einigung vom letzten Freitag Märchen erzählt habe. Man hat sich noch nicht geeinigt. Der Beschluß des BHE lautet: Die bisherigen Verhandlungen mit den drei Parteien CDU, DP und FDP werden so nicht akzeptiert, sondern es soll weiter verhandelt werden.

*Adenauer:* Ist die Mitteilung des Herrn Ripken<sup>93</sup>, daß sie ein Zusammengehen mit der DRP ablehnen, richtig?

*Fricke:* Darüber wußte mein Gewährsmann nichts. Ich habe ihn verständigt, daß morgen die weitere Besprechung stattfinden soll und daß sich die Herren Oberländer und Hellwege einschalten.

*Adenauer:* Es kam eben, während ich oben war, die Mitteilung, daß die Fraktion des BHE eine Lösung mit der DRP abgelehnt habe. Man kann vielleicht zu gegebener Zeit in die Zeitung bringen, daß die SPD so etwas vorschlägt und daß es der BHE ablehnt, mit der Gesellschaft zusammenzugehen.

*Tillmanns:* Damit darf ich die Sitzung endgültig schließen.

## 8

*Bonn, 3. Juni 1955*

*Sprecher: Adenauer, Albers, Bach, Blank, Cillien, Eplée, Fay, Gradl, von Hassel, Heck, Frau Heiler, Hellwig, Johnen, Kaiser, Kiesinger, Krone, [von Lojewski], Majonica, Müller, [Pferdmenges], Scharnberg, Schröder, Simpfendörfer, Strickrodt, Strauß, Tillmanns, Wehking, Wuermeling, Zimmer.*

*Bericht über die politische Lage. Zusammenhang von Entspannung und Wiedervereinigung; Freiwilligengesetz. Abschließender Bericht der vom Vorstand eingesetzten Kommission über Änderung und Erweiterung des Parteistatuts. Organisatorische Aufgaben innerhalb der CDU; Parteifinanzierung, weltanschauliche Grundlagen; Parteitag.*

*Beginn: 11.00 Uhr*

*Ende: 19.00 Uhr*

*Adenauer:* Meine Damen und meine Herren! Ich muß mich doch stellen, damit ich mich deutlich mache. Wenn ich müde bin, dann setze ich mich. Ich heiße Sie

---

93 In der Vorlage: Reppen(?). – Dr. Georg Ripken (1900–1962), 1951–1958 Ministerialdirektor und seit 1954 Staatssekretär im Bundesministerium für Angelegenheiten des Bundesrates bzw. des Bundesrates und der Länder, 1958–1961 MdB (bis 1960 DP, dann CDU).

zunächst herzlich willkommen. Ich habe den Auftrag, Ihnen von Herrn Dr. Seidel, dem Vorsitzenden der CSU, der gestern bei mir war, beste Grüße zu übermitteln. Er konnte leider nicht an unserer heutigen Sitzung teilnehmen, da er unbedingt nach München zurückfahren mußte.

Ich darf daran anknüpfend sofort folgendes sagen: Herr Seidel und ich stimmen darin überein, daß versucht werden muß, unbeschadet selbstverständlich der Selbständigkeit beider Parteien, eine konstante, nähere Fühlungnahme zwischen der CSU und der CDU herbeizuführen, und zwar nicht nur hier im Bundestag, sondern auch zwischen den Parteien als solche. Es muß natürlich dabei darauf geachtet werden, daß die CSU in Bayern niemals in den Verdacht kommen kann, daß sie mit uns Geschichten macht, die sich für eine bayerische Partei nicht gehören; denn Sie wissen ja, daß die Bayernpartei, der Konkurrent der CSU, sehr argwöhnisch darauf achtet, daß andere nicht das tun, was sie vielleicht gern einmal tun möchte. (*Heiterkeit.*) Unsere Tagesordnung enthält nicht viele, aber sehr wichtige Punkte. Ich soll Ihnen zunächst einen Bericht über die politische Lage geben. Um 13 Uhr soll das Mittagessen sein. Das ist aber ein kaltes Büfett, soviel ich unterrichtet bin, so daß Sie sich hier keinen falschen Erwartungen hingeben dürfen.

Ich möchte, wenn ich Ihnen jetzt einen Vortrag halte über die politische Situation, zunächst über die außenpolitische Lage, dann über die innenpolitische Lage und im Zusammenhang damit über die Vorbereitungen zur Bundestagswahl im Jahre 1957 sprechen.

#### BERICHT ÜBER DIE POLITISCHE LAGE

*Adenauer:* Die Bewegung in der Außenpolitik, die sich schon abzeichnete, als wir am 2. Mai dieses Jahres hier zusammen waren, hat sich weiter fortgesetzt. Ich kann das stichwortartig belegen, indem ich zunächst auf Österreich hinweise. Die Sowjets haben nach unendlichen Verhandlungen auf der Berliner Konferenz, nachdem alle ihre Wünsche, die sie dort geäußert hatten, erfüllt waren, in bezug auf den österreichischen Staatsvertrag erklärt, daß sie diesen Staatsvertrag ohne eine Regelung der Deutschlandfrage nicht genehmigen würden. Plötzlich ist es dann anders gekommen, nicht ganz so, wie es im Interesse Europas und des europäischen Gedankens auch für uns wünschenswert gewesen wäre.

Aber ich will in keine Kritik eintreten, sondern möchte nur das eine sagen: Die Art und Weise, wie wir von Österreich behandelt worden sind, war alles andere als schön. Und es scheint – ich darf wohl auf Ihre Diskretion rechnen –, daß diese Art und Weise der Behandlung der Bundesrepublik Deutschland in Moskau vorher überlegt worden ist; ich meine jetzt das Eigentum der Deutschen.<sup>1</sup>

---

<sup>1</sup> Der Staatsvertrag (Unterzeichnung am 15. Mai 1955) sah lt. BULLETIN vom 18. Mai (S. 770) in seiner neuen Fassung einen Absatz 13 als Zusatz zu Art. 35 des früheren Entwurfs (jetzt

Sehr unangenehm ist es auch, und nach meiner Meinung gegen die historische Wahrheit, wenn Österreich die Sache so darstellt, als wenn es von uns vergewaltigt worden wäre und tatsächlich ein Recht auf Reparationen hätte. Das Wort ist tatsächlich von hohen österreichischen Regierungsmitgliedern ausgesprochen worden. Sie wissen ja, wie der Anschluß Österreichs vollzogen worden ist. Sie wissen, daß es weite Teile in Österreich gegeben hat, die nationalsozialistischer gewesen sind als irgendein Teil Deutschlands. Wenn man dort nun Anspruch auf Reparationen erhebt ... Die Gebeine Hitlers sind nicht aufzufinden, sonst würde ich anheimstellen, diese Gebeine Hitlers wieder in sein Heimatland zurückzuführen.

Wir halten uns in der ganzen Frage zunächst sehr zurück. Wir bemühen uns natürlich, die Rechte unserer deutschen Landsleute nach Möglichkeit zu wahren. Wieweit wir Erfolg haben werden, das läßt sich nicht überschauen. Ich habe die Ausführungen über das Verhältnis zu Österreich hier nur eingeschoben, um Ihnen darzulegen, wie die ganze außenpolitische Lage in Bewegung gekommen ist. Es ist wohl kein Zweifel möglich, daß von seiten Sowjetrußlands diese Neutralität Österreichs vorgeschlagen und dann akzeptiert worden ist, um hier bei uns in Deutschland ähnliche Gedanken und Ideen, die schon vorhanden waren, zu fördern, vielleicht auch, um solche Gedanken und Ideen zu fördern in anderen Teilen Europas und der Welt.

Ich möchte weiter anführen von dieser ganzen Kette von Ereignissen seit dem 26. Mai den Besuch der Russen in Jugoslawien.<sup>2</sup> Der Besuch war sehr groß aufgezogen. Er hatte wohl zum Ziel, Jugoslawien von der Seite der Westmächte wegzuziehen, eventuell auch wieder ein neues Beispiel über die Regelung der Deutschlandfrage zu schaffen. Nach dem Ergebnis, das veröffentlicht worden ist, wissen Sie, daß über die Deutschlandfrage gesprochen worden ist.<sup>3</sup> Jeder kann daraus lesen, was er will. Ich glaube aber, das eine sagen zu können, daß Tito die westliche Linie in keiner Weise verlassen hat. Die Russen haben es sehr dumm angefangen. Tito ist Regierungschef; die Russen haben aber zunächst bei der Ankunft Chruschtschow<sup>4</sup> vorgeschickt, der nicht Regierungschef ist, sondern er ist Chef der Kommunistischen Partei. Chruschtschow hat sich dann sofort auf das Radio gestürzt und in russischer Sprache eine donnernde Rede gehalten, in der er die Kommunisten Jugoslawiens aufgefordert hat, zusammen mit den Kommunisten der Sowjetunion vorzugehen, um den Völkern zu Segen, Heil und Frieden zu verhelfen.

---

Art. 22) vor, daß nunmehr Eigentum bis zum Wert von 260.000 Schilling an natürliche Personen zurückgegeben werden sollte, darüber hinausgehende Werte jedoch nicht. Dies hatte zu einem scharfen Protest des Auswärtigen Amtes in Wien und drei Noten an die Westmächte geführt (vgl. auch AdG 1955 S. 5177).

2 In der Vorlage: 2. Mai. – Vom 26. Mai bis 3. Juni. Texte in AdG 1955 S. 5187–5189.

3 Angesprochen wurde im Zusammenhang mit Rüstungskontrolle und kollektivem Sicherheitssystem eine „Lösung der Deutschlandfrage auf demokratischer Grundlage, die sowohl mit den Wünschen und den Interessen des deutschen Volkes als auch mit den Interessen der allgemeinen Sicherheit übereinstimmt ...“ (EBD. S. 5188).

4 Nikita Sergejewitsch Chruschtschow (1894–1971), sowjetischer Politiker; 1953–1964 Erster ZK-Sekretär und ab 1958 auch Ministerpräsident.

Nun müssen Sie wissen, daß in Jugoslawien ein Teil der Kommunistischen Partei auf dem Standpunkt steht, mit Rußland das zusammen zu machen. Und an diesen Teil hat sich Chruschtschow in nackten Worten gewandt. Tito hat daneben gestanden, bleich vor Wut. Er hat, als Chruschtschow nach seiner Rede eine serbische Übersetzung hervorzog, damit auch diese Rede in Serbisch verlesen wurde, das abgelehnt; er hat überhaupt kein Wort des Willkommens gesprochen und hat den Herrn Chruschtschow zum Wagen gebracht. Dann sind sie und die anderen in ihr Quartier gefahren.

Wie der ganze Verlauf gewesen ist, das können Sie am besten aus folgendem ersehen: Bei der Ankunft war Chruschtschow der Führer der sowjetrussischen Delegation; bei der Abfahrt war es Bulganin<sup>5</sup>. Chruschtschow war in den Hintergrund getreten. Die Russen haben nach den Berichten, die wir bekommen haben, in der plumpesten Weise versucht, dort Stimmung zu machen. So hat bei einem Bankett Bulganin den griechischen Botschafter darauf angesprochen, daß Rußland sein Christentum von Griechenland her bekommen habe. Alles in allem kann man wohl annehmen, daß die Reise der Sowjets nach Jugoslawien nicht den von ihnen gewünschten Erfolg gehabt hat.

Eine viel ernstere Angelegenheit ist die Frage der Bildung eines Gürtels von neutralen Staaten in Europa. Man kann nicht mit Sicherheit feststellen, wer zuerst diesen Gedanken in die Welt gesetzt hat. Der Gedanke birgt große Gefahren in sich. Die Gefahren waren um so größer, als der amerikanische Präsident in einer Pressekonferenz eine Äußerung tat über diesen Plan, der von seiner eigenen Regierung als mißverständlich bezeichnet worden ist. Wir haben selbstverständlich sofort die nötigen Schritte getan. Und es kann gar keinem Zweifel unterliegen, daß die amerikanische Regierung und sicher nunmehr auch Eisenhower den Gedanken absolut ablehnen.<sup>6</sup>

Aber der Gedanke hat zumindest in einem Teil der amerikanischen Öffentlichkeit und auch in einem ernst zu nehmenden Teil der amerikanischen Presse einen Widerhall gefunden, den man sich nur erklären kann 1. aus der verständlichen Unkenntnis der Dinge in Europa und 2. aus dem ebenfalls verständlichen Bestreben, nun irgendwie jetzt aus diesen Dingen herauszukommen. Wenn Sie sich vorstellen, daß dieser neutrale Gürtel, bei Norwegen anfangend und hinunterreichend bis nach Griechenland, alles umfassen würde, was da liegt, auch wenn einige kommunistisch regierte Staaten wie Polen und die Tschechoslowakei dabei wären – das würde keinen Unterschied machen –, dann bliebe von Europa noch übrig: Italien, Frankreich und Spanien. England kann man in diesem Sinne nicht zu Europa rechnen. Dann wäre folgendes erreicht: Die Europapolitik wäre vollkommen ausradiert, mit der Wurzel entfernt. Es wäre weiter

---

5 Nikolai Alexandrowitsch Bulganin (1895–1975), sowjetischer Politiker; 1918–1922 Tschechien und bis 1939 im Obersten Volkswirtschaftsrat, 1952–1955 Verteidigungsminister, 1955–1958 Ministerpräsident.

6 Wortlaut der Erklärung Eisenhowers in AdG 1955 S. 5178, dort (S. 5179) weitere Stellungnahmen. Vgl. auch ADENAUER: Erinnerungen 2 S. 442–446.



den doch sehr starken kommunistischen Parteien in Frankreich und in Italien größte Unterstützung gegeben, um irgendwie auch an diesen Gürtel heranzukommen oder die Herrschaft dort zu erreichen.

Sie wissen, daß Mendès-France den Kampf um die Wahl zur Nationalversammlung im April des nächsten Jahres unter der Devise führen wird: *La nouvelle gauche!* – die neue Linke –, mit anderen Worten: eine Wiederholung der Volksfront. Man will nur das Wort „Volksfront“ vermeiden. Man würde also diesen Tendenzen auch einen großen Auftrieb gegeben haben. Der Koloß Sowjetrußland würde daneben liegen mit seiner großen Kraft und Stärke. Und diese neutralisierten Staaten würden mit tödlicher Sicherheit wie auch die anderen Länder in absehbarer Zeit in die russische Atmosphäre hineinkommen. Damit hätte Sowjetrußland das erreicht, was ja immer das Ziel seiner Politik gewesen ist. Es würde einmal Amerika aus Europa entfernt haben, und zweitens würde es durch die Beherrschung des wirtschaftlichen und des kriegswirtschaftlichen Potentials von Westeuropa ein Kriegspotential erreicht haben, das dem der Vereinigten Staaten bedenklich nahegekommen wäre. Damit hätte es durch die Schaffung eines solchen Gürtels genau das Gegenteil von dem in der Welt erreicht, was wir wollen, nämlich Verständigung und Friede.

Das Ergebnis würde dann sein, daß sich die beiden Riesenmächte, die Vereinigten Staaten auf der einen und Sowjetrußland auf der anderen Seite, allein gegenüberstanden hätten. Das würde nach meiner Überzeugung in absehbarer Zeit sicher zu einem Zusammenstoß und zu einer Katastrophe geführt haben. Der Gedanke ist aber nicht tot; doch haben ihm – Gott sei Dank – alle Parteien in Deutschland lebhaft widersprochen, auch Herr Ollenhauer.<sup>7</sup> Ich verrate vielen von Ihnen kein Geheimnis, wenn ich sage, daß in einer bewegten Vorstandssitzung der Sozialdemokratischen Partei – ich will mich jetzt sehr vorsichtig ausdrücken – Herr Ollenhauer mit diesem Entgegnetreten gegen den Gedanken keinen ungeteilten Beifall gefunden hat; er ist im Gegenteil deswegen sehr heftig angegriffen worden.

Ich wiederhole, der Gedanke ist noch nicht tot. Er wird sicher wieder im Verlauf der Konferenzen, die wir erwarten<sup>8</sup>, wieder in das Gespräch von Sowjetrußland oder von irgendeinem hineinlanciert werden. Das kann man jetzt noch nicht genau sagen. Für uns Deutsche birgt der Gedanke die denkbar größte, ja eine tödliche Gefahr in sich. Daher muß unsere Partei und auch die gesamte deutsche Öffentlichkeit sehr achtsam auf alles aufpassen, was eventuell nach dieser Richtung vorgebracht werden wird.

---

7 Ollenhauer hatte sich am 22. Mai in Mülheim entschieden gegen eine Neutralisierung Deutschlands ausgesprochen (vgl. „Die Welt“ vom 23. Mai 1955); vgl. Hans-Erich VOLKMANN: Die sozialdemokratische innerparteiliche Diskussion über Sicherheit, Entspannung und deutsche Einheit (1953–1955). In: THOSS/VOLKMANN S. 153–177.

8 Anspielung auf die für den 17.–23. Juli in Genf vorgesehene Konferenz der vier Hauptsiegermächte. – Vgl. Renata FRITSCH-BOURNAZEL: Frankreichs Ost- und Deutschlandpolitik im Zeichen der Genfer Gipfelkonferenz von 1955. In: THOSS/VOLKMANN S. 71–91.

Ich versichere Ihnen, daß ich sehr sorgenvolle Tage gehabt habe, als plötzlich der Gedanke auch in der Pressekonferenz von Eisenhower auftauchte. Auch da muß ich mich vorsichtig ausdrücken. Wenn ich es richtig behalten habe, dann hat Eisenhower diese Äußerung getan aufgrund einer Anfrage des Berichterstatters von „Le Monde“. Und „Le Monde“ ist nicht gerade ein Blatt, das ein freies und starkes Deutschland wünscht.

Meine Damen und Herren! Die weiteren Ereignisse auf außenpolitischem Gebiet, die Ihnen zeigen, wie alles in Bewegung gekommen ist, waren die Konferenzen in Paris. In Paris sind in Wirklichkeit mehrere Konferenzen nebeneinander abgewickelt worden; zunächst eine Konferenz der Westeuropäischen Union. Sie begann des Samstags.<sup>9</sup> Man traf des Samstags abends um einhalb 11 Uhr ein, war aber nicht zu tief in der Nacht zu Ende, und zwar in voller Einmütigkeit. Die Westeuropäische Union hat sich konstituiert. Es ist eine Reihe von Ämterbesetzungen vorgenommen worden. Es hat dann am letzten Tage noch eine Konferenz der Westeuropäischen Union in Paris stattgefunden, bei der die Saarfrage das Thema war.<sup>10</sup> Zunächst hat die Westeuropäische Union dort beschlossen, die Rechte und die Pflichten, die sich aus dem Saarabkommen für die Westeuropäische Union ergeben, zu übernehmen. Es sind dann zwei Fragen, die zwischen Frankreich und uns noch sehr strittig waren, gelöst worden, und zwar in unserem Sinne. Das eine betraf die Stellung des Saarkommissars, und bei der anderen Frage handelte es sich um die Ausgewiesenen. (Zuruf: Graukärtler!)

In der Frage der Ausgewiesenen ist es mir gelungen, durch den Hinweis auf den Osten und auf die Konsequenzen, die sich aus einer Abstimmung an der Saar – die dem Wunsch Frankreichs entsprach – für etwa notwendig werdende Abstimmungen im Osten ergeben würden, etwas zu erreichen. Wenn man so verführe, wie das Frankreich und insbesondere die Saar wollten, dann würden in Zukunft zu erwartende Abstimmungen im Osten höchstwahrscheinlich nach demselben Schema abgehalten. Das wäre für Deutschland verheerend gewesen. Diese meine Ausführungen haben zu dem Ergebnis geführt, daß dann der deutsche Vorschlag einstimmig angenommen worden ist, und zwar entgegen dem Verlangen der Saar, die natürlich in der Westeuropäischen Union keinen Vertreter hatte. Aber er war offenbar im Quai d'Orsay. Ein Herr lief fortwährend von dem Tisch, an dem wir saßen, heraus und kam wieder zurück und flüsterte den französischen Herren etwas ins Ohr und gab so der ganzen Sitzung der Westeuropäischen Union, die sich mit der Saarfrage beschäftigte, etwas Unruhiges.

Auch die Frage des Saarkommissars ist in unserem Sinne geregelt worden, wenn auch in einer etwas anderen Form. Der Saarkommissar hat in einigen dringenden Fällen das Recht, auch zu verlangen, daß von ihm als nicht für richtig und nicht mit

---

9 7. Mai 1955. – Communiqué in BULLETIN vom 10. Mai 1955 S. 718; vgl. auch AdG 1955 S. 5150.

10 11. Mai 1955. – Text der Beschlüsse über die Durchführung des Saarabkommens in AdG 1955 S. 5157f. Vgl. SCHMIDT 3 S. 159–164.

dem Saarstatut als vereinbar anzusehende Maßnahmen – auch wenn sie gesetzlicher Natur sind – gestoppt werden und dann der Ministerrat der Westeuropäischen Union von der Saarregierung angerufen werden kann.

Meine Damen und Herren! Ich hoffe, daß jetzt eine Beruhigung an der Saar eintreten wird. Ich möchte bei der Gelegenheit doch feststellen – Herr Altmeier ist drüben noch festgehalten<sup>11</sup>, er wird aber sicher meine Ausführungen bestätigen –, daß im Wahlkampf Rheinland-Pfalz die Saarfrage wirklich keine entscheidende Rolle gespielt hat, sondern der glänzende Wahlerfolg, den unsere Partei in Rheinland-Pfalz errungen hat<sup>12</sup>, ist zurückzuführen auf die allgemeine Politik, die im Bund von unserer Partei geführt worden ist, und auf die ausgezeichnete Arbeit, die von der unter der Führung der CDU stehenden letzten Regierung von Rheinland-Pfalz im Lande selbst getrieben wurde.

Meine Damen und Herren! In Paris war dann eine Konferenz der NATO, in die Deutschland aufgenommen worden ist.<sup>13</sup> Darüber haben Sie in der Presse genug gelesen. Ich möchte hier nur sagen, daß die Aufnahme, die ich als deutscher Vertreter gefunden habe, sehr herzlich und ehrenvoll gewesen ist. In einer anschließenden geheimen Sitzung der NATO wurde dann ein sehr klares Bild gegeben über die Weltlage überhaupt und auch über die Lage in Asien. Die NATO begrenzt sich auf den Nordatlantik, aber die Dinge in der ganzen Welt hängen doch so zusammen, daß man die Streitfragen im Raume des Nordatlantik nicht behandeln kann, ohne gleichzeitig auch die Dinge zu berücksichtigen, die in Asien vor sich gehen.

Aus einem umfangreichen Vortrag von Herrn Dulles hatte jeder den Eindruck, daß die Vereinigten Staaten absolut, soweit es irgend möglich ist, den Frieden gewahrt wissen wollen. Der Vortrag von Herrn Dulles wurde ergänzt durch einen Vortrag des stellvertretenden Ministerpräsidenten der Türkei über die Konferenz in Bandung<sup>14</sup>, auf der er als Teilnehmer gewesen ist. Dieser Bericht war insofern höchst aufschlußreich, als er sehr klar zum Ausdruck brachte, daß Sowjetrußland keineswegs Asien hinter sich hat und daß die Vorstellungen, die wir hier im Westen darüber haben – auch Leute, die unterrichtet sind oder sein müßten, wie Politiker und Diplomaten –, wonach Sowjetrußland die Vormacht Asiens sei, falsch sind.

Ich darf Sie daran erinnern, daß von den dort vertretenen 27 Staaten 13 den Antrag eingebracht haben, in dem sie den Sowjetrussen einen neuen Kolonialismus vorwarfen, und daß dieser Antrag einstimmig, auch mit den Stimmen Rotchinas, angenommen worden ist, wie überhaupt der Tschou En-Lai auf dieser Konferenz so an die Seite gedrückt worden ist von den anderen, daß er sich als ein ungewöhnlich friedliebender und sehr bescheidener Mensch gegeben hat. Wie lange das andauern wird, das ist

---

11 Um 11 Uhr tagte der Sicherheitsausschuß des Bundesrates (TERMINKALENDER).

12 Vgl. Nr. 7 Anm. 11.

13 Vom 9. bis 11. Mai 1955 (vgl. AdG 1955 S. 5156f.).

14 Vom 18. bis 24. April 1955 (vgl. Nr. 7 Anm. 27). – Stv. Ministerpräsident der Türkei war vom 17. Mai 1954 bis 26. Mai 1955 Fatin Rüstü Zorlu (1910–1961).

eine Frage für sich. Aber wichtig ist für uns, wenn wir die Verhältnisse in Europa betrachten, daß keineswegs die Annahme gerechtfertigt ist, daß Sowjetrußland die asiatische Vormacht sei, die die ungeheuren Menschenmassen in Asien hinter sich habe.

Das ist mir auch bestätigt worden durch den thailändischen Ministerpräsidenten, der vor kurzem hier war<sup>15</sup>, der einen vorzüglichen Eindruck machte, ein absoluter Antikommunist, der in sich vereinigt eine Reihe von Ämtern. Dagegen bin ich, obgleich ich z.Z. noch zwei Ämter habe, ein Waisenknabe. Er ist Ministerpräsident, Feldmarschall, Großadmiral und Kultusminister! (*Heiterkeit.*) Er ist ein ungewöhnlich sympathischer Mann und eine sympathische Erscheinung.

Ich kehre zurück zu dem ernststen Thema: Sowjetrußland. Eine weitere Konferenz in Paris beschäftigte sich dann mit der Vorbereitung zur Viererkonferenz, d.h. mit der Frage, ob man Sowjetrußland zu einer solchen Konferenz einladen soll. An der Besprechung der drei westlichen Außenminister – des amerikanischen, des französischen und des britischen – habe ich teilgenommen, und zwar im Gegensatz zu früher, wo wir nur konsultiert, d.h. gefragt wurden, wenn Beschlüsse zu fassen waren, ob wir damit einverstanden seien.<sup>16</sup> Diesmal wurde ich von vornherein beigezogen und konnte sehr frei, unbefangen und offen meine Meinung sagen. Übereinstimmend war man der Auffassung, daß man eine solche Einladung an Sowjetrußland ergehen lassen solle. Dabei waren zwei Gründe entscheidend, einmal, daß nunmehr durch den Abschluß der Pariser Verträge und durch die Aufnahme Deutschlands in die NATO sowie durch die Konstituierung der Westeuropäischen Union die Einigkeit des Westens hergestellt sei – ich darf nachher über die Einigkeit des Westens noch ein Wort sagen –, und zweitens der Gesichtspunkt, daß Sowjetrußland sich z.Z., ich will nicht sagen in einem Zustand der Schwäche befindet, das würde vielleicht zu weit gehen, aber jedenfalls nicht mehr in der Überlegenheit gegenüber dem Westen befindet, wie das noch vor wenigen Jahren der Fall gewesen ist.

Es zeigen sich aber in der Sowjetunion augenscheinlich Zeichen einer gewissen inneren Schwäche. Zunächst ist der Kampf in Sowjetrußland darüber, wer schließlich der Übrigbleibende ist von den jetzigen Machhabern, noch keineswegs ausgefochten. Ein kleines, aber klares Beispiel habe ich eben angeführt. Chruschtschow kam als der Führer der großen Delegation nach Belgrad, und die große Delegation reiste dann ab unter der Führung von Bulganin.

Der zweite Grund ist die ernste landwirtschaftliche Krise, in der sich Sowjetrußland nach wie vor befindet. Chruschtschow – ich kann Ihnen das sehr einwandfrei sagen – behauptet, daß die landwirtschaftliche Krise in Sowjetrußland nicht etwa auf einem Mangel an Getreide beruhe, aber sie beruhe auf einem Mangel an Vieh. Das Bestreben der sowjetrussischen Landwirtschaft müsse sein, durch eine Steigerung

---

15 Marschall Luang Pibul Songgram (1897–1964), 1948–1957 (Sturz) Ministerpräsident, war vom 26. bis 28. Mai in Bonn gewesen.

16 Einladung vom 11. Mai (vgl. AdG 1955 S. 5156; ADENAUER: Erinnerungen 3 S. 440f.).

der Getreideernte auch eine Erhöhung des Viehbestandes zu erreichen. Sie wissen, das Vieh ist ein unbedingt notwendiger Bestandteil der gesamten Landwirtschaft und natürlich auch das Fleisch des Viehs ein unentbehrliches Nahrungsmittel. In den Gebieten dort kann man keine Ernte – auch keine Körnerernte – auf die Dauer hochhalten, wenn kein Vieh da ist.

Chruschtschow hat öffentlich erklärt, daß der Viehbestand in Sowjetrußland z.Z. etwas geringer sei, als er im Jahre 1928 gewesen ist; das bedeutet also: vor 27 Jahren.<sup>17</sup> Die Ursache ist, daß man eben die Bauern weggeholt hat, daß man Staatsbetriebe – die großen Kolchosen – angelegt und anscheinend an diese Fragen nicht gedacht hat. Weil diese Mängel in der landwirtschaftlichen Produktion auf einer strukturellen Grundlage beruhen, die sich nicht in ein, zwei oder drei Jahren beheben lassen, so wird Sowjetrußland voraussichtlich auf längere Jahre hinaus mit sehr schweren landwirtschaftlichen Sorgen zu kämpfen haben. Die Ernährung seiner Bevölkerung ist nicht sichergestellt. In der Tschechoslowakei müssen schauerhafte Verhältnisse herrschen in bezug auf die Versorgung der Bevölkerung. In Polen ist es so, daß die Bauern vielfach nur so viel Land bebauen, als nötig ist, damit sie und ihre Familie leben können. In der Sowjetzone sieht es, von besonders bevorzugten Intellektuellen, Künstlern und leitenden industriellen Persönlichkeiten abgesehen, ebenfalls sehr schlecht aus und in Sowjetrußland selbst auch. Also, das ist ein Zeichen der Schwäche Sowjetrußlands.

Es kommt hinzu, daß Sowjetrußland es nun unternommen hat, bei der Aufrüstung Amerika gleichwertig zu werden. Dazu gehört aber, namentlich bei der Aufrüstung in Atomwaffen, eine so ungeheure Geldsumme, daß Sowjetrußland das einfach nicht aufbringen kann. Endlich ist Sowjetrußland gegenüber Rotchina Verpflichtungen eingegangen, wie Lieferungen von industriellen Gütern usw., die zu erfüllen es ebenfalls nicht in der Lage ist. Es handelt sich also bei der Schwäche Sowjetrußlands nicht etwa – darüber müssen wir uns klar sein – um innenpolitische Gegensätze gegenüber dem Regime, obwohl diese auch vorhanden sind; denn nicht umsonst sind etwa 25 Millionen Russen in Konzentrationslagern.

Von den zwölf deutschen Journalisten, die jetzt nach Moskau unterwegs sind oder in einigen Tagen abfahren, haben nur zwei mit der Bundesregierung vorher Fühlung genommen. Sie fahren einfach wild drauflos. Ich bin davon überzeugt, man wird ihnen das zeigen, was man den Vertretern illustrierter Zeitungen gezeigt hat: einige neue Gebäude usw. Man führt Volksgruppen vor, die tanzen und ein Picknick machen. Und dann fahren sie nach Hause in der Meinung, es sähe in Sowjetrußland nicht so schlecht und schlimm aus. Aber es sieht wohl schlimm aus. Diese innere Schwäche Sowjetrußlands – Stärke und Schwäche bei einander gegenüberstehenden Partnern sind immer relativ, je stärker der eine ist, um so schwächer ist der andere – wird erhöht durch die Geschlossenheit der freien Völker des Westens, die jetzt

---

17 Chruschtschow hatte bereits am 25. Januar 1955 „ein bedenkliches Zurückbleiben einer Reihe von landwirtschaftlichen Produktionszweigen“ kritisiert (vgl. AdG 1955 S. 5000f.).

hergestellt ist. Also, dieses Moment schafft, soweit man das überhaupt beurteilen kann, eine günstige Atmosphäre, jedenfalls günstiger, als sie bisher gewesen ist, für Konferenzen.

Nun war man sich in Paris darüber klar, daß alle diese Spannungen auf der Erde in einem inneren Zusammenhang miteinander stünden und daß es deswegen nicht richtig sei, eine Konferenz lediglich mit der Tagesordnung „Wiederherstellung der deutschen Einheit“ zu veranstalten. Man war der Meinung, daß eine solche Konferenz absolut negativ verlaufen würde. Man hielt es für richtiger, zunächst keine bestimmte Tagesordnung aufzustellen. Man würde es aber begrüßen, wenn sich diese Konferenz überhaupt mit den großen Fragen befassen würde, auch wenn sie nötigenfalls ein bis zwei Jahre dauern sollte. Erschrecken Sie nicht, meine Herren, vor diesem Wort: wenn sie nötigenfalls ein bis zwei Jahre dauern sollte. Die Ordnung in der Welt ist sehr leicht und sehr schnell kaputtgeschlagen worden. Die Unordnung hat sehr lange gedauert, ja, sie dauert noch an.

Jetzt schreiben wir das Jahr 1955, und die Dinge haben sich verhärtet und gefestigt. Die Gefahren sind größer geworden. Sie wieder zu beseitigen und die Dinge zu ordnen, das ist eine sehr schwere Arbeit, die viel Geduld, viel Kenntnisse, viel Fähigkeiten und viel Zeit erfordern. Wenn es gelingt, einen ergebnislosen Verlauf der Konferenz zu verhindern, also einen Abbruch der Verhandlungen – wie es leider bei der Berliner Konferenz geschehen ist – zu verhüten, dann steigen damit die Aussichten, daß letzten Endes doch Ergebnisse im Wege der Verhandlungen gezeitigt werden. Drängen hat daher gar keinen Zweck, sondern man muß – ich kann das nur immer wieder unterstreichen – viel Geduld, viel Klugheit und Ausdauer aufbieten und darf keine Ungeduld verraten, weil man nur so hoffen kann, dann doch zu einem Ergebnis zu kommen.

Auch hat eine solch lange Dauer einer Konferenz den Vorteil, daß während dieser Zeit nichts Unerwartetes passieren wird. Wenn eine solche Konferenz oder mehrere Konferenzen mit ihren Verästelungen usw., die einander folgen, ein Jahr oder zwei Jahre dauern sollten, dann wird während dieser Zeit kein Krieg ausbrechen. Das bringt ebenfalls wieder eine Entspannung. Ein Moment habe ich noch nicht angeführt, das ganz sicher geeignet ist, die Erfolgsaussichten einer solchen Konferenz zu erhöhen: das ist die Wasserstoffbombe. Die Wasserstoffbombe ist ein so scheußliches Instrument der Kriegsführung, daß sich wohl auch die Russen darüber klar sind, wenn irgend möglich zu versuchen, ehe zu diesem letzten Mittel gegriffen wird, in irgendeiner Form eine Entspannung in der Welt herbeizuführen.

Wenn Sie sich vorstellen, daß mit einer einzigen Wasserstoffbombe eine so große Stadt wie New York völlig erledigt werden kann, nicht in dem Sinne, daß durch die Gewalt der entstehenden Kräfte alles eingerissen wird, wohl aber dadurch, daß durch radioaktive Strahlen jedes organische Leben getötet wird, dann haben Sie vielleicht einen kleinen Begriff von der Furchtbarkeit, die in der Entwicklung dieser modernen Waffen liegt. Zweifellos sind die Vereinigten Staaten Sowjetrußland überlegen, und zwar sowohl in der Herstellung wie auch im Transport dieser Bombe. Die Frage des

Transports spielt bei dieser Bombe eine solche Rolle, daß kein Mensch sagen kann, ob Sowjetrußland den Vorsprung der Vereinigten Staaten jemals einholen wird. Man kann nicht wissen, ob sie die dazu erforderlichen wirtschaftlichen Kräfte aufbringen. Man kann auch nicht wissen, ob Amerika seinerseits weitere Entwicklungen vornimmt, die nun das Nachholen der Sowjetunion doch nicht zum Ziele kommen lassen. Jedenfalls ist die Furchtbarkeit dieser Waffen dazu angetan, die Verantwortlichen aller Länder doch dazu zu bringen, wenigstens den Versuch zu machen, zu einer Abrüstung zu kommen.

Solche Abkommen sind gut und wohl, aber Papier ist Papier und bleibt auch Papier. Ich bin der Auffassung, daß nur eine kontrollierte Abrüstung wirklich der Welt Entspannung und sie dem Frieden näher bringen kann. Mein Hauptanliegen, wenn ich demnächst in den Vereinigten Staaten bin, wird sein, dafür einzutreten, daß diese Frage nun einmal in Angriff genommen wird durch ein Gespräch zwischen den Vereinigten Staaten und Sowjetrußland. Gespräche über Abrüstung sind geführt worden in den UNO-Kommissionen. Das ist gut und wohl, aber die beiden wirklichen Weltmächte, die über Krieg und Frieden auf der Erde entscheiden, das sind doch die Vereinigten Staaten und Sowjetrußland. Wenn es möglich wäre, daß beide Staaten einen ernsthaften Schritt für die Abrüstung tun, dann müßte es für die anderen leicht sein, ohne weiteres nachzufolgen. Dann kann man auch, basierend auf der Abrüstung, Sicherheitssysteme machen.

Nach meiner festen Überzeugung ist die Frage einer wirklich kontrollierten Abrüstung bei der Entwicklung, die die Waffentechnik genommen hat, das entscheidende Moment für die Frage, ob wir in der Welt zum Frieden kommen oder nicht. Wir haben heute vor acht Tagen eine Bundestagsverhandlung gehabt aufgrund eines Antrages der Sozialdemokraten.<sup>18</sup> Die Bundestagsverhandlung ist – da hat die Presse recht – in gewisser Hinsicht nicht so scharf verlaufen wie frühere Bundestagsverhandlungen, aber im Grunde genommen hat sie ein erschütterndes Ergebnis gehabt. Der Antrag der Sozialdemokraten, den ich namentlich auch unseren Parteifreunden draußen im Lande immer wieder zur genauen Durchsicht empfehlen kann, ging – kurz gesagt – dahin, die Pariser Verträge auf Eis zu legen und nichts mehr zu tun. Mancher von uns hatte gehofft, daß sich, wenn die Pariser Verträge einmal Rechtens geworden wären, die Sozialdemokratie dann auf den Boden der Tatsachen gestellt haben würde und daß die Sozialdemokratie dann, auf dem Boden der Tatsachen stehend, mit der Regierungskoalition zusammen versucht hätte, gute Arbeit zur Sicherung des Friedens zu leisten. Diese Hoffnung ist gründlich zerstört worden durch den Antrag der Sozialdemokraten, der nach meiner Meinung in unserer künftigen Propaganda eine sehr große Rolle spielen muß.

---

18 Am 27. Mai 1955. – Sten.Ber. 2.WP Bd.24 S. 4593–4634; Antrag der SPD (BT-Drs. 1370) S. 4629.

Wie die Sozialdemokratie eingestellt ist, das hat sich auch bei der Frage des Staatssekretärs für das Wehrministerium gezeigt.<sup>19</sup> Darüber hat allerhand in der Presse gestanden, was nur zum Teil richtig ist. Lassen Sie mich deswegen diese Frage hier, weil sie so bezeichnend ist für den inneren Zusammenhang der Sozialdemokratie, auseinandersetzen. Wir sind uns wohl alle darüber einig, daß unter keinen Umständen mehr der Zustand eintreten darf, wie er vor 1914 und auch noch in etwa in der Weimarer Republik war und dann später bei den Nazis gewesen ist, daß das Militär zu entscheiden hatte und nicht das Zivile, daß das Militär die Politik bestimmt und nicht das Zivile. Das zu verhindern, müßte nach meiner Meinung ein gemeinsames Anliegen aller demokratischen Parteien in der Bundesrepublik, einschließlich der Sozialdemokratie, sein.

Nun kann man der Sozialdemokratie nicht zumuten, daß sie sich etwa mit einem Staatssekretär an dieser Regierung beteiligen soll. Daran hat auch kein Mensch gedacht. Ich war nur bei meinen Überlegungen auf den Gedanken gekommen, ob es nicht möglich sei, den früheren Senator von Hamburg, Herrn Dudek, der manchen von Ihnen bekannt ist, der einen ausgezeichneten Ruf genießt und schon unter Noske beim Aufbau der Wehrmacht beteiligt war, für dieses Amt zu gewinnen. Ich habe dann mit Herrn Dudek – ich selbst habe nicht mit ihm gesprochen – sprechen lassen, ob er dazu bereit sei. Herr Dudek hat erklärt: mit Freuden, aber der Bundeskanzler muß mir die Genehmigung meiner Partei verschaffen. Ich habe Herrn Dudek antworten lassen: das mußt du tun. Ich kann dir doch nicht die Genehmigung deiner Partei verschaffen. Danach sprach mich eines Tages Herr Ollenhauer bei einem Empfang hier an und bat mich, ich möchte doch davon absehen, es sei für sie unmöglich, einem Sozialdemokraten zu gestatten, diesen Posten des Staatssekretärs im Verteidigungsministerium zu übernehmen.

Ich habe ihn auf die Bedeutung aufmerksam gemacht, die der Wiederaufbau der Wehrmacht für alle demokratischen Parteien und weit darüber hinaus für Deutschland auf lange Jahre hinaus haben werde. Ich verlangte von ihm nicht, daß sie sich an der Regierungsarbeit beteiligten, sondern sie sollten nur einem Manne, der willens sei, diese Arbeit zu übernehmen, das nicht verbieten. Er möge das mit seinen Freunden noch einmal überlegen. Später sagte er mir, er habe das getan, aber es sei für sie unmöglich.

Halten Sie bitte diese beiden Fakten zusammen, einmal den Antrag, die Pariser Verträge zu stoppen, und zweitens, einem Sozialisten betont zu verbieten, sich an dieser Arbeit zu beteiligen. Halten Sie weiter damit zusammen die Entwicklung in den Gewerkschaften. Dann werden Sie mir darin recht geben, daß erst ein großer Reinigungsprozeß innerhalb der Sozialdemokratie erfolgen muß, ehe man sagen kann, die Sozialdemokratie ist eine demokratische Partei, die um ihre Ideale kämpft, die die Rechte, die eine Mehrheit hat, anerkennt, und der der Staat höher als die Partei steht. Insofern hat die Bundestagsdebatte vor acht Tagen enttäuschend, aber klärend

---

<sup>19</sup> Vgl. Nr. 7 Anm. 67.



gewirkt. Das ist auch nicht ohne Eindruck geblieben bei der Freien Demokratischen Partei, die immer darauf aus war, zur Sozialdemokratie Brücken zu schlagen. Einer der maßgebenden Leute innerhalb der Freien Demokratischen Partei hat in meiner Gegenwart erklärt, dieses Kapitel sei für sie nach dem Antrag der Sozialdemokraten in der Bundestagsverhandlung jetzt abgeschlossen. Sie sähen ein, daß es unmöglich sei, die Sozialdemokratie für eine aufbauende Arbeit zu bekommen.

Ich hatte mir noch notiert „Einigkeit des Westens“. Es werden jetzt im Bundesrat die Wehrgesetze beraten werden. Ich muß Ihnen erklären, wie wir dazu gekommen sind, ein nur wenige Artikel enthaltendes Gesetz voranzuschicken, das sich mit der Einziehung von Freiwilligen beschäftigt. Ich habe eben schon gesagt, daß wir doch alle auf dem Standpunkt stehen, daß eine künftige Wehrmacht in Deutschland nicht die Dominante sein soll, sondern das Zivile. Das bedingt, daß das Wehrgesetz, aufgrund dessen die Leute eingezogen werden können, mit großer Sorgfalt und Klugheit aufgestellt und beraten werden muß. Nach der Zeitkalkulation, die wir aufgestellt haben, würde der früheste Termin, zu dem diese Wehrgesetze verabschiedet sein würden, der 31. März des nächsten Jahres sein. Es ist ein ganzes Knäuel von Wehrgesetzen. Also, es würde höchstwahrscheinlich der 31. März 1956 herangekommen sein, ohne daß wir irgend etwas getan hätten, um die Pariser Verträge aus dem Papier in die Wirklichkeit zu transponieren. Dabei werden wir von den anderen Ländern immer wieder gebeten, doch gerade im Interesse der kommenden Viererkonferenz so schnell wie möglich voranzugehen, damit diese Übersetzung der Verträge aus dem Papier in den Zustand des Lebens erfolgt. Das ist der Grund, warum wir uns entschlossen haben, ein Gesetz als Vorläufer gewissermaßen der ganzen Gesetzgebung dem Bundesrat zugehen zu lassen, das sich mit der Einziehung von Freiwilligen befaßt.<sup>20</sup>

Ein Wort zu den Freiwilligen. Man kann keine Wehrmacht mit jungen Rekruten aufbauen. Jeder von Ihnen, der gedient hat, wird mir das ohne weiteres bejahen. Sie wissen, daß ich nicht gedient habe, aber ich lerne – und das ist mein gutes Recht – allerhand davon. In Parenthese vermerkt: Die Schwierigkeiten sind doch viel größer, als ich mir das jemals vorgestellt habe. Zehn Jahre sind es jetzt her, seitdem die Wehrmacht zertrümmert worden ist. In diesen zehn Jahren hat die ganze Waffentechnik solche Fortschritte gemacht, daß unsere besten Offiziere und Unteroffiziere gar nicht in der Lage sind, mit den neuen Waffen überhaupt umzugehen. Das müssen die alles noch lernen. Und um das zu erlernen, gehört mindestens ein Jahr. Manche sprechen von zwei Jahren. Man kann aber ohne solche Leute, die das Handwerk verstehen, keine jungen Leute einziehen, sonst ist das Ganze nachher ein Haufen, der einfach durcheinandergeht. Man muß also unter allen Umständen mit Freiwilligen-Kaders anfangen, die auch die neuen Waffen kennenlernen müssen. Wenn sie die neuen Waffen kennengelernt haben, dann erst kann man überhaupt daran

---

<sup>20</sup> Vorlage der Bundesregierung für den Bundesrat vom 28. Mai 1955 (BR-Drs. Nr. 172/55), beraten am 10. Juni 1955 (BR Sten.Ber. 1955 S. 134–141).

denken, junge Leute im wehrpflichtigen Alter einzuziehen. Es müssen also unter allen Umständen Freiwillige eingezogen werden.

Damit wollen wir jetzt aufgrund dieses Gesetzes beginnen, das, wie ich zu meinem Bedauern höre, im Bundesrat Schwierigkeiten macht. Ich hoffe – die Herren Arnold und Johnen werden nachher hierherkommen –, daß es Nordrhein-Westfalen gelingen wird, juristische Bedenken dagegen, die von den Herren Amelunxen<sup>21</sup> und Bleibtreu<sup>22</sup> im Rechtsausschuß des Bundesrates vertreten wurden, zu beseitigen. Herr Amelunxen ist überzeugter Pazifist. Herrn Amelunxen in allen Ehren, aber Herrn Amelunxen irgendwie einmal davon zu überzeugen, daß seine Meinung nicht richtig ist, das ist ein Ding der Unmöglichkeit. Herr Bleibtreu ist ein hundertprozentiger Sozialist. Das wissen Sie auch. Ich muß sagen, es ist eigentlich sehr schmerzlich, daß gerade von den Vertretern Nordrhein-Westfalens im Rechtsausschuß des Bundesrates – natürlich auch von den Vertretern Hessens, die tun es selbstverständlich auch – Schwierigkeiten wegen juristischer Bedenken hinsichtlich der Zuständigkeit der Länder und ähnliche Geschichten gemacht werden, während uns das Feuer geradezu auf den Nägeln brennt. Das bedeutet doch, gelinde gesagt, eine solche Unkenntnis gegenüber der Lage in der Welt, daß man das von so hohen Funktionären eines Landes wie Nordrhein-Westfalen schlechterdings kaum verstehen kann.

Damit Sie wissen, um welch „immensen“ Faktor es sich bei diesem Freiwilligen-Gesetz handelt, will ich Ihnen sagen, Herr Blank wird froh sein, wenn es gelingt, bis zum 31. März des nächsten Jahres 8.000 bis 10.000 Freiwillige fix und fertig zu haben. Aber dann haben wir wenigstens angefangen. Auch aus folgendem Grund müssen wir handeln. Glauben Sie mir das eine: Ein Staat, der waffenlos ist, ist bei allen Konferenzen ein Staat der Klasse B, auch bei wirtschaftlichen Verhandlungen ein Staat der Klasse B. Es gehört nun einmal zum Wesen eines Staates, daß er auch diese Wehrhoheit hat und daß er von ihr Gebrauch macht. Sonst gilt er eben nichts.

Ein weiteres Moment! Im April des nächsten Jahres sind in Frankreich Wahlen zur Nationalversammlung. Diese Wahlen zur Nationalversammlung werden auf der einen Seite von Herrn Mendès-France mit der ganzen Wucht, die in ihm wohnt, vorbereitet und mit Gerissenheit geführt unter der Überschrift „La nouvelle gauche“ – Die neue Linke. Das Wort „Volksfront“ will man vermeiden. Wenn Sie sich vorstellen, daß diese von Mendès-France geführte Wahlkampagne zu einer Mehrheit im neuen französischen Parlament führen würde und wir hätten dann überhaupt noch nicht angefangen mit der Arbeit aufgrund der Pariser Verträge – d.h., unsere Arbeit würde

---

21 Dr. Rudolf Amelunxen (1888–1969), 1926–1932 Regierungspräsident in Münster, 1945/46 Oberpräsident von Westfalen (Deutsche Zentrumspartei), 1946/47 Ministerpräsident von NW, 1947–1950 Sozialminister, 1950–1958 Justizminister. Vgl. Clemens AMELUNXEN: Vierzig Jahre Dienst am sozialen Rechtsstaat. Rudolf Amelunxen zum 100. Geburtstag. Portrait eines Demokraten. Berlin 1988.

22 Otto Bleibtreu (1904–1959), 1948–1956 Ministerialdirektor bzw. Staatssekretär (1953) im Justizministerium NW, seit 1956 Mitglied des Personalgutachterausschusses für die Streitkräfte, seit 1956 Chef der Staatskanzlei NW.

sich nur darauf beschränken, Gesetze zu fabrizieren –, dann bestünde die sehr große Gefahr, daß wir in irgendeiner Weise schließlich doch verkauft würden. Papier ist und bleibt Papier, und Tatsachen bleiben Tatsachen!

Deswegen sollten wir, so schnell es uns die Dinge erlauben, dazu kommen, die Möglichkeiten, die uns die Pariser Verträge geben, und die Verpflichtungen, die wir mit den Pariser Verträgen übernommen haben, wirklich zu erfüllen und von ihnen Gebrauch zu machen, sonst verlieren wir auch unser staatliches Ansehen. Wenn es uns tatsächlich nicht gelingt, vor Beginn der Bundestagsferien Ende Juli – die Konferenz wird voraussichtlich Ende Juli beginnen – das Gesetz über die Einziehung von Freiwilligen zu verabschieden, dann haben die Russen auf dieser Konferenz eine ganz große Chance, und man lähmt das Vertrauen des Westens zu unserem Willen.

Seien wir uns darüber klar, daß noch immer Zweifel uns gegenüber bestehen, ob wir wirklich so zuverlässig zum Westen halten. Seien wir uns auch darüber klar, daß ein solcher Antrag, den die Sozialdemokraten in der letzten Bundestagsverhandlung gestellt haben, nicht dazu geeignet ist, im Hinblick auf die kommenden Bundestagswahlen das Vertrauen dazu, daß Deutschland ein absolut zuverlässiger Vertragspartner sei, zu stärken. Auch diesen Gesichtspunkt werden wir berücksichtigen und dafür Sorge tragen müssen, daß vor Beginn der Bundestagsferien dieses Gesetz verabschiedet ist.

Nun komme ich zu den innenpolitischen Ausführungen. Ich möchte Sie an folgendes erinnern: Heute haben wir den 3. Juni 1955. Die Wahl zum Bundestag wird voraussichtlich im September 1957 sein. Wir haben also nur noch eine verhältnismäßig kurze Zeit vor uns, um diese Wahl vorzubereiten. Die Wahl des Jahres 1957 ist genauso wichtig, wie es die Wahl des Jahres 1953 gewesen ist. Sollte das Ergebnis der Wahl im Jahre 1957 so sein, daß die Sozialdemokratie die Führung der Regierungsgeschäfte mit irgendeiner Koalition zusammen übernehmen wird, dann wird – glauben Sie es mir – in verhältnismäßig kurzer Zeit alles das, was wir auf außenpolitischem Gebiet an Vertrauen und Geltung in der Welt erreicht haben, verwirtschaftet sein. Und wenn das verwirtschaftet ist, dann wird es auch unserer Wirtschaft miserabel gehen; denn unsere Wirtschaft ist auf das Vertrauen des Auslandes angewiesen.

Das aber darf nicht kommen. Ich denke dabei in erster Linie an das deutsche Volk und nicht in erster Linie an unsere Partei. Die Sozialdemokratie weiß auch, was auf dem Spiele steht. Ich bekomme eben die Nachricht, daß der Parteivorstand der SPD mit der Herausgabe einer Wählerzeitung „Die Debatte“<sup>23</sup> schon begonnen hat. Sie soll mit einer Durchschnittsauflage von rund 350.000 Exemplaren im ganzen Bundesgebiet vertrieben werden. Die erste dieser Wählerzeitung ist bereits erschienen; sie enthält ausführliche und durch eindrucksvolle Bilder unterstrichene Berichte über die letzte außenpolitische Debatte des Bundestages vom 27. Mai. Das muß uns ein weiterer Ansporn sein, auch bei den Verhandlungen, die wir zu führen haben über die Organisation unserer Partei.

---

23 Herausgeber: Vorstand der SPD Bonn. Druck: Druckhaus Deutz, Köln-Deutz.

Wir haben wirklich etwas geleistet in diesen Jahren, nicht nur auf außenpolitischem Gebiet, sondern auch auf wirtschaftlichem Gebiet sowie auf sozialem Gebiet. Darunter rechne ich die Eingliederung der Flüchtlinge, die Versorgung der Kriegsoffer, die Frage des Wohnungsbaues. Das sind alles große Taten, und nichts ist verlogener, als wenn von seiten freier Gewerkschaftler gesagt wird: Diese Regierung mag vielleicht außenpolitisch etwas geleistet haben, aber innenpolitisch hat sie versagt. Das ist einfach nicht wahr. Was diese Regierung und dieses Parlament, dessen Mehrheit wir doch stellen, in den sechs Jahren geleistet haben, ist eine ungeheuer große Arbeit.

Nun stehen wir vor einer neuen Arbeit. Wir wollen jetzt in Angriff nehmen die soziale Frage. Sie wissen, daß der Herr Kollege Storch eine Denkschrift über die Reform des Versicherungswesens ausgearbeitet hat. Ich werde dafür sorgen, daß diese Denkschrift auch gedruckt und dann möglichst allen zugänglich gemacht wird.<sup>24</sup> Aber mir genügt, offen gestanden, nicht eine Reform des Versicherungswesens, sondern wir sind verpflichtet, mehr zu tun. Wir müssen zunächst eine Untersuchung darüber anstellen, ob sich nicht die gesellschaftliche Struktur unseres Landes seit den Zeiten, in denen die ersten Versicherungsgesetze gemacht wurden, so verändert hat, daß wir eben die sozialen Leistungen auf einer anderen Grundlage aufbauen müssen, als dies damals geschehen ist. Sicher, als damals diese verschiedenen Gesetze geschaffen wurden, war es eine große und beispielhafte Tat. Wenn wir jetzt zu etwas anderem kommen, dann besteht gar kein Anlaß zu glauben, daß das eine Kritik sein soll an dem, was bisher geleistet worden ist.

Aber wir sind verpflichtet, nachdem die beiden Kriege über uns gekommen sind und die Technik einen solch veränderten Zustand bei der Bevölkerung geschaffen hat, zu untersuchen, ob nicht, wie schon gesagt, die gesellschaftliche Struktur unseres Landes so geworden ist, daß wir zu einer anderen Ordnung kommen müssen. Ich habe deswegen vier Professoren beauftragt, mir eine Ausarbeitung über eine Neuordnung der sozialen Leistungen zu machen. Diese Professoren sind die Herren Achinger<sup>25</sup>, Höffner<sup>26</sup>, Muthesius<sup>27</sup> und Neundörfer<sup>28</sup>. Die Namen werden Ihnen wohl allen bekannt sein. Die Herren haben sich dieser Aufgabe gern unterzogen. Sie haben in einer verhältnismäßig kurzen Zeit dadurch, daß sie sich wochenlang in ein einsames

---

24 Kabinettsvorlage vom 7. April 1955. Druck: Max Richter (Hrsg.): Die Sozialreform. Dokumente und Stellungnahmen. Bad Godesberg 1955ff. (Loseblattsammlung B III 1). Vgl. dazu und zum Folgenden HOCKERTS S. 286–299.

25 Dr. Hans Achinger (1899–1981), 1946–1952 sozialpolitischer Redakteur „Deutsche Zeitung und Wirtschaftszeitung“, dann Professor für Sozialpolitik Frankfurt.

26 Dr. mult. Joseph Höffner (1906–1987), Professor für Christliche Sozialwissenschaften Münster; 1962 Bischof von Münster, 1969 Erzbischof von Köln und Kardinal.

27 Dr. Hans Muthesius (1885–1977), 1948–1953 Beigeordneter des Deutschen Städtetags, ab 1953 Vorsitzender des Deutschen Vereins für öffentliche und private Fürsorge, ab 1956 Honorarprofessor Frankfurt.

28 Dr. Ludwig Neundörfer (1901–1975), Professor für Soziologie Darmstadt.

Taunus-Dorf zurückgezogen und nur dieser Arbeit gelebt haben, ein Werk geschaffen, das jedem von uns schon bei der ersten Durchsicht Anlaß gibt, sehr nachdenklich zu werden und zu prüfen, was wir denn nun zu schaffen haben.<sup>29</sup>

Es sind zwei Bände: dieser Band hier und ein Anlageband. Erschrecken Sie nicht, das ist Maschinenschrift. Gedruckt wird es dünner sein. Es ist jetzt im Druck. Es wird dann in ziemlich großer Auflage verbreitet. Wir werden dafür sorgen, daß unsere Leute vom Parteivorstand, vom Parteiausschuß, von den Landesparteien usw. Exemplare bekommen. Die Erledigung dieser Angelegenheit muß unsere Arbeit vor dem Wahlkampf abschließen und in gewisser Hinsicht krönen. Wir müssen in den Wahlkampf hineingehen mit dem Bewußtsein, daß wir auf dem Gebiet der sozialen Leistungen ebenfalls unsere Pflicht getan haben. Wir müssen dies auch in überzeugender Weise den Wählern zeigen können. Daher glaube ich, daß wir gerade dieser Aufgabe unsere besondere Aufmerksamkeit widmen müssen. Ich habe die Hoffnung und die Zuversicht, daß auch unsere Fraktion im Bundestag die Bedeutung gerade dieser Angelegenheit erkennen wird. Wir müssen im Bundestag bemüht bleiben, diese wichtige Aufgabe zu erfüllen.

Nun lassen Sie mich zum Schluß meiner Ausführungen noch etwas sagen über die Koalition in der Bundesregierung. Die Koalition hat viele Monate hindurch kein Bild geboten, das erfreulich war. Sie kennen alle die Auseinandersetzungen mit der FDP und innerhalb der FDP. Sie wissen auch, daß im BHE erhebliche Auseinandersetzungen stattgefunden haben und noch stattfinden. Hier kann ich zunächst feststellen, daß die 14 – es sind zwei Teile dort geworden, und zwar 14 und 13 –, was die Außenpolitik angeht, durchaus auf dem Boden der Bundesregierung stehen.<sup>30</sup> Das haben sie nicht nur mir, sondern auch in den Koalitionsbesprechungen sehr nachdrücklich erklärt.

Es scheint auch, als wenn doch gewisse heilsame Erfahrungen, die die FDP in Hessen, in Rheinland-Pfalz und in Niedersachsen gemacht hat und augenblicklich noch macht, nicht spurlos an dem Teil der FDP vorübergingen, der mit aller Gewalt zur Sozialdemokratie hingewollt hat.<sup>31</sup> Innerhalb der Freien Demokraten ist ein erheblicher Teil immer der Überzeugung gewesen, daß die Bildung einer solchen Koalition das einzig Richtige sei. Die Demokraten und der BHE sind sehr umworben worden von den Sozialdemokraten, weil die Sozialdemokratie sich darüber klar ist, daß es für sie auch bei einem für sie sehr günstigen Ausfall der Wahl des Jahres 1957 unmöglich sein wird, allein eine Regierung zu bilden. Deswegen haben sie schon jetzt versucht, sich zeitig zu vergewissern, ob sie im Jahre 1957 Hilfe bekommen werden.

---

29 Sog. Rothenfelder Denkschrift: Neuordnung der sozialen Leistungen. Denkschrift auf Anregung des Herrn Bundeskanzlers erstattet von den Professoren Hans Achinger, Joseph Höffner, Hans Muthesius, Ludwig Neundörfer. Köln 1955.

30 Vgl. Nr. 7 Anm. 15.

31 In diesen Ländern hatte die FDP bei den Landtagswahlen z.T. erhebliche Stimmenbußen gegenüber früheren Wahlen hinnehmen müssen.

Umgekehrt ist es natürlich die Aufgabe unserer Partei, da wir nicht damit rechnen können, daß die Wahl des Jahres 1957 so günstig ausfallen wird wie die Wahl 1953, von vornherein darauf auszugehen, daß wir nachher nicht allein dastehen. Wie das im einzelnen dann zu machen ist, darüber brauchen wir jetzt noch nicht näher zu sprechen. Ich wollte Sie nur in großen Linien hinweisen:

1. auf die Bedeutung der Wahl des Jahres 1957,
2. auf die Vorbereitungen dieser Wahl durch die Arbeit der Organisationen und die Mobilisierung der Öffentlichkeit und
3. auf die Bemühungen, rechtzeitig den Blick darauf zu richten, daß man bei der Bildung der Regierung nach der Wahl im Jahre 1957 Koalitionsgenossen haben muß. Das muß auch bei der Führung des Wahlkampfes im Auge behalten werden.

Die Koalitionsbesprechungen, die wir gestern hatten – Herr von Brentano ist nicht hier, aber Herr Krone wird es auch bestätigen –, verliefen in einer durchaus guten Atmosphäre, um die Zusammenarbeit bis zum Schluß dieser Wahlperiode fortzusetzen.<sup>32</sup> Auch innerhalb der Koalitionsvertreter war man der Überzeugung, daß es das Schlimmste sei, was Deutschland passieren könne, wenn die Führung der Politik in die Hände der Sozialdemokraten gelangen sollte, weil damit wirklich der Niedergang Deutschlands besiegelt sein würde.

Noch ein Wort zur Sozialdemokratie! Vergessen Sie nie, daß die kommunistischen Wähler der letzten Wahl nur zu einem kleinen Teil bekehrt sind, d.h., sich vom Kommunismus auch innerlich losgelöst haben. Viele sind untergetaucht in der Sozialdemokratie und üben dort weiter ihre Wirkung aus. Ein Teil der Sozialdemokraten hält die Stellungnahme der Sozialdemokratie, die sie bisher vertreten hat, für falsch. Das hat Ihnen und mir gegenüber mancher offen ausgesprochen, aber dieser Teil kann sich nicht durchsetzen gegen den Parteiapparat, oder er hat nicht den Mut, sich durchzusetzen. Mir hat ein führender Mann der Sozialdemokratie gesagt: Was wollen Sie denn, ich bin jetzt Jahrzehnte in der Sozialdemokratie. Das ist alles falsch, was die machen, aber ich kann doch nicht dagegen aufstehen. Ich komme gerade aus dem Krankenhaus, und ich kann einen solchen Kampf nicht aufnehmen.<sup>33</sup>

Ein Teil der Sozialdemokraten ist einfach blind. Ob auch dort Leute sind, die schon von Puschkin<sup>34</sup> angesprochen wurden, weiß ich nicht. Es sind auch Leute von uns von Puschkin angesprochen worden, wie mir von unseren Leuten selbst mitgeteilt worden ist. Und wenn Leute von uns angesprochen werden, dann werden auch sicher Leute von den Sozialdemokraten angesprochen. Bevor nicht bei der Sozialdemokratie eine wirklich gründliche Reinigung erfolgt ist, eine Trennung der Elemente, muß man die Dinge leider so nehmen, wie sie sind, und muß sich damit abfinden, daß die

---

32 Vgl. MENDE: Freiheit S. 347; allgemein KÜPPER S. 592.

33 Zur innerparteilichen Situation der SPD in dieser Zeit vgl. KLOTZBACH S. 346–356.

34 Vermutlich Georgij Maksimowitsch Puschkin (geb. 1909), sowjetischer Diplomat; 1949–1952 und 1954–1958 Botschafter in Ost-Berlin.

Sozialdemokratie nicht in der Lage ist, die Geschicke Deutschlands in einer Weise, wie wir es für richtig halten, zu lenken.

Es kommt noch hinzu der Einfluß der scharfen Gewerkschaftsrichtung bei den Sozialdemokraten. Ich weiß nicht, ob Sie die Auseinandersetzung zwischen Nell-Breuning und Agartz verfolgt haben.<sup>35</sup> Es zeigt sich ganz klar in den Ausführungen von Agartz, der die ganze Sache beherrscht, welches ihre Auffassung vom Staate ist. Und das ist eben nicht unsere Auffassung. Deshalb müssen wir zunächst einmal, ganz abgesehen von unserer weltanschaulichen Grundlage, alles tun, damit wir die Wahl des Jahres 1957 wiederum gewinnen. Unsere Aussichten sind gut; aber es muß gearbeitet werden von jedem, gleichgültig, ob er oben oder unten in der Partei steht. Über diese Arbeit werden wir im Laufe des Tages von Herrn Heck einige Aufschlüsse bekommen.

Ich möchte meine Ausführungen schließen mit einem Wort über die Wiedervereinigung. Ich habe eben davon gesprochen, daß alle größeren Fragen jetzt miteinander zusammenhängen und daß man keine einzige der großen Fragen für sich allein betrachten und lösen kann. Wir haben es mit der Wiedervereinigung Deutschlands durch die Berliner Konferenz versucht, die ja zustande gekommen ist durch mein persönliches Eingreifen in Washington; sonst wäre sie gar nicht zustande gekommen. Der Erfolg war negativ. Lassen Sie mich das wiederholen, was ich auch im Bundestag gesagt habe. Von unserem Standpunkt aus ist die Frage eine Rechtsfrage, die für sich allein dasteht. Die Sowjetzone ist besetztes Gebiet und ist zu behandeln nach der Haager Konvention, die auch Rußland anerkannt hat.<sup>36</sup>

Die Besatzungsmacht Sowjetrußland ist verpflichtet, dieses Gebiet zurückzugeben entsprechend dem Willen der Bewohner dieses Gebietes. Natürlich sagt Sowjetrußland, der Wille der Bewohner ist eindeutig klar; das hat sich bei den Wahlen gezeigt. Sie wissen, was wir davon halten, wie die Leute in einer schamlosen Weise zur Wahlurne geführt worden sind im Oktober des vergangenen Jahres.<sup>37</sup> Aber für Rußland hat diese Frage eine eminent politische Bedeutung im Hinblick auf die Folgen, die eine Freigabe der Sowjetzone auf die anderen Satellitenstaaten, insbesondere auf Polen und die Tschechoslowakei, ausüben würde.

Ich habe schon gesagt, die wirtschaftlichen Verhältnisse in Polen und in der Tschechoslowakei sind schlecht, in der Tschechoslowakei noch schlechter als in Polen. Die Polen sind seit Jahrhunderten erbitterte Feinde der Russen. In Polen hat die katholische Kirche noch einen starken Einfluß. Die Polen sind noch immer zum weitaus größten Teil gesonnene Katholiken, und sie fürchten von Sowjetrußland eine Beeinträchtigung in der Ausübung ihrer Religion. Alles das weiß Sowjetrußland

---

35 Vgl. Nr. 6 Anm. 101.

36 Gemeint vermutlich das 1907 verabschiedete 1. Abkommen zur friedlichen Erledigung internationaler Streitfälle.

37 Wahlen zur Volkskammer der DDR am 17. Oktober 1954; 99,46 % entfielen auf die „gemeinsame Liste der Nationalen Front des demokratischen Deutschland“ (AdG 1954 S. 4799).

genausogut wie wir. Es weiß ganz genau, wenn aus dem Gürtel der Satellitenstaaten, den es vor sich gelegt hat, die Sowjetzone herauskäme, daß dann kein Mensch dafür garantieren könnte, was mit den anderen Ländern geschähe.

Darum ist die Frage der Wiedervereinigung eine politische Frage. Das muß man sehen. Ich war sehr erfreut, als neulich Herr Ollenhauer erklärt hat – nach der Presse, die ich zitiere –, daß man die Frage der Wiedervereinigung Deutschlands nicht als eine für sich dastehende Frage betrachten dürfe.<sup>38</sup> Das kann man auch nicht. Wenn es uns gelingt – und das muß unser Ziel sein –, eine allgemeine Entspannung in der Welt herbeizuführen, dann wird nach meiner festen Überzeugung auch die Frage der Wiedervereinigung gelöst werden. Wenn es uns nicht gelingt, dann werden wir weiter warten müssen. Und das wollen wir auch. Aber der einzige Weg, um zu einer möglichst baldigen Wiedervereinigung Deutschlands in Frieden und Freiheit zu kommen, das ist der Weg über die allgemeine Entspannung. Die anderen großen Länder in der Welt, insbesondere die Vereinigten Staaten und Großbritannien, wollen uns dabei helfen, nicht nur aus Erbarmen und Mitleid mit den Menschen in der Sowjetzone, sondern weil sie ganz genau wissen, daß, solange diese Frage nicht gelöst ist, eine Gefahr inmitten Europas weiterbesteht für den allgemeinen Frieden in der Welt. Darum wollen sie uns helfen, und darum stehen sie in dieser Frage auf unserer Seite. Darum können wir auch Hoffnung haben, daß es gelingen wird, diese Frage in absehbarer Zeit zu einem befriedigenden Ende zu bringen.

Darf ich nunmehr um Wortmeldungen bitten! – Darf ich dann dieses Schweigen so auffassen, daß Sie im großen und ganzen meinen Ausführungen zustimmen? (*Zurufe: Ja!*) Diese Feststellung möchte ich doch machen im Hinblick auf die Öffentlichkeit, nicht nur hinsichtlich des Pressekommuniqués, sondern überhaupt, daß Sie im großen und ganzen meinen Ausführungen über die Vorlage der Wehrgesetze und vor allem des Freiwilligen-Gesetzes zustimmen. Das sind jetzt die akuten Fragen. Es liegt mir auch viel daran, von Ihnen bestätigt zu bekommen, daß eine kontrollierte Abrüstung die Grundlage jedes Sicherheitssystems in der Welt ist; denn kein papiernes Sicherheitssystem hilft, wenn jeder der Beteiligten unbeschränkt weiter aufrüstet. Bitte, Herr Dr. Zimmer!

*Zimmer:* Wie beurteilen Sie, Herr Bundeskanzler, das Verhältnis zum DGB für die nächste Zeit und für das kommende Jahr, nämlich die Entwicklung des DGB zur Bundesregierung im Hinblick auf die Wirtschafts-, Sozial- und Wehrpolitik?

*Adenauer:* Darf ich zunächst, ehe ich darauf Antwort gebe, feststellen, daß Sie mit meinen Ausführungen, die ich eben gemacht habe, einverstanden sind?

*Albers:* Darf ich eine Frage stellen? Sie sind doch wohl mit uns der Auffassung, daß insbesondere die Frage der Reform der Sozialversicherung eine der grundlegenden Aufgaben ist, die vor uns stehen. Nun haben wir in der letzten Tagung von dieser

---

38 Vgl. KLOTZBACH: S. 349f. Die „ungeheuer komplizierte Situation“ hatte Ollenhauer am 4. Mai 1955 in einem Interview des Bayerischen Rundfunks konzediert (vgl. AdG 1955 S. 5148).



Arbeit schon etwas gehört, es wurde aber dabei gesagt, daß hierbei ein Praktiker gefehlt hätte, der zu diesen Überlegungen der verschiedenen Herren noch etwas zu sagen hat. Mir – auch wohl der gesamten Partei – kommt es darauf an zu wissen, daß wir uns auf einige ganz konkrete grundsätzliche Punkte beschränken. Wir wollen nämlich damit effektiv in einigen Jahren etwas Besseres bieten können. Wenn sich Ihre Darlegungen darauf beziehen, bin ich mit Ihnen einverstanden.

*Adenauer:* Ich kann darauf nur folgendes sagen: Selbstverständlich ist das kein fertiges Werk. Selbstverständlich werden auch die Erfahrungen, die im Versicherungswesen gemacht worden sind, mit beachtet werden müssen. Das ist eine Grundlage; es sind gewisse Konzeptionen, die vielleicht auch Sie überraschen werden, die aber auf der Untersuchung beruhen, daß sich eben die gesellschaftliche Struktur verändert hat. Sie hat sich auch verändert, Herr Kollege Albers. Vergessen Sie nie, daß sich das Versicherungswesen damals auf den Industriearbeiter erstreckte. Es wurde dann ausgedehnt. Es ist aber selbstverständlich, daß das Versicherungswesen bleibt. Es wird nur reformiert werden müssen. Das ist auch der Standpunkt von Herrn Storch. Aber, daß das Versicherungswesen bleibt, ist ganz selbstverständlich.

*Müller:* Ich möchte zur Frage der Freiwilligen-Gesetze etwas sagen. Ich würde es für richtig halten, daß in dieser grundlegenden Frage mindestens der Herr Arnold Gelegenheit haben sollte, seine Auffassung hier darzulegen. Vielleicht könnte auch der Versuch gemacht werden, in einer Aussprache der CDU-Ministerpräsidenten mit Ihnen etwaige Bedenken in dieser Hinsicht auszuräumen.

Ich will keinen Vorwurf erheben. Aber ich bedaure in der ganzen Sache, obwohl das Amt Blank nahezu eineinhalb Jahre Zeit gehabt hat, diese Gesetze vorzubereiten, daß nicht eine einzige Besprechung mit den Ministerpräsidenten der Länder, soweit sie der CDU angehören, über die gesetzliche Behandlung der Frage stattgefunden hat. Ich muß Ihnen gestehen, Herr Bundeskanzler, der Gesetzentwurf ist den Landesregierungen zugegangen in der späten Nacht des Freitags. Ein großer Teil der Herren war verständlicherweise an diesem Abend abgereist. Ich habe den Entwurf erst am Dienstag vormittag bekommen. Nun soll man in dieser kurzen Zeit ohne jede Fühlungnahme mit der Bundesregierung die ganzen Rechtsfragen prüfen. Ich meine, die Rechtsfragen soll man nicht vernachlässigen, sie sind wichtig. Es hat sich gezeigt, daß bei der EVG – wenn ich auf ein Beispiel verweisen soll – gerade die Rechtsfragen am Ende die größten Schwierigkeiten gemacht haben. Ich hätte die dringende Bitte, Herr Bundeskanzler, daß in solchen Fällen, wo ein derartiges Interesse der Öffentlichkeit besteht, rechtzeitig mit uns Fühlung genommen würde. Aus diesem Grunde muß ich mir vorbehalten, zu dieser Frage meine Meinung erst zu bilden.

*Adenauer:* Darf ich darauf folgendes sagen: Ich für meine Person habe es abgelehnt, bevor die Pariser Verträge perfekt waren, mit dem Amt Blank überhaupt über diese Gesetze zu sprechen, und zwar aus dem sehr erklärlichen Grunde, daß ich nicht den Gegnern in Frankreich den Vorwand geben wollte: Jetzt sind sie schon wieder dabei, trotzdem sie noch gar kein Recht haben. Ich hätte es deswegen auch wahr-

scheinlich nicht für richtig gehalten, wenn Herr Blank mit allen Ministerpräsidenten vorher Fühlung genommen hätte. (Müller: Mit den CDU-Ministerpräsidenten!) Ich habe, als ich jetzt auf der Bühler Höhe war, diese Gesetze gesehen. Die Gesetze bedurften nach meiner Meinung einer Neubearbeitung. Aber ganz davon abgesehen, Herr Ministerpräsident, dieses Wehrgesetz wird auf alle Fälle – selbst wenn es ein Engel vom Himmel gemacht hätte – im Bundestag mindestens ein halbes Jahr brauchen, um dann im Bundesrat erledigt zu werden. Wir können also diese Zeit, wie ich eben in längeren Worten ausgeführt habe, wo sich die außenpolitische Situation so schnell verändert, einfach nicht verstreichen lassen, während im Bundestag und im Bundesrat die Gesetze beraten werden. Das würde die übrige Welt nicht verstehen.

Darum sind wir auf den Ausweg gekommen, Freiwillige einzuziehen und dies gesetzlich zu fundieren mit einem sehr kurzen Gesetz, das nur wenige Artikel enthält. Ich bin gerne bereit, darüber den Ministerpräsidenten der Länder gesondert einen Vortrag halten zu lassen, um die Herren wirklich davon zu überzeugen, daß hier der Föderalismus wahrhaft nicht in Gefahr ist. Wenn ich um eins überhaupt bitten darf, dann ist es das, lassen wir doch nicht beim Aufbau der neuen Wehrmacht das föderalistische Prinzip einführen. Dazu besteht 1. nach dem Grundgesetz keine Verpflichtung, und 2. sind wir bei Gott über diese Zeiten, wo jedes deutsche Land sich militärisch anders einstellen konnte, nach meiner Meinung weit hinweg. Das müssen auch die Länder einsehen. Ich hoffe, Sie werden es auch einsehen.

Ich habe die juristischen Fragen und Einwände, die gemacht worden sind, nicht im Kopfe, ich kann nur sagen, daß die Einwendungen, die namentlich von Herrn Amelunxen gemacht worden sind, nur föderalistische Gesichtspunkte kleinsten Ausmaßes waren. Mehr kann ich dazu nicht sagen. Daß Sie die Sache so spät bekommen haben, verehrter Herr Ministerpräsident, bitte ich zu entschuldigen, wir sind aber in etwa an Termine gebunden. Der Bundesrat hat drei Wochen Zeit; er hat seine Sondersitzung für den 10. Juni festgesetzt. Seine normale Sitzung würde der 24. Juni sein. Wenn der Bundesrat bis zum 24. Juni gewartet hätte, wenn wir also so langsam gearbeitet hätten, dann wäre im Bundestag – das wird mir Herr Krone bestätigen – dieses Gesetz vor den Parlamentsferien nicht mehr zu verabschieden gewesen. Dann wäre es frühestens erst Ende September verabschiedet worden. Und das ist eben aus staatspolitischen Notwendigkeiten, das bitte ich die Herren doch einzusehen, nicht möglich.

Ich darf Sie in diesem Zusammenhang an folgendes erinnern – es braucht ja nicht über diese Wände hinauszugehen –: An dem Scheitern der EVG sind wir mit schuld. Die Bundesregierung hat damals den Bundestag händeringend gebeten, vor dem Beginn seiner Ferien die Sache zu erledigen.<sup>39</sup> Es ist nicht geschehen. Die Mehrheit hat es abgelehnt. Die Ferienpläne, lassen Sie mich es ruhig sagen, waren wichtiger! Was war der Erfolg? Die Sache ist dann, die genauso gut Anfang August hätte erledigt werden können, erst im März des darauffolgenden Jahres erledigt worden.

---

<sup>39</sup> Die erste Lesung war am 9. und 10. Juli 1952; die zweite Lesung war für Herbst nach den Parlamentsferien vorgesehen.

Solange hat Frankreich auch nichts getan. Schuman ist aber in der Zwischenzeit zum Rücktritt gezwungen worden in Frankreich. Der ganze Elan war verschwunden, dadurch ist die Sache in Frankreich immer mehr aufs schiefe Geleis gekommen. Ich bitte Sie also, Herr Ministerpräsident Müller, dringend, bei Fragen von so eminent staatspolitischer Bedeutung doch auch nicht zu übersehen, welche Wirkungen eintreten auf das Ausland, wenn man nicht auch einmal etwas entgegenkommender ist. Es ist kein böser Wille gewesen. Ich habe Ihnen die Herren genannt, die die juristischen Schwierigkeiten vertreten haben. Es waren die Herren Amelunxen, Bleibtreu und Zinn sowie die Herren vom Herrn Zinn. Das ist doch schon eine sehr klare Etikette für diese ganzen Schwierigkeiten. Aber ich wiederhole, Sie sollen jede Aufklärung bekommen. Ich glaube, die Frage ist vollständig, auch juristisch einwandfrei. Ich bitte Sie nur, nicht irgendwie nachzutragen, daß Sie es so spät bekommen haben. Es ging nicht anders.

*Krone:* Wir sind auch etwas überrascht worden, daß die Sache so schnell kam. Es haben auch sehr eingehende Besprechungen in der Koalition stattgefunden. Insbesondere ist das bearbeitet worden, was jetzt die SPD herausstellen wird, sie sagt nämlich, es sei ein Ermächtigungsgesetz. Die Bundesregierung bekäme dadurch eine Ermächtigung, die der Zeit und der Sache nach unbegrenzt sei. Wir waren uns in der Koalition mit dem Herrn Bundeskanzler und Herrn Blank darüber einig, daß 1. eine zeitliche Terminierung im Gesetz stehen wird – sie steht auch drin – und 2. daß man keine Zahl hineinsetzt, wieviel Freiwillige zunächst einberufen werden sollen, sondern daß hier noch der Haushaltsausschuß des Bundestages ein Wort mitzureden habe.

Eine dritte Sicherung, die von der Koalition gewünscht und auch vom Herrn Bundeskanzler anerkannt worden ist, war die, daß in der Frage der Einberufung der führenden Männer der Personalaussschuß ein Wort mitzureden habe.

*Müller:* Ich bitte Sie, mich nicht mißzuverstehen, als ob ich den Vorwurf erhöhe, daß ich wegen der Pariser Verträge etwas kritisieren wollte. Es handelt sich um etwas anderes. Es handelt sich um die Bedenken, daß die Einberufung von Freiwilligen sich von der Pflichteinberufung jetzt lediglich insofern unterscheidet, als in dem einen Fall ein Zwang erfolgt und im anderen Falle eine freiwillige Meldung. Das ändert aber nichts an den grundsätzlichen Fragen. Schon bei dem Freiwilligenheer muß die Frage des Oberbefehls geklärt werden, ferner die Frage der parlamentarischen Kontrolle, die Mitwirkung parlamentarischer Instanzen und die ganze Art des Aufbaues. Anstatt daß diese Grundsatzfragen irgendwie geregelt werden, wird nun mit den Freiwilligen begonnen aufgrund eines kurzen Gesetzes, das alle diese Fragen völlig unberührt läßt, obwohl sie vom ersten Tage an eigentlich geregelt sein sollten. Auch ich stehe auf dem Standpunkt, da stimme ich Ihnen zu, daß nicht wie nach dem Muster von 1914 etwa Landeskontingente eingesetzt werden sollen. Diese Auffassung habe ich noch nicht vertreten.

Es handelt sich aber hier darum, wie die Mitwirkung der Länder bei der Wehrverwaltung zu entscheiden ist. Hier kann man durchaus die Meinung vertreten, daß es nicht notwendig ist, eine eigene Bundesverwaltung einzuführen. Ich halte

dies ohne eine Änderung des Grundgesetzes, die zu erwägen wäre, gar nicht für nötig. Es geht um die Frage, ob es nicht zweckmäßig wäre, die schon bisher mit der Ausführung der Bundesgesetze betrauten Länder wenigstens auch mit den Aufgaben der Einziehung der Freiwilligen und später der Wehrpflichtigen zu betrauen. Das wäre vom demokratischen Standpunkt aus erwünscht, damit die Bevölkerung nicht das Empfinden hat, bei der Einberufung zur Wehrmacht handele es sich um etwas ganz Besonderes. Es handelt sich um eine staatliche Verpflichtung, wie so vieles andere auch. Das würde vollkommen im Sinne der allgemeinen Richtung liegen. Sie selber, Herr Bundeskanzler, vertreten ja den Standpunkt der Demokratisierung und der Dominanz der zivilen Instanzen. Darum dreht es sich.

Diese Gesetze werden nach unserer Kenntnis seit mindestens eineinhalb Jahren im Amt Blank vorbereitet. Dafür waren die Referenten da. Ich bin durchaus der Meinung, man hätte einmal mit sachkundigen Juristen und Verfassungsrechtlern sowie mit den Kabinetten der Länder, soweit sie auf unserem Boden stehen, diese Angelegenheit besprechen können. So aber ist der Eindruck der Überrumpelung entstanden, und das ist sehr bedauerlich!

*Adenauer:* Ich bedaure sehr, wenn der Eindruck der Überrumpelung entstanden sein sollte, d.h. der absichtlichen Überrumpelung; denn Überrumpelung schließt das doch in sich. Ich möchte Ihnen als Chef der Bundesregierung sagen, daß das keine Absicht gewesen ist. Sie müssen mir das glauben, wenn ich Ihnen das ganz offiziell erkläre. Ich meine, bei einer solch entscheidend wichtigen Frage für unser gesamtes Volk und für Europa muß man auch einmal persönliche Gefühle beiseite setzen können. Worin ich absolut nicht zustimme, ist dies, daß der Bund, dem die Gesetzgebung in beiden Angelegenheiten zusteht, nicht die Ausführung der Gesetze vornehmen soll. Wie stellen Sie sich das denn vor? Jetzt spreche ich zu den Herren von den Ländern. Der Bund hat das Recht der Gesetzgebung, und ausgeführt werden die Gesetze in militärischen Angelegenheiten von den Ländern! (*Müller:* Die Verwaltung!) Das haben Sie nicht einmal bei der Bundesbahn verlangt, da könnten Sie es genauso verlangen, daß für die Länder eine besondere Verwaltung für den Teil der Bahnstrecke eingerichtet wird, der in ihrem Lande liegt.

Lassen Sie mich, Herr Ministerpräsident Müller, ein sehr ernstes Wort sagen: In dem Augenblick, wo wir nicht mehr die Mehrheit haben, wird der Föderalismus der Länder erledigt sein. (*Zurufe:* Sehr richtig!) Allmählich ist im Bundestag – ich muß das einmal ganz offen aussprechen – der Gedanke nicht nur bei der SPD, sondern auch bei der CDU entstanden, daß man die Dinge auch übertreiben kann, die an sich gesund sind, daß sie aber, wenn man sie übertreibt, eben ungesund werden. Deshalb bitte ich Sie, gerade im Interesse der Erhaltung des föderalistischen Gedankens für unser Volk, in diesen Dingen nachgiebig zu sein. Ich möchte nochmals ausdrücklich erklären: Eine Überrumpelung in dem Sinne, daß man Sie plötzlich vor Tatsachen hat stellen wollen, liegt nicht vor, sondern die Verhältnisse haben es so mit sich gebracht.

*Von Hassel:* Wir sitzen in Schleswig-Holstein in einem Land, das eine völlig offene Grenze zur Ostsee hat; unmittelbar außerhalb der Dreimeilenzone fahren die

sowjetischen Fahrzeuge. Wir wissen, was die offene Flanke dort bedeutet. Wir haben im Südosten die Zonengrenze. Bei uns wird die Bitte großgeschrieben, daß die Dinge nun endlich einmal in Gang kommen.

Ich habe die Bitte, daß wir einmal mit Ihnen zusammenkommen, nämlich die Vertreter der CDU-Länder plus der CSU-Fraktion, um die Dinge so zu besprechen, daß keine Zeit vertan wird. Wir sind bei uns in Schleswig-Holstein gewillt, Ihnen so schnell wie möglich den Start zu geben, weil wir wissen, was bei uns besonders sichtbar davon abhängt.

Wir wünschen, daß die Dinge nicht nur gesetzgeberisch in Ordnung kommen, sondern daß auch die Freiwilligen möglichst bald eingezogen werden. Das Gefühl mag bei uns in Schleswig-Holstein, das ja besonders gelagert ist, stärker sein als in anderen Ländern. Zum Schluß des Krieges sind in Schleswig-Holstein ganze Wehrmachtsteile hineingeströmt, von denen ein großer Teil heute noch dort lebt. Bei uns ist das psychologische Hemmnis der früheren Angehörigen der Wehrmacht, wieder mitzumachen, groß; insbesondere bei den sogenannten 131ern<sup>40</sup> sollte man ganz nüchtern überlegen, was auf diesem Gebiet zum Ausgleich der bestehenden Härten noch getan werden kann, um die Stimmung bei den Menschen zu bessern. Dann werden sie auch bereit sein, zugunsten eines neuen Freiwilligen-Beitrages für den Aufbau der Wehrmacht beizutragen. Es wäre gut, wenn das von einigen Herren einmal geprüft würde. Wenn wir einen guten Start haben wollen, dann müssen wir das ganze Gesetzgebungswerk auch mit der Korrektur des 131er-Gesetzes verbinden. Hier sind noch einige Härten auszugleichen.

*Adenauer:* Vielleicht können wir von Ihnen, Herr Ministerpräsident Hassel, nähere Angaben darüber bekommen. (*Von Hassel:* Es gibt dazu genaues Material!) Darf ich dann noch ein Wort an den Herrn Ministerpräsidenten Müller richten? Sie haben gesagt, diese großen Fragen müßten am ersten Tag entschieden werden. Dabei nannten Sie die Frage des Oberbefehls. Ich habe Ihnen gesagt, daß bis zum 31. März 1956, bis dahin soll das Wehrgesetz in Kraft treten, wir günstigstenfalls 8.000 bis 10.000 Mann haben. Spielt denn da die Frage des Oberbefehls eine solche Rolle? Ich muß gestehen, beim Grenzschutz sind es mittlerweile 20.000 geworden. Da hat man sich auch nicht darüber aufgeregt. Warten Sie doch einmal ab, bis das Wehrgesetz kommt. Aber Sie sollen ein gut durchgearbeitetes Wehrgesetz bekommen. Darin werden dann alle diese Fragen geregelt sein. Wir dürfen aus unserer Verpflichtung gegenüber Deutschland unter keinen Umständen zögern, jetzt die Zeit über diese Fragen mit Beratungen dahingehen zu lassen, wenn wir nur 8.000 bis 10.000 Mann bis zum 31. März 1956 überhaupt einstellen können. Herr Krone hat sehr zart darauf hingewiesen; Herr Blank kann nicht mehr Leute einstellen, als er Gelder bewilligt bekommt. Als ich eben

---

40 Gemeint sind nach Art. 131 GG jene „Personen einschließlich der Flüchtlinge und Vertriebenen, die am 8. Mai 1945 im öffentlichen Dienst standen, aus anderen als beamten- oder tarifrechtlichen Gründen ausgeschieden sind und bisher nicht oder nicht in ihrer früheren Stellung entsprechend verwendet werden ...“

im Bundesrat war, haben die Herren, als sie hörten, daß es sich nur um 8.000 bis 10.000 Mann handelt, erstaunte Gesichter gemacht. Man las ihnen am Gesicht ab, als ob sie sagen wollten, das ist ja doch eine Bagatelle, so daß man nicht allzugroße Überlegungen daran knüpfen kann.

Ein Wort zum DGB! Vielleicht sind die anderen Herren im Raume mehr kompetent dafür als ich. Ich bin von einem Sozialisten folgendermaßen unterrichtet worden: was sich jetzt abspiele, sei ein Kampf innerhalb der Gewerkschaften, ein Kampf der jüngeren Generation gegen die alte Generation. Man rechne den Vorstand des DGB in Düsseldorf zur alten Generation und wolle ihn, mit wenigen Ausnahmen, völlig beseitigen. Die eigentlichen Machthaber sind – das ist nach der Verfassung der Gewerkschaften ja richtig – die Industriegewerkschaften und ihre Leiter. Solange Böckler lebte, hat er kraft seiner Vergangenheit und seiner Persönlichkeit dem Vorstand des DGB so viel Einfluß und Ansehen verliehen, daß dort tatsächlich die Macht konzentriert war. Mir wurde gesagt, das sei aber unter seinen Nachfolgern nicht mehr möglich gewesen; das sei verschwunden. Nun hätten die einzelnen Industriegewerkschaften die Macht und wollten auch zeigen, daß sie die Macht hätten. Wenn Sie sich die einzelnen Industriegewerkschaften besehen, dann werden Sie mit mir darin übereinstimmen, daß man hier unterscheiden muß. Die sehr wichtige und größte Gewerkschaft IG-Metall ist eine etwas unbehagliche Gesellschaft, um keinen schlimmeren Ausdruck zu gebrauchen; das ist eine sehr ungemütliche Gesellschaft, die eventuell noch zu großen Schwierigkeiten führen wird, so daß ich den nächsten Jahren mit einer gewissen Sorge gegenüber dem, was sich bei den Gewerkschaften tut, entgegensehe.

Ich wollte an sich nicht so ins einzelne gehen, ich darf es aber jetzt tun und Ihre Aufmerksamkeit auf die Landwirtschaft richten. In der Landwirtschaft gibt es eine gewisse Kategorie von Leuten – mir ist das von einem Landwirt gesagt worden, der etwas davon versteht –, denen es recht gutgeht, und zwar sind es diejenigen, die 150 Morgen Land und mehr haben, denjenigen aber, die weniger haben, geht es recht schlecht. Wir bekommen dort große Schwierigkeiten. Denn diese Bauern, denen es schlechtgeht, werden von gewissen Leuten, die Sie auch alle kennen, aufgehetzt. (*Zuruf*: Lüninck<sup>41</sup> und von Oer<sup>42</sup>!) Sie wissen auch, daß da plötzlich personelle Veränderungen vorgekommen sind, die uns alle überrascht haben. Die Frage der Landwirtschaft wird uns also bis zur nächsten Wahl noch sehr beschäftigen müssen. Es läßt sich nicht leugnen, daß da gewisse Mißstände auftreten und daß Leute notleidend sind. Es kommt folgendes hinzu: Wenn man bedenkt, was der Bauer und seine Frau auf dem Lande für ihre Arbeit von morgens früh bis abends spät erlösen und auf der anderen Seite sieht, was die Industriearbeiter bei achtstündiger Arbeitszeit mit nach

---

41 Hermann Frhr. von Lüninck (1893–1975), nach 1945 Vorsitzender des Agrarpolitischen Ausschusses des Rheinischen Landwirtschaftsverbandes und bis 1962 Vorsitzender des Vorstands der Rheinischen Warenzentrale (vgl. PROTOKOLLE 1 S. 344 Anm. 76).

42 Vgl. Nr. 7 Anm. 90.

Hause bringen, dann wird man verstehen, daß bei den Bauern ein großer Unwille herrscht. Das ist ein sehr ernstes Kapitel, das uns auch im Laufe der nächsten Jahre noch sehr beschäftigen muß.

Herr von Brentano ist wieder hier. Sie wissen, daß ich schon seit langem gesagt habe, ich würde den Herrn Bundespräsidenten bitten, mich von meinem Amt als Außenminister zu befreien, wenn die Verträge fertig seien. Die Verträge sind nun fertig. Der Bundespräsident ist z.Z. abwesend; er kommt am Sonntag zurück.<sup>43</sup> Ich werde ihn am Montag bitten, mich aus dem Amte des Außenministers zu entlassen. Ich werde ihm dann vorschlagen, Herrn von Brentano zum Außenminister zu ernennen. (*Beifall.*) Wir haben hier das schöne Verhältnis nach dem Grundgesetz: Ich als Bundeskanzler bitte den Bundespräsidenten, den Außenminister Adenauer zu entlassen! (*Heiterkeit.*) Ich werde ihn weiter bitten, den Herrn Blank zum Verteidigungsminister und den Herrn von Merkatz – da Herr Hellwege sein Amt niedergelegt hat – zum Minister für Bundesratsangelegenheiten zu ernennen. Das ist eine innenpolitische Sache, von der ich Ihnen aber auch hier Kenntnis geben wollte, und ich hoffe, daß Sie für alles das Verständnis haben werden. In der Zwischenzeit ist der Kollege Strauß eingetroffen als Vertreter der CSU, wie ich annehme, Herr Strauß, oder sind Sie schon der CDU beigetreten? (*Strauß: Das muß ich erst noch weiteren Verhandlungen überlassen!*) Das ist ein gefährliches Wort von Herrn Strauß. Das dürfen Sie nicht weitersagen. Ich heiße ihn herzlich willkommen. Ich habe zu Beginn meiner Ausführungen schon gesagt, daß Herr Seidel hier war, der mich beauftragt hat, seine besten Grüße hier zu übermitteln. Er mußte nach München zurück; sonst wäre er auch heute anwesend.

*Kaiser:* Mit dem Blick auf die morgige Debatte im Parteausschuß möchte ich Ihre Aufmerksamkeit auf folgendes lenken. Heute vor einer Woche in der politischen Debatte im Bundestag kam es zu bestimmten Bemerkungen der Regierung und der Opposition in der Beurteilung: keine Neutralisierung Deutschlands. Das wurde in der Sitzung klar ausgesprochen. Eine Übereinstimmung über die Abrüstung tut not. Ich bin dankbar, daß der Herr Bundeskanzler ausgesprochen hat, daß es dabei auf die beiden Hauptmächte ankommt, auf die USA und Sowjetrußland. Ich wäre dankbar, Herr Bundeskanzler, wenn wir vielleicht morgen ein erläuterndes Wort zur kollektiven Sicherheit hörten, von der Herr Ollenhauer immer wieder spricht. Wir müssen uns einmal darüber auseinandersetzen, wie es um den Begriff der kollektiven Sicherheit, der nach dem ersten Weltkrieg im Munde der französischen Politiker eine große Rolle spielte, steht. Ich bin der Auffassung, daß eine kollektive Sicherheit im Sinne der Überlegungen von Ollenhauer überhaupt erst erörtert werden kann, wenn die deutsche Frage gelöst ist, also wenn unser Staat wieder seine Einheit gefunden hat. Erst dann kann man über ein kollektives Sicherheitssystem sprechen.

Ich würde gern einmal Ihre Meinung oder die Meinung des kommenden Außenministers zu dieser Angelegenheit hören. Sie, Herr Bundeskanzler, sind der Auffassung,

---

<sup>43</sup> Heuss hielt sich in Nürnberg auf (vgl. FAZ vom 6. Juni 1955).

daß von der Westeuropäischen Union aus ein Sicherheitssystem für Europa, dem schließlich auch Rußland beitreten könnte, aufgebaut werden könne. (*Adenauer*: Nur wenn die USA dabei sind!) Damit stimme ich überein. Von der Viererkonferenz haben Sie gesagt, die deutsche Frage könne nicht als eine Detailfrage angepackt werden, sondern sie gehöre in den großen Fragenkomplex hinein. Sie haben gesagt, es muß zuerst zu einer Entspannung kommen, bevor die deutsche Frage gelöst werden kann. Es kann nur zu einer Entspannung kommen, wenn die Wiedervereinigung Deutschlands ihre Lösung findet. Das hängt doch sehr zusammen. Es kommt nicht zu einer Entspannung, wenn nicht die Wiedervereinigung Deutschlands erreicht wird. Ich habe noch einmal die Verlautbarung von Belgrad durchgesehen. Sie spricht sehr betont von der Notwendigkeit der Lösung der deutschen Frage. Bei der Viererkonferenz wird natürlich die deutsche Frage mit im Vordergrund stehen. Daß die Wiedervereinigung Deutschlands erreicht werden muß, wird auch mehr oder weniger Gemeingut in der Erkenntnis der anderen Länder. Deswegen möchte ich wünschen, Herr Bundeskanzler, daß wir darüber die richtige Form des Ausdrucks finden. Ich gehöre jedenfalls zu den Parteifreunden, die mit Nachdruck immer wieder die Wiedervereinigung Deutschlands betonen und als dringende Notwendigkeit fordern. Sie haben gesagt, bevor die Entspannung nicht erreicht ist, müssen wir in Gottes Namen weiter durchhalten. Das würde bedeuten, daß unsere Menschen in der Sowjetzone weiter diese Mühsal, diese unsagbare Not und Qual weiter ertragen müssen. Wenn wir nicht die richtige Form der Ermutigung für die Menschen drüben finden, dann hält der Zustand der Abwanderung, der wieder besorgniserregende Formen angenommen hat, weiter an. Ich möchte wünschen, Herr Bundeskanzler, daß wir hier nach Möglichkeit zu einem gemeinsamen Ausdruck kommen.

*Adenauer*: Der Ausdruck allein tut es wirklich nicht, sondern wir müssen die Sache real sehen. Die Wiedervereinigung ist nicht möglich ohne die drei Westmächte plus Sowjetrußland. Das ist doch ganz klar. Sowjetrußland betrachtet diese Angelegenheit als eine politische Frage, das ist auch ganz verständlich, und zwar als eine politische Frage, die im Zusammenhang mit seinen ganzen Bestrebungen steht, sich hier einen Satellitengürtel – vielleicht zum Teil aus Sicherheitsgründen und zum Teil aus Propagandabedürfnis – für seine kommunistischen Lehren vorzulegen.

Wir können also gar nicht sagen, die Wiedervereinigung ist die allererste Frage. Damit kommen wir ja nicht weiter, das haben wir auf der Berliner Konferenz gesehen. Wir müssen sagen, wir müssen zu einer Entspannung kommen, damit Sowjetrußland hier in Europa eine andere Haltung einnimmt, auch bezüglich der Frage der Wiedervereinigung. Die Entspannung kann nur dann eintreten, wenn eine wirkliche Abrüstung erfolgt. Man kann doch nicht von einer Entspannung unter den Völkern reden, wenn sie sich gegenüberstehen, jeder mit einer Bombe in der Hand. Das hängt also alles irgendwie zusammen, Herr Kaiser, daran können wir nichts ändern. Wir können uns nur bemühen – das habe ich sehr klar zum Ausdruck gebracht –, daß der Fluß der Dinge weitergeht und nicht abreißt, so daß wir vielleicht im Laufe einer einjährigen



Konferenz – vielleicht wird es auch etwas länger dauern – zu einer Lösung dieser Frage kommen werden. Ich für meine Person sehe keinen anderen Weg.

Auch was die Frage der Abrüstung angeht, sehe ich nur den Weg, daß zwischen Eisenhower und Bulganin eine wirkliche Aussprache stattfindet. Das sind die Dinge, die vor uns liegen und die wir verfolgen müssen in der Hoffnung, daß sie zum Ziele führen. Ich wiederhole nochmals: Ich wüßte nicht, wie man hier eine Sprachregelung finden soll. In der auswärtigen Politik gilt es noch mehr als in der Innenpolitik, die Dinge real zu sehen in der Einschätzung der ganzen Verhältnisse, wie sie sich entwickelt haben.

*Gradl:* Natürlich kann man keine Sprachregelung dafür geben. Aber was unser Freund Kaiser meint, der sich bewogen hat, etwas zu sagen, kann ich vielleicht potenziert so formulieren: Nach Ihrer Rede im Bundestag<sup>44</sup> ist verschiedentlich der Eindruck entstanden, als ob Sie die kommende internationale Entwicklung so sehen, daß das Schwergewicht zunächst auf die Abrüstung gelegt werden müsse, so daß die Abrüstung nach Ihrer Schau – ich nehme an, daß es nicht so ist, aber draußen wird es so gedeutet – kausal der Wiedervereinigung vorausgehen muß. Nach allen Erfahrungen, die in der Vergangenheit mit der Abrüstung gemacht worden sind, ruft das den Gedanken hervor, als ob damit die Wiedervereinigung auf Frist hinausgeschoben würde, was natürlich keiner von uns als real annehmen will. Ich glaube in der Tat, daß zwischen der Abrüstung und der Wiedervereinigung kein kausaler Zusammenhang in dem Sinne besteht, daß unbedingt zuerst die Abrüstung gelingen muß, ehe die Wiedervereinigung zustande kommt, sondern daß beide in einem gegenseitigen Abhängigkeitsverhältnis stehen, in einem Funktionsverhältnis, d.h., man muß in beiden Richtungen versuchen weiterzukommen. Ich kann mir nicht vorstellen, daß durch eine Abrüstung eine endgültige Entspannung erreicht werden kann, solange man in der Wiedervereinigung nicht zu einem positiven Ergebnis gekommen ist.

Ich würde es auch begrüßen, wenn Sie auch morgen im Bundesparteiausschuß Ihre Auffassung so formulieren könnten, daß nicht dieser Eindruck entsteht, als ob die Politik der Bundesregierung jetzt primär nur auf die Abrüstung ausgerichtet sei, weil sie glaube, daß nur bei einer Abrüstung die Wiedervereinigung Deutschlands erzielt werden könne.

Dann darf ich vielleicht noch einmal ein Thema aufgreifen, das anscheinend erledigt ist. Ich möchte nochmals ein Argument zu dem hinzufügen, was über die beschleunigte Aufstellung der Freiwilligenverbände gesagt worden ist. Von uns aus gesehen, die wir draußen sind und die Politik immer primär unter dem Gesichtspunkt der Wiedervereinigung sehen und sehen müssen, sieht diese Aufgabe, vor der der Bundesrat und der Bundestag jetzt stehen, so aus, daß, wenn zuviel Zeit verloren wird, man damit gewissermaßen ein Instrument aus der Hand legt oder es nicht ergreift, mit dem allein auch bei den kommenden Viermächteverhandlungen die sowjetische Politik

---

44 27. Mai 1955 – Sten.Ber. 2.WP Bd.24 S. 4598–4607.

in unserem Sinne in Bewegung gebracht werden kann. Die Kritik, die wir zuweilen an der Politik der Bundesregierung in den vergangenen Jahren getrieben haben, war davon geleitet, daß zuviel Zeit verloren worden ist, um Realitäten hinzustellen, die die sowjetische Politik beeinflussen. Wir haben gesehen, wie sehr die Pariser Verträge mit der Ankündigung der deutschen Wiederbewaffnung die Russen in Aufregung versetzt haben, und zwar in eine sehr heilsame Aufregung. Es wäre also ungemein bedauerlich, wenn das Aufstellen der ersten Verbände wieder auf lange Zeit hinausgeschoben würde; denn das ist wirklich, glauben Sie es uns, die einzige Realität, die auf die Sowjets einen Einfluß ausübt.

Deswegen sollten wir zeigen, daß wir es ernst damit meinen. Wir sollten also so schnell wie möglich die ersten Formationen auf die Beine stellen. Wenn man bei dieser Angelegenheit neben den nationalen Perspektiven überhaupt noch innenpolitische Überlegungen anstellen darf, dann meine ich dazu folgendes: Es wäre nicht gut, wenn diese ganzen Auseinandersetzungen über den Aufbau der Wehrmacht zu nahe an den nächsten Bundestagswahlkampf herangedrückt würden, so daß also die Bildung der Wehrmacht eine Angelegenheit des Wahlkampfes würde. Das wäre ein nationales Verhängnis. Man sollte aus diesem Grunde sehen, daß man alle Möglichkeiten nach vorne zieht, um bis zur nächsten Bundestagswahl die Dinge so einlaufen zu lassen, daß sie für jedermann selbstverständlich sind.

Herr Bundeskanzler, Sie werden verstehen, daß mancher von uns, der aus dem Osten hierher kommt, einen leichten Schauer über den Rücken bekommt, wenn er hört, mit welcher Sicherheit – Sie haben es schon in der vorigen Vorstandssitzung getan – Sie uns den Bundestagswahlkampf 1957 als die große Aufgabe vor Augen stellen. Ich erlaube mir, immer noch der Hoffnung zu sein, daß wir vielleicht einen Bundestagswahlkampf nicht brauchen, sondern einen für die CDU bestimmt mindestens ebenso siegreichen gesamtdeutschen Wahlkampf führen wollen. Ich würde vorschlagen – auch um Mißdeutungen zu vermeiden – es so zu sagen, daß nicht der Eindruck entstehen kann, als ob im tiefsten Herzensgrund der Chef der deutschen Bundesregierung sich mit der Tatsache bereits abgefunden hat, daß zunächst einmal ein Bundestagswahlkampf im September des Jahres 1957 zu führen sein wird.

*Adenauer:* Ich bin Herrn Dr. Gradl für den mittleren Teil seiner Ausführungen sehr dankbar, (*Heiterkeit*) und zwar unter dem Gesichtspunkt, weil er als ein Mann gesprochen hat, der den Dingen im Osten näher steht als mancher von uns und der mit Recht die Bedeutung des Schaffens realer Tatsachen auch gegenüber Sowjetrußland in Rechnung setzt.

Was den Wahlkampf 1957 angeht, so versichere ich Ihnen, Herr Gradl, daß ich nicht im Traum daran gedacht habe, daß irgend jemand daran denken könne, ich hätte es aufgegeben, daran zu glauben, daß vorher allgemeine deutsche Wahlen stattfinden. Aber das entbindet uns doch nicht der Verpflichtung – wir haben doch nicht mehr so lange Zeit –, schon jetzt an den Wahlkampf 1957 zu denken und im Bundestag auch die nötige Arbeit zu schaffen, auf die gestützt wir dann den Wahlkampf führen können. Wir müssen uns auch finanziell, propagandistisch und organisatorisch auf den

Wahlkampf 1957 einrichten. Das wird alles zugute kommen dem gesamtdeutschen Wahlkampf. Man kann also sagen, das gilt gleichzeitig auch für die Vorbereitung zu allgemeinen deutschen Wahlen. Die Sozialdemokraten sind in der Beziehung sehr viel kecker.

Nun zu dem ersten, was Sie gesagt haben. Ich bitte Sie, eins zu berücksichtigen, was nach meiner Meinung viele Menschen zu wenig bedenken. Man macht sich keinen Begriff davon, in welcher tödlicher Gefahr wir alle miteinander Tag für Tag und Stunde für Stunde schweben. Wissen Sie, daß russische Flugzeuge in 20 Minuten über Bonn und Köln sein können? Wissen Sie, daß die Abwehrkräfte etwa drei bis fünf Minuten übrig haben, um die feindlichen Flugzeuge zurückzutreiben? Das darf ich hier einmal einfließen lassen: Die Anlage der Flugplätze für die Alliierten und später für die deutschen Flugzeuge ist ausgerechnet bis auf eine halbe Minute, weil jede halbe Minute entscheidend sein kann für das Leben von Hunderttausenden von Menschen. Das ist die Situation, in der wir schweben. Und wenn erst H-Bomben abgeworfen würden, dann wäre das überhaupt nicht auszudenken. Deswegen ist – ich werde das öffentlich nicht sagen, aber hier sage ich es – eine allgemeine Abrüstung sowohl für die Leute in der Sowjetzone wie für uns überhaupt erst die Voraussetzung, daß wir jemals zu einer Wiedervereinigung kommen; denn wenn wir nicht mehr am Leben sind, findet auch keine Wiedervereinigung statt. Sehen Sie also bitte die Dinge real. Natürlich werde ich nicht etwa in Besprechungen mit Dulles und Eisenhower sagen, so ist unsere Reihenfolge, erst das und dann die Wiedervereinigung; aber ich bitte Sie, bei solchen Gesprächen kann man keine Rücksicht darauf nehmen, wie irgend etwas irgendwo wirkt, sondern man muß die realen Tatsachen nehmen. Selbstverständlich werde ich Dulles und Eisenhower u.a. sagen: Die Wiedervereinigung ist und bleibt das Ziel unserer Politik, weil es sonst keine Ruhe in Europa gibt. Aber gestatten Sie mir zu sagen, daß ohne eine Entspannung in der Welt eine Wiedervereinigung nicht zustande kommt. Das ist nun einmal meine Überzeugung. Und ich glaube, ich habe mit dieser Überzeugung recht. Wie sollten die Russen dazu kommen, wenn keine Entspannung in der Welt eintritt, nun zu sagen: Hier habt ihr die Sowjetzone wieder. Es tritt keine Entspannung in der Welt ein, verehrter Herr Dr. Gradl, wenn nicht tatsächlich wenigstens der Beginn einer Abrüstung sichtbar wird. Selbstverständlich kann das Problem der Wiedervereinigung nicht zurückgestellt werden, bis eine solche Abrüstung durchgeführt ist, aber seien Sie sich darüber klar, es gibt keine Wiedervereinigung, wenn nicht eine Entspannung kommt. Und die Entspannung kommt nicht, wenn nicht über die Frage der Abrüstung gerade die beiden großen Weltmächte sich nähergekommen sind. Das müssen wir klar sehen.

Wir müssen natürlich in der Öffentlichkeit eine vernünftige Sprache führen. Aber Sie dürfen von einem Manne in meiner Stellung, wie sie Herr von Brentano demnächst als Außenminister haben wird, nicht erwarten, daß wir der Öffentlichkeit – verzeihen Sie den Ausdruck – Bilder hinzeichnen, die niemals Wirklichkeit werden. Wir haben es doch versucht auf der Berliner Konferenz. Wie war denn das Ergebnis? Absolut negativ! Was ist das Ergebnis der Unterzeichnung der Pariser Verträge? Daß die

Russen unruhig werden und in Bewegung kommen. Was haben die Russen vorher gesagt, und was haben die Sozialdemokraten ihnen nachgebetet? Sie haben gesagt, daß dann alles vorbei sei. Dummes Zeug, nichts ist vorbei! Der entscheidende Punkt für Sowjetrußland ist doch der, daß Sowjetrußland irgendwie das Gefühl bekommt, es wird nicht angegriffen werden von den Vereinigten Staaten. Erst wenn es das Gefühl bekommt, dann wird es bereit sein, mit sich reden zu lassen und zu einer Verständigung zu kommen. Vor fünf Jahren war die Situation vielleicht anders. Sicher war sie anders vor Korea, als zwischen den vier Verbündeten dieser Zwiespalt ausgebrochen ist. Seit der Zeit hat Rußland gesehen, daß man ihm entgegentritt und daß Amerika stärker als Rußland aufgerüstet hat. Es hatte damals abgerüstet. Rußland hat gesehen, daß der Westen einig ist. Und nun, da es innere Schwierigkeiten hat, ist es besorgt. In diesem Augenblick kann es gar nicht aus dem Schutzgürtel von Satellitenstaaten ein wesentliches Glied einfach zurückgeben. Den Dingen müssen Sie also ins Auge sehen. Ich glaube doch, daß die Menschen in der Sowjetzone – ich spreche doch auch mit Leuten aus der Sowjetzone, natürlich nicht in dem Umfange wie Sie – dafür Verständnis haben, wenn man ihnen das klarmacht. Völlig fern liegt das, was die Sozialdemokraten und leider die deutschen Kommentatoren von der „Politik der Stärke“ sagen. Was heißt denn „Politik der Stärke“? Doch nicht die zwölf Divisionen, sondern die Politik der Stärke besteht in der Einigkeit des Westens. Das ist die Politik der Stärke und damit die Verbauung der Absicht der Sowjets, einen nach dem anderen zu fressen.

*Tillmanns:* Herr Bundeskanzler, ich glaube, wir sind uns alle darüber einig, daß, wenn es zu einer Milderung der Weltspannung kommt, das Problem der Wiedervereinigung Deutschlands auf friedliche Weise gelöst werden kann. Das ist auch, wenn ich die Diskussion richtig verfolgt habe, von den Herren Kaiser und Gradl betont worden. Wir wollen nur eine Wiedervereinigung in Frieden. Darüber sind wir uns einig. Wir sind uns auch darüber einig, daß der Abschluß der Pariser Verträge eine wichtige Station, ja geradezu eine unverzichtbare Voraussetzung dafür gewesen ist, um den Weg zu einer solchen Entspannung zu bereiten.

Sie haben richtig gesagt, es ist nun einmal eine Annahme sowjetischer Politik, daß die nichtkommunistischen Staaten es gar nicht fertigbringen, sich zu einigen. Solange die Sowjets glauben, daß die Dinge so laufen, haben sie gar kein Interesse an einer Entspannung und an einer Verhandlung mit den anderen. Es ist interessant, daß tatsächlich nach dem Abschluß der Pariser Verträge die weltpolitische Situation in Fluß gekommen ist. Ich brauche das nicht näher auszuführen. Das kann niemand bestreiten. Insofern ist es völlig richtig, daß die Politik der SPD offenkundig als falsch entlarvt ist. Wir können gar nicht deutlich genug sagen, daß in der Geschichte seit 1945 eine politische Konzeption sich so klar und deutlich als falsch erwiesen hat, wie die Politik der SPD in der Frage der Wiedervereinigung bzw. der Pariser Verträge.

Nun ist als neuestes Dokument dieser in Fluß geratenen weltpolitischen Situation heute die gemeinsame Erklärung der Sowjets und der Jugoslawen in Belgrad bekanntgeworden. In dieser Belgrader Erklärung heißt es: Beide Regierungen sind darüber

einig, daß alle Völker neue Anstrengungen machen müssen, um positive Resultate und Übereinkommen in Verhandlungen zu so wesentlichen Fragen des Friedens der ganzen Welt zu erzielen, wie es die Frage der Einschränkung und Begrenzung der Abrüstung usw. ist. Hier deutet sich an, was der Bundeskanzler gesagt hat, daß aus Gründen, die wir nicht zu untersuchen brauchen, auch die sowjetische Politik ein gewisses Interesse an einer solchen Entspannung hat, wenn es auch nur eine Entspannung oder eine Pause im Kalten Krieg wäre nach ihrem Denken.

Nun aber besteht zweifellos die Gefahr – und darauf wollten die Herren Kaiser und Gradl hinweisen –, daß eine solche Entspannung vom Standpunkte der Weltmächte sowohl des Ostens wie auch des Westens denkbar ist, ohne das deutsche Problem zu lösen; d.h., vom Standpunkt der Weltmächte ist eine solche Entspannung denkbar, auch unter Aufrechterhaltung der Spaltung Deutschlands. Das ist denkbar, aber nicht wünschbar. Hier setzen die politischen Auffassungen ein, die geäußert worden sind und denen ich mich anschließe, daß es nämlich eine Aufgabe der deutschen Politik ist, den Weltmächten und vor allen Dingen den Westmächten klarzumachen, daß ein integrierender Bestandteil einer solchen Entspannung die Lösung des deutschen Problems sein muß. Das ist die Aufgabe, vor der wir stehen. Es scheint mir in diesem Zusammenhang interessant zu sein, daß auch die Belgrader Deklaration das sieht. Ich glaube nicht fehl zu gehen in der Annahme, daß es vor allen Dingen auf die Politik Titos zurückzuführen ist, daß dieser Punkt in den eben verlesenen Sätzen erscheint. Durch diese Anstrengungen würde eine Atmosphäre geschaffen, die es ermöglichte, solche vordringlichen brennenden internationalen Probleme auf friedlichem Wege zu lösen, und zwar die deutsche Frage in Übereinstimmung mit den Wünschen des deutschen Volkes, aber auch im Interesse der allgemeinen Sicherheit. Dann kommt anschließend die Lösung der Formosafrage, die interessanterweise mit der deutschen Frage in Parallele erscheint.

Ich bin der Auffassung, daß die Probleme der Entspannung in der Welt und der Wiedervereinigung Deutschlands zwei nacheinander folgende Fragen sind, d.h., ohne eine solche Entspannung wird auch die Frage Deutschlands nicht gelöst werden, aber sie sind nur thematisch aufeinander folgende Fragen, sie brauchen nicht zeitlich aufeinander zu folgen; sie werden nur ineinander gelöst werden können. Wenn es zu einer Lösung in der Deutschlandfrage kommt, kann auch eine echte Entspannung herbeigeführt werden. Deswegen ist es mein Wunsch, zwischen einem thematischen und zeitlichen Nacheinander der beiden Komplexe zu unterscheiden. Wenn wir uns darüber einig sind, daß es mühsamer Verhandlungen bedarf, um die Dinge überhaupt zu klären, daß wir Geduld haben müssen und daß es wahrscheinlich eine lange Zeit dauern wird, um diese Fragen zu lösen, dann ist es trotzdem problematisch, wie wir das in der Öffentlichkeit formulieren. Die etwas isolierte Betonung einer solchen zeitlich langen Dauer hat eine Folge, die wir als verantwortliche deutsche Politiker nicht außer acht lassen dürfen, nämlich eine ständige weitere Entmutigung unserer Menschen in der Sowjetzone. Eine solche weitere Entmutigung würde eine Erlahmung der Kräfte mit sich bringen. Das aber ist etwas, was der sowjetischen Politik geradezu entgegen-

kommt; denn die Russen wollen eine solche Erlahmung und Resignation. Sie wollen eine gewisse Apathie; denn das nützt ihrer Politik. Wir haben als deutsche Politiker die Verantwortung, so zu handeln, daß eine solche Resignation nicht entsteht. Damit allein werden die Kräfte wachgehalten, die eine Wiedervereinigung Deutschlands in Frieden und Freiheit, von der anderen Seite aus gesehen, möglich machen. Deswegen habe ich die Bitte, daß wir in der klaren Sicht des engen Zusammenhanges zwischen internationaler Entspannung und deutscher Wiedervereinigung dafür sorgen, daß die Dinge so dargestellt werden, um die Menschen in der Sowjetzone zu stärken und ihnen Vertrauen zu schaffen.

*Adenauer:* Erlauben Sie mir, trotz der vorgerückten Zeit noch etwas dazu zu sagen. Welche Entmutigung würde dann eintreten in der Sowjetzone, wenn die Konferenz nach drei Monaten abgebrochen würde? Dann würde alles erledigt sein. Da ziehe ich doch vor, bei den ungeheuren Schwierigkeiten, die mit einer Konferenz verbunden sind, ehrlich zu sagen, lieber eine lange Konferenz als einen Abbruch; denn eine längere Konferenz hat mehr Aussicht auf Erfolg. Ich bitte die Herren, die vor mir gesprochen haben, diese Situation zu sehen und sich Gedanken darüber zu machen.

Meine Freunde! Ich bin der Auffassung, daß es in der Außenpolitik und in der Politik des Durchhaltens viel richtiger ist, den Leuten die Schwierigkeiten wenigstens in etwa zu sagen, als daß nachher gesagt wird, sie nehmen den Mund voll und alles ist vorbei. Im übrigen wandeln wir, wenn Sie wollen, zwischen Szylla und Charybdis. Wir dürfen den Leuten nicht den Mut nehmen. Wir dürfen aber auch keine falschen Hoffnungen erwecken, die eine vollkommene Katastrophe bringen würden. Das ist unsere Situation.

Daß diese ganze Frage noch eine andere Schwierigkeit bietet, möchte ich Ihnen trotz der vorgerückten Zeit kurz in Ihr Gedächtnis zurückrufen. Wie ist es mit der Frage der Oder-Neiße-Linie? Wie ist es, wenn die Russen sagen, wir sind bereit, die Sowjetzone zurückzugeben, aber dann muß Deutschland die Friedensgrenze anerkennen. Was ist dann? Das wird ganz bestimmt kommen. Damit hängt nun die Frage der Satellitenstaaten zusammen. Wir werden uns, so denke ich es mir, mit einem freien Polen, das nicht kommunistisch regiert wird, verständigen müssen. Mit einem kommunistisch regierten Polen können wir uns nicht verständigen. Ich habe das zum Schluß noch erwähnt, obwohl ich nicht gerne vor einem solchen Kreise davon spreche, damit Sie sehen, daß auch im Hintergrund noch Schwierigkeiten sind, deren Lösung ganz sicher Zeit erfordert. Wir müssen aber auch an diese Frage herangehen und darüber sprechen. Deswegen hängt auch die von den Amerikanern angeschnittene Frage der Freiheit der Satellitenstaaten mit unserer Oder-Neiße-Frage ganz eng zusammen.

Ich bekomme soeben die Mitteilung von Herrn Blank: Es steht sehr schlecht im Bundesrat. Nordrhein-Westfalen leistet Widerstand. Ich finde das unmöglich. Das muß ich offen sagen. Das eine kann ich Ihnen sagen, die öffentliche Meinung wird über den Bundesrat negativ urteilen. Und wenn das ausgerechnet ein Land tut, in dem wir ungefähr die Regierung bilden, so sind das ganz unmögliche Verhältnisse.

(Zimmer: Die Kabinette haben sich damit noch nicht befaßt! – Wuermeling: Der Bundesrat macht sich selber tot!)

*Blank:* Der Vertreter von Schleswig-Holstein und der Präsident des Bundesrates, Herr Ministerpräsident Altmeier, haben beide für ihre Länder erklärt, sie hätten keine Bedenken und wollten zustimmen. Die Bayern erheben den Einwand, es geht nicht ohne Verfassungsänderung. Nordrhein-Westfalen erhebt die allergrößten Bedenken. Bevor nicht die gesamte Wehrverfassung und all die Dinge klar seien, könne einem solchen Gesetz nicht zugestimmt werden; denn dieses Gesetz gäbe der Regierung die Vollmacht, zuviel zu tun. Hessen behauptet, einem solchen Gesetz könne man nicht zustimmen, denn damit könne die Regierung eine ganze Armee aufbauen.

Wenn Nordrhein-Westfalen und Baden-Württemberg eine solche Erklärung abgeben, wie sie die beiden Herren für Schleswig-Holstein und Rheinland-Pfalz abgegeben haben, dann würde die ganze Diskussion abgebrochen und ginge zu Ende. Solange aber die Sozialisten spüren, daß sie eine derartige Unterstützung haben, bleiben sie bei ihrer Auffassung.

Ich sehe mich außerstande, Herr Bundeskanzler, weiterzuverhandeln. Ich bin nicht in der Lage, Erklärungen abzugeben, daß Sie die Absicht hätten, Verfassungsänderungen vorzulegen. Ich habe nicht darauf geantwortet. Ich habe auch nicht die Möglichkeit bis jetzt gesehen, irgendwelchen Textänderungen zuzustimmen. Es neigen einige dazu, den § 1 so abzuändern: Der Aufbau der Streitkräfte beginnt mit der Entsendung von Freiwilligen zu internationalen Stäben und zu Lehrgängen.<sup>45</sup>

Wenn Sie, Herr Bundeskanzler, nicht persönlich eingreifen, weiß ich nicht, wie die Dinge weitergehen sollen. (*Adenauer:* Hat Herr Ministerpräsident Arnold nichts gesagt?) Die Herren Arnold und Sträter<sup>46</sup> haben sich beide gegen das Gesetz ausgesprochen. Ich habe mehrfach mit ihnen diskutiert. (*Tillmanns:* Ihnen gegenüber?) In der Sitzung.

*Adenauer:* Jeder muß seinem Gewissen folgen. Aber die Partei hat auch gewisse Rechte, und das geht die CDU als Ganzes an; es ist eine Katastrophe für die CDU als Ganzes. (*Eplée:* Das kommt daher, weil die Herren aus den Ländern zu selten kommen und nicht die Stimmung des ganzen Vorstandes spüren!) Um 15 Uhr soll es weitergehen. Dann müssen wir Herrn Arnold bitten hierherzukommen. (*Blank:* Darf ich das übernehmen?) Wir müssen die Herren bitten hierherzukommen. So kann man keine Politik in Deutschland machen. So kann auch keine Partei geführt werden. (*Blank:* Auch die anderen Herren von uns?) Ja! Sie sind doch damit einverstanden, meine Herren? (*Blank:* Ich werde Herrn Altmeier vorschlagen, die Sitzung zu vertagen und die CDU-Leute im Auftrage des Parteivorstandes hierherzubitten!)

---

45 Der ursprüngliche Entwurf des Bundesministers für Verteidigung (BR-Drs. 172/55) wurde zurückgenommen und ersetzt durch den Gesetzentwurf vom 15. Juni 1955 (BT-Drs. 1467). Gesetz vom 23. Juli 1955 – BGBl I S. 449.

46 Dr. Artur Sträter (1902–1977), 1950–1970 MdL Nordrhein-Westfalen (CDU), 1946, 1948–1950 und 1962–1966 Minister für Justiz, 1950–1954 für Wirtschaft und Verkehr, 1958–1960 für Finanzen, 1954–1956 und 1960–1962 für Bundesangelegenheiten, 1958–1966 MdB.

*Johnen:* Ich halte diesen Weg für falsch. Sie werden damit nur erreichen, daß sich die Fronten verhärten. Ich würde vorschlagen, daß die Sitzung ausgesetzt wird und sich ein kleiner Kreis zusammensetzt. (*Zurufe:* Sehr richtig!) Das Ganze ist nur durch die Zeitbedrängnis entstanden. Die Ministerpräsidenten hatten keine Gelegenheit, mit Ihnen darüber zu sprechen.

*Adenauer:* Aber sie hatten Gelegenheit, sich dagegen auszusprechen, trotz der Kürze der Zeit! Wenn die Herren gesagt hätten, wir haben das so spät bekommen, wir müssen eine Pause eintreten lassen, dann könnte ich das verstehen, aber sich mit den Sozialdemokraten in einer für Deutschland entscheidenden Frage dagegen auszusprechen, dafür habe ich, Herr Johnen, kein Verständnis.

*Johnen:* Ich hatte mich mit Herrn Ministerpräsident Arnold für heute morgen um 10 Uhr hier verabredet. Als ich hierher kam, war die Sitzung des Bundesrates um eine Stunde vorverlegt, so daß ich ihn nicht erreicht habe. So kommt eine Panne nach der anderen, sonst hätten wir darüber Vorbesprechungen gehabt und hätten das Für und Wider erörtern können.

*Adenauer:* Versuchen wir es mal mit einer Besprechung im kleinen Kreise. Wenn es da nicht geklärt wird, muß es im großen zustande kommen. Es handelt sich nicht nur um Nordrhein-Westfalen. Das könnte Herr Johnen übernehmen. Es handelt sich darum, wer den Herren die Mitteilung überbringt. Herr Blank muß auch mit den anderen Herren sprechen. Ich würde vorschlagen, daß die Herren zu mir kommen, und zwar um einhalb 3 Uhr. Wir machen nun eine kurze Pause.

*Mittagspause von 14.00 Uhr bis 15.00 Uhr.*

*Bundesminister Kaiser übernimmt den Vorsitz.*

*Kaiser:* Der Herr Bundeskanzler ist noch in Anspruch genommen in Besprechungen mit den Ministerpräsidenten. Wir wollen aber weiter fortfahren. Wir haben noch die Punkte 2 und 3 der Tagesordnung zu erledigen. Mir wurde zugerufen, wir sollten den letzten Punkt vorwegnehmen, weil der Herr Bundeskanzler noch nicht da ist; er möchte gern die Ausführungen von Herrn Heck hören. Ich darf dann Herrn Dr. Heck bitten, für Herrn Süsterhenn die Sache vorzutragen.

ABSCHLIESSENDE BERICHT DER VOM VORSTAND EINGESETZTEN  
STATUTENKOMMISSION ÜBER ÄNDERUNG UND ERWEITERUNG DES PARTEI-STATUTS

*Heck:* Meine Damen und Herren! Ich habe hier in Vertretung von Herrn Süsterhenn einen Bericht vorzutragen, den er mir schriftlich zugeleitet hat, da er heute leider infolge einer dienstlichen Inanspruchnahme nicht an der Sitzung teilnehmen kann.



1. Bereits auf dem Bundesparteitag in Karlsruhe wurde beschlossen, das bisherige Statut der CDU einer Revision zu unterziehen und ihm erforderlichenfalls eine neue Form zu geben.<sup>47</sup> In der Bundesparteivorstandssitzung vom 28. Januar 1954 wurde unter der Leitung von Herrn Minister Dr. Zimmer eine Kommission zwecks Überarbeitung des Statuts eingesetzt, die außer dem Vorsitzenden aus folgenden Mitgliedern bestand: Blank, Dr. Schreiber, Fratzscher<sup>48</sup>, Dullenkopf<sup>49</sup>, Barth, Dr. Noltenius, Dr. Heck und Müllenbach. Da Herr Minister Dr. Zimmer infolge Krankheit und Arbeitsüberlastung den Vorsitz in der Statutenkommission niederlegte, übernahm im Jahre 1955 der unterzeichnete Dr. Süsterhenn den Vorsitz.

Die Statutenkommission hat noch unter dem Vorsitz von Minister Dr. Zimmer einen ersten Entwurf für ein neues Statut ausgearbeitet und diesen Entwurf sämtlichen Mitgliedern des Bundesparteivorstandes sowie den Landesgeschäftsführern am 20. September 1954 mit der Bitte um Stellungnahme zugeleitet. Aufgrund der eingegangenen Stellungnahmen hat dann die Statutenkommission in mehreren Sitzungen den nunmehr vorliegenden Entwurf fertiggestellt. In der vorliegenden Synopse sind unter der Bezeichnung „Alte Fassung“ die jetzt noch geltenden Bestimmungen des Statuts und unter „Neue Fassung“ die Bestimmungen des Statutenentwurfs gegenübergestellt. Die gegenüber dem geltenden Statut vorgeschlagenen Änderungen sind durch Unterstreichungen kenntlich gemacht. Die Änderungsvorschläge sollen bei der ersten Lesung des Entwurfs mündlich erläutert und begründet werden.<sup>50</sup> Im vorliegenden Bericht sollen lediglich einige Vorschläge von grundsätzlicher politischer Bedeutung behandelt werden.

## 2. Wähler- oder Mitgliederpartei

Gemäß § 4 des bisherigen Statuts entsenden die Landesverbände auf je 25.000 CDU-Wähler, berechnet nach dem Ergebnis der letzten Bundestagswahl, einen Delegierten zum Bundesparteitag, der das höchste Organ der CDU darstellt. Diese Regelung bedeutet, daß bei den Beschlüssen des Bundesparteitages lediglich die Zahl der Wählerstimmen in die Waagschale fällt, während die Zahl der organisierten Parteimitglieder völlig unberücksichtigt bleibt. Dies widerspricht aber der politischen Wirklichkeit der CDU. Die CDU ist nicht nur eine Wählerpartei, sondern auch eine Mitgliederpartei. Ohne organisierte Mitglieder und ohne das durch den Willen der Mitglieder gebildete Parteiorgan könnte die CDU die ihr obliegenden Aufgaben, ins-

---

47 Vgl. Druck: CDU, 2. Parteitag (1951), S. 167.

48 Arnold Fratzscher (1904–1987), vor 1933 CSVD, 1946–1968 Generalsekretär der CDU Niedersachsen, 1949–1951 und 1955–1969 MdL Niedersachsen.

49 Otto Dullenkopf (geb. 1920), 1946–1961 Landesgeschäftsführer der CDU Nordbaden, 1968–1970 Landesvorsitzender, 1956–1972 MdL Baden-Württemberg, 1961–1986 Bürger- bzw. Oberbürgermeister (1970) von Karlsruhe.

50 Beide Fassungen vom 20. September 1954 und vom 5. April 1955 in NL Müller ACDP I-217-AO 011.

besondere die Aufstellung von Kandidaten zu Parlamentswahlen, sowie die politische Aktivierung der Wählerschaft rechtlich und tatsächlich nicht durchführen.

Die Notwendigkeit eines verstärkten Ausbaues der Parteiorganisation, insbesondere die Notwendigkeit der Erhöhung der Mitgliederzahlen, ist vom Bundesparteivorsitzenden unter einhelliger Zustimmung des Bundespartei Vorstandes wiederholt gefordert worden, weil die politische Schlagkraft der CDU und damit auch die Erfolge bei den Parlamentswahlen weitgehend von der organisierten Stärke der Partei abhängig sind. Will man den politischen Realitäten, insbesondere der auch heute schon gegebenen Parteistruktur, Rechnung tragen, dann muß die demokratische Willensbildung in der Partei nicht einseitig auf den Wählerstimmen, sondern auch auf den Mitgliederzahlen aufgebaut werden. Das Statut muß daher den Doppelcharakter der CDU als Wählerpartei und Mitgliederpartei, insbesondere bei der Bildung des höchsten Parteiorgans, widerspiegeln.

Daher schlägt die Statutenkommission vor, von dem bisherigen Prinzip, daß die Delegierten ausschließlich nach den Wählerstimmen zum Bundesparteitag und zum Bundesparteiausschuß entsandt werden, abzugehen und statt dessen ein Mischsystem einzuführen. Gemäß § 4 sollen in Zukunft die Landesverbände auf je angefangene 100.000 Wählerstimmen der letzten Bundestagswahl je einen Delegierten und auf je angefangene 1.000 Mitglieder einen weiteren Delegierten zum Bundesparteitag entsenden. Gemäß § 6 ist für den Bundesparteiausschuß vorgesehen, daß die Landesverbände auf je angefangene 500.000 CDU-Wählerstimmen der letzten Bundestagswahl je einen Delegierten und auf je angefangene 5.000 Mitglieder je einen weiteren Delegierten in den Bundesparteiausschuß entsenden. Diese Regelung, daß die Zahl der Delegierten der einzelnen Landesverbände sowohl nach den erreichten Wählerstimmen als auch nach der Mitgliederzahl errechnet wird, würde zweifellos auch den psychologisch-pädagogischen Vorzug haben, daß diejenigen Landesverbände, die mit dem Aufbau ihrer Mitgliederorganisation noch stark im Rückstand sind, veranlaßt würden, der Organisationsfrage eine größere Beachtung zu schenken, um ihrem wirklichen politischen Gewicht entsprechend auch in den Parteiorganen vertreten zu sein.

Selbstverständlich müßte, was hier im einzelnen nicht zu erörtern ist, auch noch ein Modus getroffen werden, nach dem die Landesverbände ihre Mitgliederzahl exakt nachweisen und nicht nur Schätzungszahlen nach oben melden. Sie finden als Anlage zu der Synopse zwei Aufgliederungen, wie sich nach dem bisherigen Statut und nach den vorgeschlagenen Statutenänderungen die Delegiertenzahl zum Bundesparteitag und zum Bundesparteiausschuß auf die einzelnen Landesverbände verteilen. Aus dieser Übersicht ergibt sich natürlich, daß die gut organisierten Landesverbände, die heute schon über eine hohe Mitgliederzahl verfügen, durch eine Vermehrung ihrer Delegiertenzahl – wenn man es einmal so ausdrücken darf – in gewisser Hinsicht belohnt werden.

Diese von uns vorgeschlagene Regelung hat noch einen weiteren Vorteil. Die Gesamtzahl der Parteitagsdelegierten würde nach diesem Berechnungsmodus sich von

543 auf 397, also um rund 27 % vermindern. Wir haben bisher noch keinen eigentlichen Arbeitsparteitag gehabt und auch noch keinen Parteitag, auf dem etwa bei der Wahl des Vorsitzenden auch nur die geringste Meinungsverschiedenheit aufgetaucht ist. In dem Augenblick, wo ein Parteitag echte politische Entscheidungen zu erarbeiten und zu fällen oder in personellen Fragen möglicherweise Kampfentscheidungen zu treffen hat, dürfte eine Verringerung der Zahl der Delegierten die Arbeitsfähigkeit des Bundesparteitages zweifellos steigern.

Die Berechnung der Delegiertenzahl nach Wählerstimmen und Mitgliederziffern würde auch den weiteren Vorteil mit sich bringen, daß sich etwaige Schwankungen der Wahlergebnisse hinsichtlich der Delegiertenzahl nicht so stark auswirken, weil die weitgehende Berücksichtigung der Mitgliederziffern eine starke Konstanz bewirkt.

### 3. Die Vertretung der Exil-CDU und der CDU der Gebiete jenseits der Oder-Neiße

Die besondere Vertretung der Exil-CDU und der CDU der Gebiete jenseits der Oder-Neiße auf dem Bundesparteitag, im Bundesparteiausschuß und im Bundesparteivorstand wurde auf dem Parteitag in Goslar im Jahre 1950 beschlossen. Maßgebend hierfür waren politische Gründe. Man wollte die Verbundenheit mit Mitteldeutschland und den Gebieten jenseits der Oder-Neiße-Linie dadurch zum Ausdruck bringen, daß beide Gebiete als eigene Organisation in gleicher Weise wie die übrigen Landesverbände zur Geltung kommen. Die ursprüngliche Zahl der Delegierten der Exil-CDU auf dem Bundesparteitag betrug 96 und der Gebiete jenseits der Oder-Neiße 20 Vertreter. Die Zahl 96 ergab sich aus der Zahl der für die CDU bei den letzten freien Wahlen im Jahre 1946 in der Sowjetzone abgegebenen Stimmen. Die Zahl 20 der Oder-Neiße-Delegierten kam so zustande, daß für jede Provinz jenseits der Oder-Neiße-Linie, also Ostpreußen, Grenzmark, Westpreußen, Ober- und Niederschlesien, je fünf Delegierte bestimmt wurden.

Es darf an dieser Stelle schon angemerkt werden, daß die CDU der Oder-Neiße-Gebiete von Anfang an die Zahl der ihnen zugewilligten Delegierten für zu niedrig erachtet hat mit der Begründung, daß von ihr nicht nur die Gebiete jenseits der Oder-Neiße-Linie in den Grenzen von 1937, sondern auch sonstige volksdeutsche Gebiete vertreten würden. Gegenüber der Gesamtzahl von insgesamt 116 Delegierten der CDU der Sowjetzone und der CDU der Oder-Neiße-Gebiete stellen nach dem jetzt noch in Kraft befindlichen Statut, welches die Delegiertenzahl nach den abgegebenen Wählerstimmen berechnet, die sämtlichen übrigen Landesverbände der Bundesrepublik einschließlich Berlin 427 Delegierte, mit andern Worten: Exil-CDU und Oder-Neiße-CDU zusammen 21,4 % der gesamten Delegierten des Bundesparteitages. Die Exil-CDU allein mit 17,7 % der Delegierten stellt damit die stärkste Gruppe als Landesverband. Von den übrigen 15 Landesverbänden ist der Landesverband Rheinland mit 15,6 % der Delegierten der größte. Diese, wie bereits betont, als politische Manifestation zu treffende Regelung ist, rein juristisch gesehen, nicht unbedenklich. Die CDU ist, wie alle übrigen Parteien, ein Instrument der politischen Willensbildung in der Bundesrepublik. Die Parteien sind auch durch das Urteil des

Bundesverfassungsgerichts in der Frage der dänischen Minderheit in Schleswig-Holstein als Verfassungsorgan anerkannt worden.<sup>51</sup> Es läge deshalb, rein staatsrechtlich gesehen, nahe, die politische Willensbildung innerhalb der CDU genauso zu pflegen, wie auch die politische Willensbildung in der Bundesrepublik Deutschland selbst, dessen Verfassungsorgan die Parteien sind, erfolgt. Das Grundgesetz hat bekanntlich für die Teilnahme der Berliner Vertreter im Bundestag und Bundesrat diesen nur eine beratende Stimme gegeben. Im übrigen sagt das Grundgesetz in seiner Präambel, daß die Deutschen in der Bundesrepublik auch diejenigen Deutschen mitvertreten, denen die politische Handlungsfreiheit versagt ist. Aus der gleichen Erwägung heraus hat auch die Bundesregierung stets in internationalen Verhandlungen den Standpunkt vertreten, daß die Bundesrepublik allein legitimiert ist, für Gesamtdeutschland in den Grenzen von 1937, also auch für die Deutschen in der Sowjetzone und in den Oder-Neiße-Gebieten, zu sprechen. Es wäre daher nicht unlogisch, wenn die CDU der Bundesrepublik sich auf den Standpunkt stellte und auch das Recht für sich in Anspruch nähme, für die CDU-Anhänger der Sowjetzone und der Oder-Neiße-Gebiete zu sprechen und diese auch in der politischen Willensbildung in der Bundesrepublik zu vertreten. Dieser Gedanke wird außer durch staatsrechtliche auch durch organisationsrechtliche Erwägungen nahegelegt. Die in der Bundesrepublik lebenden CDU-Mitglieder aus der Sowjetzone und aus den Gebieten jenseits der Oder-Neiße sind nicht in eigenen Organisationen zusammengefaßt, sondern sind Mitglieder der Orts-, Kreis- und Landesorganisationen der CDU ihrer Wohnorte. Sie nehmen als solche bereits an der politischen Willensbildung innerhalb der Orts-, Kreis- und Landesverbände teil. Ihr politischer Wille wird also schon innerhalb der Bundesparteiorgane durch die Landesverbände vertreten. Da sie aber andererseits auch noch einmal ihre Sondervertretung als Exil-CDU und Oder-Neiße-CDU mit bisher insgesamt 116 Delegierten haben, nehmen also diese Sowjetzonenflüchtlinge und Heimatvertriebenen praktisch zum mindesten zweimal an der politischen Willensbildung der obersten Parteiorgane teil. Eine derartige Regelung ist zweifellos, vom rein organisationsrechtlichen Standpunkt aus gesehen, unlogisch.

Es muß also die Frage geprüft und entschieden werden, ob diesen staatsrechtlichen und organisationsrechtlichen Bedenken bei der Neufassung des Statuts Rechnung getragen werden soll oder nicht. Man könnte diesen Bedenken Rechnung tragen, indem man den Sondervertretungen der Exil-CDU und der Oder-Neiße-CDU lediglich beratende Stimme in den obersten Parteiorganen gibt und nicht wie bisher beschließende Stimmen. Die Mitwirkung der Sondervertretungen der Exil-CDU und Oder-Neiße-CDU mit beratender Stimme in den obersten Parteigremien könnte den Gedanken der symbolhaften Repräsentation dieser Gebiete vielleicht genügend Rechnung tragen. Es handelt sich hier aber um eine rein politische Entscheidung, zu der die Statutenkommission von sich aus keine Stellung nimmt. Die Statutenkommission

---

51 Urteil vom 5. April 1952 aufgrund der Klage des SSW gegen die 1950 neu in das Landeswahlgesetz von Schleswig-Holstein eingeführte 7,5%-Klausel (vgl. LANGE S. 440-443).

als ein technisch-juristisches Gremium hält sich lediglich für verpflichtet, die angeschnittenen staatsrechtlichen und organisationsrechtlichen Probleme herauszustellen, um sie den zuständigen Organen zur politischen Entscheidung zu überlassen.

#### 4. Bundesparteiivorstand

Die von der Statutenkommission vorgeschlagene Änderung des § 9 über die Zusammensetzung des Bundesparteiivorstandes unterscheidet sich, abgesehen von einigen bei der Lesung zu erörternden Einzelheiten, von dem bisherigen Statut vor allen Dingen dadurch, daß erstmalig der Begriff des geschäftsführenden Vorstandes eingeführt worden ist. Wir hatten in dem bisherigen Statut bereits drei geschäftsführende Vorstandsmitglieder, das bekannte Triumvirat, aber noch keinen geschäftsführenden Vorstand. Bei der praktischen Arbeit hat sich herausgestellt, daß dieses Triumvirat nur selten allein tätig geworden ist. Es ergab sich aus den politischen oder organisatorisch-technischen Notwendigkeiten, daß dieses Triumvirat einerseits mit dem Vorsitzenden, den beiden stellvertretenden Vorsitzenden sowie dem Fraktionsvorsitzenden, andererseits mit dem Bundesschatzmeister und dem Bundesgeschäftsführer Fühlung halten mußte. So hat sich aus der praktischen Zusammenarbeit der genannten Personen oder Funktionsträger heraus de facto bereits so etwas wie ein geschäftsführender Vorstand gebildet. Es erscheint angebracht, das, was sich in der Praxis herausgebildet und bewährt hat und auch für die Zukunft notwendig ist, nunmehr auch in dem Statut zu verankern, indem man formal das Institut des geschäftsführenden Vorstandes einführt, der sich aus folgenden Mitgliedern zusammensetzt:

- a) dem Vorsitzenden,
- b) zwei stellvertretenden Vorsitzenden,
- c) drei an der Geschäftsführung mitwirkenden Vorstandsmitgliedern,
- d) dem Bundesschatzmeister,
- e) dem Bundesgeschäftsführer,
- f) dem Vorsitzenden der Bundestagsfraktion.

Für eine aus Überzeugung und verfassungsmäßiger Pflicht demokratisch organisierte Partei ist selbstverständlich das höchste Organ der Bundesparteitag und das nächstniedrigere Organ der Bundesparteiausschuß. Dann folgt in der Rangordnung erst der Bundesparteiivorstand, der nach der Satzung die Aufgabe hat, die Beschlüsse des Parteitages und Parteiausschusses durchzuführen, und die Verantwortung für die Erledigung der laufenden Geschäfte trägt, wobei unter „Geschäften“ sowohl die politischen als auch die organisatorischen Angelegenheiten zu verstehen sind.

Nun ist aber unser Bundesparteiivorstand ein relativ großes Gremium. Es hat sich herausgestellt, daß es außerordentlich schwer ist, diesen großen Bundesparteiivorstand zusammenzurufen, da seine Mitglieder in den verschiedensten Bereichen politische Verantwortung tragen und mit Geschäften überlastet sind. Auf der anderen Seite bringt es aber die politische Praxis mit sich, daß manchmal sehr schnell Entscheidungen getroffen werden müssen. Wollte man in solch eiligen Fällen immer den gesamten Bundesparteiivorstand einberufen, dann würde sich das vielfach als praktisch unmög-

lich herausstellen. Aus diesem Grunde ist in § 10 des Statutenentwurfs folgendes gesagt worden:

„In eiligen Fällen ist der geschäftsführende Vorstand befugt, Entscheidungen zu treffen, die dem Bundesparteivorstand zur Genehmigung vorzulegen sind.“

#### 5. Mitwirkung der Bundespartei bei der Kandidatenaufstellung

Im Bundesparteivorstand ist bereits mehrfach die Frage erörtert worden, wie die Bundespartei an der Kandidatenaufstellung für die Bundestagswahl mitwirken kann, um eine arbeitsfähige Bundestagsfraktion zu erzielen. Vor der letzten Bundestagswahl ist bereits ein Bundesparteivorstandsbeschluß gefaßt worden, wonach die Bundestagsfraktion bzw. der Vorsitzende gebeten wurde, doch eine Art Bewertung der Arbeitsleistung und Arbeitseignung der bisherigen Bundestagsabgeordneten den Landesverbandsvorsitzenden bekanntzugeben. Eine derartige Beurteilung der Abgeordneten seitens der Fraktion bzw. des Fraktionsvorsitzenden ist aus vielleicht begreiflichen Gründen nicht erfolgt. Die Statutenkommission hat eine Reihe von Möglichkeiten der Einwirkung der Bundespartei auf die Kandidatenaufstellung erörtert. Bei der Übersendung des ersten Entwurfs für die Abänderung des Statuts hat die Statutenkommission zu dieser Frage an die Mitglieder des Bundesparteivorstandes folgendes geschrieben:

„Ein besonderes Problem, das in dem vorliegenden Satzungsentwurf nicht behandelt ist, stellt die Kandidatenaufstellung dar. Man ist allgemein der Auffassung, daß bei der Aufstellung der Bundestagskandidaten die Organe der Bundespartei entscheidend mitwirken sollten. Um ein enges Zusammenwirken aller Organisationsstufen, Kreis, Land, Bund, zu erreichen, wird folgender Weg als möglich angesehen: Der Wahlkreis schlägt drei Personen für die Kandidatur ihres Wahlkreises vor. Der Landesverband reicht diesen Vorschlag mit einer besonderen Empfehlung für einen dieser drei Kandidaten an den Bundesparteivorstand. Der Bundesparteivorstand, vielleicht verstärkt durch die stellvertretenden Landesvorsitzenden, entscheidet sich für einen der drei Kandidaten, der dann vom Wahlkreis aufgestellt wird. Entscheidet sich der Vorstand für den vom Landesverband empfohlenen Kandidaten, genügt einfache Mehrheit. Entscheidet er sich für einen der beiden anderen Kandidaten, sollte Zweidrittelmehrheit verlangt werden.“

Soweit Stellungnahmen zu diesem Vorschlag eingegangen sind, waren sie überwiegend, teils aus politischen, teils aus wahlrechtlichen Gründen, negativ. Die Statutenkommission schlägt vor, im § 7, der die Aufgabe des Bundesparteiausschusses regelt, folgende Bestimmung als Ziffer f) aufzunehmen:

„Der Bundesparteiausschuß wählt eine besondere Kommission, die im Rahmen der gesetzlichen Bestimmungen gemäß der von ihm festzulegenden Richtlinien an der Aufstellung der Bundestagskandidaten mitwirkt.“

Eine nähere Umschreibung der Befugnis oder Arbeitsmethode dieser Wahlkommission erschien z.Z. nicht möglich, weil zunächst die Bestimmungen des Wahlgesetzes abgewartet werden müssen. Immerhin hielt die Statutenkommission es für wichtig, den Gedanken grundsätzlich in der Satzung zu verankern, daß dem Bundesparteiaus-

schuß im Rahmen der gesetzlichen Bestimmungen eine Einwirkungsmöglichkeit auf die Kandidatenaufstellung gegeben wird. (*Beifall.*)

*Kaiser:* Ich danke Herrn Heck für seine Ausführungen. Sie haben gehört, daß er nicht selber der Vorsitzende dieser Kommission war. Ich bedaure, daß Herr Süsterhenn nicht hier ist. Wer hat dieser Kommission angehört? (*Heck:* Die Herren Blank, Schreiber, Fratzscher, Dullenkopf, Barth, Noltenius, Müllenbach und ich. Diese Personen sind in der Sitzung des Vorstandes vom 28. Januar 1954 für die Kommission bestimmt worden!) Ich möchte wissen, ob die Landesverbände bei dieser Kommission beteiligt waren. (*Heck:* Es waren die Landesgeschäftsführer von Westfalen, Rheinland, Niedersachsen, Nordbaden, Bremen, Herr Müllenbach und ich!) Ich weiß nicht, ob wir heute in der Lage sind, diese Vorschläge mit Erfolg zu diskutieren. Vielleicht wäre es richtiger, die Vorlage den Landesverbänden zuzustellen, damit sie die Sache überprüfen können.

*Zimmer:* Ich glaube mich zu erinnern, daß nach der Fertigstellung des ersten Rohentwurfs die Landesverbände bereits gehört worden sind. (*Heck:* Sehr richtig.) Die Vorschläge der Landesverbände sind also, soweit ich mich erinnere, im weiteren Verlauf mitberücksichtigt und eingearbeitet worden. Ich wollte nur festgestellt haben, daß nicht ohne die Landesverbände gearbeitet worden ist. Aber jetzt würde mich und wohl auch die anderen Herren interessieren, inwieweit die Vorschläge der Landesverbände bei den wichtigsten Fragen berücksichtigt worden sind.

*Heck:* Der Vorschlag wegen der Mitwirkung bei der Aufstellung der Bundestagskandidaten wurde fallengelassen auf Einwände von seiten der Landesverbände und diese allgemeine Formulierung eingefügt. Bei der Frage der Stellung der Exil-CDU und der Oder-Neiße-CDU kamen lediglich Einwände von diesen beiden Landesverbänden. Die Statutenkommission war der Auffassung, wie sie Herr Süsterhenn dargestellt hat, nämlich die Frage nicht politisch zu überprüfen, sondern lediglich die staatsrechtlichen und organisationsrechtlichen Gesichtspunkte dem Vorstand vorzutragen, weil die volle Entscheidung – die endgültige Änderung des Statuts muß durch den Parteitag erfolgen – dem Vorstand überlassen werden soll. Mit den übrigen Vorschlägen waren die Landesverbände im großen und ganzen einverstanden.

*Simpfendorfer:* Es stimmt, daß die Landesverbände in dieser Sache gehört wurden. Trotzdem glaube ich, daß es nicht möglich ist, heute dazu Stellung zu nehmen. Ich halte mich nicht für legitimiert, zu allen Einzelheiten endgültig Stellung zu nehmen.

*Cillien:* Ich kann nicht sagen, ob unser Landesverband dazu gehört worden ist, sondern es ist offenbar nur durch die Geschäftsstelle gelaufen. Derartig wichtige Dinge könnte ich also jetzt nicht akzeptieren, sondern das müßte erst bei uns in der Landesleitung durchgesprochen werden.

*Kaiser:* Ich bin auch überrascht über das, was vorgetragen worden ist. Vieles ist beachtlich und sehr richtig, aber ich bin vollkommen überrascht.

*Strickrodt:* Das Wesentliche, was in einem Statut zu sagen ist, wird von dem Bundesparteiengesetz abhängen. Der Herr Innenminister ist anwesend. Können wir von ihm hören, ob ein Entwurf vorliegt?

*Eplée:* Mir als Landesvorsitzendem ist tatsächlich offiziell ein Schreiben zugegangen, wonach der Landesverband um einen Vorschlag ersucht worden ist. Es wäre aber gut gewesen, wenn ich eine Synopse bekommen hätte, aus der die verschiedenen Vorschläge zu ersehen sind. Es ist sehr schwierig, heute endgültig zu der Satzung Stellung zu nehmen; denn es sind entscheidende Änderungsvorschläge gemacht worden, so z.B., daß zwei Landesverbände anstelle von beschließender jetzt nur noch mit beratender Stimme mitwirken sollen. Ich würde vorschlagen, heute nur locker zu debattieren, um die Gedanken der einzelnen zu hören, aber einen Beschluß auszusetzen.

*Tillmanns:* Der Auftrag, eine Änderung des Statuts auszuarbeiten, ist vom Bundesparteitag in Karlsruhe gegeben worden. Es ist immer wieder die Frage aufgetaucht, ob dieser Auftrag ausgeführt sei oder nicht. Wir sollten unsere Arbeit in dieser Angelegenheit so einrichten, daß auf dem nächsten Bundesparteitag ein ordentlicher Vorschlag gemacht werden kann. Die Erfahrungen des heutigen Tages sollten uns mahnen, das nicht in der Form zu machen, daß sich der Bundesparteitag überfahren sieht. Wir müssen also mit dieser Angelegenheit rechtzeitig fertig werden. Wir leiden unter dem Tempo, was uns vorgeschrieben ist, aber ich bin auch der Meinung, daß wir den Entwurf heute nicht verabschieden können. Wir sollten aber die entscheidenden Punkte, nämlich

1. Exil-CDU und Oder-Neiße-CDU,
2. Mitwirkung bei der Kandidatenaufstellung und
3. geschäftsführender Vorstand

heute diskutieren. (*Kaiser:* Und den Kerngedanken, Wähler- oder Mitgliederpartei!) Das ist eine Frage, die nach meiner Auffassung im wesentlichen nicht durch das Statut, sondern durch das praktische Leben geregelt wird. Es ist eine Frage für sich. Es ist selbstverständlich möglich, daß innerhalb der Landesverbände die Fragen noch einmal besprochen und geklärt werden, aber ich darf darauf hinweisen, daß die Landesverbände um ihre Stellungnahme gefragt worden sind. Wenn in einzelnen Landesverbänden die Geschäftsführung derartig selbständig ist, daß sie das alleine tut, ohne ihren Vorstand zu fragen, so ist das ausschließlich eine Sache des betreffenden Landesverbandes, nicht aber des Vorstandes.

*Gradl:* Ich würde auch vorschlagen, heute nicht abschließend zu debattieren, sondern eine allgemeine Aussprache für zweckmäßiger halten. Natürlich kann die neue Satzung nur vom Parteitag beschlossen werden. Dieser Parteitag wird zunächst nach der jetzt geltenden alten Satzung zusammengesetzt sein. Er wird über die neue Satzung zu beschließen haben nach dem Stimmrecht der bisher geltenden Satzung. Es ist klar, je stärker die Stimmrechtsanteile durch die Neuregelung verändert werden, um so kritischer werden die davon betroffenen Landesverbände sein. Auf der anderen Seite haben wir ein großes Interesse daran, daß auf dem nächsten Parteitag die Dinge nicht heillos zerredet werden und ein Gegeneinander der einzelnen Landesverbände stattfindet. Das bedeutet, daß wir uns nach Möglichkeit im Vorstand untereinander verständigen müssen, damit jeder in der Lage ist, seinem Landesverband mit gutem



Gewissen zu sagen, hier sind gewisse Einbußen aus den und den Gründen notwendig usw. Es kommt natürlich auf die Landesverbände an, die nun schlechtergestellt werden.

Ich darf nun gleich vom Standpunkt der Exil-CDU aus ein Bedauern aussprechen. Ich erinnere mich nicht, daß im ersten Satzungsentwurf, der uns zugestellt worden ist, davon die Rede war, daß die Vertriebenen und die Vertreter der Sowjetzone nur mit beratender Stimme beteiligt sein sollten. (*Tillmanns*: Hört! Hört!) Das ist neu. Das hätte nicht passieren dürfen. Ich will mir einiges verkneifen, was mir auf der Zunge liegt, aber ich bitte doch darum, daß das künftig nicht mehr passiert, sondern daß die Betroffenen vorher die Möglichkeit haben, sich dazu zu äußern. Nicht so entscheidend wie die Zahl der Delegierten, die man den Vertriebenen zugebilligt hat, ist die Art ihrer Beteiligung. Ich halte es einfach für unmöglich, daß man Vertretungen bestimmter Gruppen von Deutschen, die nicht durch ihren Willen, sondern nur durch das böse deutsche Schicksal daran gehindert sind, in ihrer Partei voll mitzuwirken, zusätzlich bestraft, indem man sie auf den Zustand nur beratender Stimmen degradiert. Das ist das Wesentliche. Ich möchte gerne vermeiden, daß es auf dem Parteitag darüber zu einer Diskussion kommt; denn das wäre in einem Augenblick, wo die Welt anfängt, sich über die deutsche Frage offenbar ernstlich Gedanken zu machen, von der größten deutschen Partei denkbar ungeschickt.

Nun zu der Frage der Beteiligung! Daß kein Landesverband, der nun eine geringere Stimmenzahl bekommt, davon begeistert ist, ist klar. Sie werden verstehen, daß auch wir nicht begeistert sind. Ich habe damals in den Besprechungen über den ersten Satzungsentwurf ausdrücklich gesagt: Natürlich werden wir einsehen bzw. werden wir unseren Leuten beibringen können, daß bei einer grundsätzlichen Änderung der Partei im Sinne des Übergangs von der Wählerpartei zur Mitgliederpartei auch gewisse Beschränkungen der bisherigen Stimmenzahl vorgenommen werden müssen. Das ist den Leuten beizubringen. Ich habe aber auch gesagt, es sei ein hartes Stück, den Vertretern der Sowjetzone beizubringen, daß sie mit einem Schlage halbiert werden. Das ist ein bißchen viel.

Ohne daß ich diese Frage zur Debatte stelle, möchte ich doch einen Vorbehalt anmelden. Wir sind mit 96 Delegierten da, wir wollen ihre Zustimmung haben und erreichen, daß dieses neue Statut ohne großes Palaver einigermaßen einstimmig durchgeht. Aus diesem Grunde bitte ich Sie, rechtzeitig zu überprüfen, ob eine so starke Herabsetzung der Stimmenzahl notwendig ist.

*Kaiser*: Ich darf bemerken, daß dieser Hinweis auf die Berliner Abgeordneten im Bundestag sehr fehl am Platze ist; denn nicht wir, die Deutschen, haben diese Entscheidung herbeigeführt, sondern sie ist uns von den Alliierten, insbesondere von einer der drei Besatzungsmächte, auferlegt worden. Das sollte man, wenn man nicht nur staatsrechtliche, sondern auch politische Gesichtspunkte wirken läßt, auch beachten.

*Hellwig*: Ich bejahe den Gedanken, daß die Zahl der Delegierten der einzelnen Landesverbände in etwa der Mitgliederzahl entspricht. Ich beobachte in jeder poli-

tischen Arbeit draußen die große Gefahr, die unserer parlamentarischen Demokratie dadurch droht, daß wir viel zu starke Wählerparteien statt Mitgliederparteien geworden sind. Wer einmal durch das Land fährt, wird merken, daß in der eigenen Partei große Unterschiede hinsichtlich der Aktivität in den einzelnen Landesverbänden für die Gewinnung und Betreuung ihrer Mitglieder besteht. Es ist kein Geheimnis, daß ein erhebliches Übergewicht einiger Landesverbände gerade in der Zahl der eingeschriebenen Mitglieder besteht. Ich glaube, daß die Chance, entsprechend der Mitgliederzahl vertreten zu sein, auch für die Landesverbände selbst ein großer Anreiz zur Aktivierung ihrer Arbeit hinsichtlich der Gewinnung und Erhaltung der Mitglieder ist.

Zum geschäftsführenden Vorstand! Wer die Schwerfälligkeit der Arbeit großer Gremien sieht, der kann nur bejahen, daß die Arbeit auf ein kleines Gremium konzentriert werden muß. Es erhebt sich die Frage, was der erweiterte Vorstand statt einem geschäftsführenden Vorstand und dem Parteiausschuß zu tun hat. Das ist eine Frage, die man vielleicht noch weiter vertiefen muß. Ich sehe im Augenblick keine besondere Notwendigkeit, eine Erweiterung des Parteivorstandes neben dem geschäftsführenden Vorstand vorzusehen, wenn dem Parteiausschuß, der nur wenig größer ist als der erweiterte Vorstand, aber doch daneben besteht, stärkere Zuständigkeiten vorbehalten sein sollten. Zum geschäftsführenden Vorstand möchte ich vorschlagen, daß nicht nur der Vorsitzende der Bundestagsfraktion, sondern auch sein Stellvertreter Mitglied ist. Wir haben von vornherein Wert darauf gelegt, daß der Vorsitzende ein Katholik und der stellvertretende Vorsitzende ein evangelischer Fraktionskollege sein soll. Es sollten also beide zum geschäftsführenden Vorstand herangezogen werden.

*Bach:* Meine lieben Freunde! Es ist richtig, daß wir heute nur grundsätzlich debattieren. Aber es wäre notwendig, heute zu beschließen, daß wir in der nächsten Sitzung eine endgültige Stellungnahme des Vorstandes erarbeiten; denn wir sind verpflichtet, dem nächsten Bundesparteitag diese Vorlage zu machen. Das kann nicht eine Vorlage der Kommission sein, sondern sie muß vom Bundesparteivorstand kommen. Ich erweitere den Vorschlag des Herrn Kollegen Tillmanns dahin, heute übereinzukommen, daß sich der Vorstand in seiner nächsten Sitzung endgültig mit dieser Sache befaßt. Es wird Aufgabe der Landesvorsitzenden sein, in ihren Landesvorständen die Dinge in der Zwischenzeit eingehend zu besprechen.

Zur Sache selbst bin ich der Ansicht, daß wir auf die Dauer eine Parteivertretung nicht nur auf die Stimmen aufbauen können, sondern die Mitglieder müssen dabei eine Rolle spielen. Es ist bedauerlich, daß wir die Mitgliederwerbung nicht so vorangetrieben haben, wie es im Interesse der CDU notwendig gewesen wäre. Ich spreche jetzt als Kassierer. Eine Sache ist so wertvoll, wie man für sie zu opfern bereit ist. Die Mitglieder müssen im letzten die echten Träger unserer Idee sein. Je besser die Mitgliederwerbung vor sich geht – das gilt vor allem für die Jugend und für die Frauen –, um so stärker wird unsere Widerstandskraft und Aktivität werden. Wir sollten jetzt, da die Partei ungefähr zehn Jahre existiert, die Dinge der Praxis anpassen.

Nun zu dem sehr heißen Eisen der Exil-CDU und der Oder-Neiße-CDU. Auch sie sind geboren aus der Not der damaligen Zeit. Inzwischen sind die Freunde alle Mitglieder in ihrer Ortsgruppe, in den Kreisen und im Landesverband. (*Tillmanns*: Nein!) Doch, sicher! (*Zuruf*: Leider nicht! – *Tillmanns*: Die 100.000 Mitglieder der Exil-CDU leben in der Sowjetzone!) Ich muß jetzt die Mitglieder nehmen, die hier sind. (*Tillmanns*: Das ist nur ein ganz kleiner Teil, um die handelt es sich nicht!) Wir müssen die Dinge organisatorisch aufbauen auf der Kreis- und Landesebene; denn das hier ist nur das, was von dem Ausschuß rein rechtlich angeführt wird. Eine solche Ordnung muß von unten nach oben aufgebaut sein. Man hat hier nur auf diese Dinge hingewiesen, aber wir müssen den Mut haben, diese Frage konsequent durchzudenken. Wenn wir unseren Freunden das Stimmrecht oben geben, dann müssen wir es ihnen auch auf der Landes- und Kreisebene genauso zugestehen. Ich führe diese Frage nur an, weil hier ein Vakuum in unserem Aufbau klafft, ohne daß ich dazu näher Stellung nehme. Ich bin davon überzeugt, daß unsere Freunde Stimmrecht haben können. Praktisch ist eine Partei, die mit 49 gegen 51 % abstimmen muß, in sich erledigt. Ich bitte Sie, diese Frage einmal zu diskutieren; vor allem sollten unsere Freunde aus der Exil-CDU und der Oder-Neiße-CDU überlegen, ob sie nicht konsequenterweise sagen: Wir müssen auch in den Gremien auf der unteren Landesebene vertreten sein.

Zur Frage des geschäftsführenden Vorstandes! Ich stelle mir die Aufgaben des geschäftsführenden Vorstandes so vor, daß er, wenn schnelle Entscheidungen getroffen werden müssen, einberufen wird, daß aber der Vorstand über die laufenden Dinge zunächst bestimmen soll. Es ist zu überlegen, ob die Entscheidung, drei Vorstandsmitglieder zu schaffen, in der Sache richtig war. Ich bin mit Herrn Hellwig der Ansicht, daß die Bundestagsfraktion mit mindestens zwei Leuten vertreten sein muß. Wie können wir zu den politischen Dingen Stellung nehmen, wenn die Bundestagsfraktion in diesem Gremium nur durch einen Mann vertreten ist? Die Bundestagsfraktion ist nach dem Gesetz für die Politik verantwortlich.

*Kaiser*: Es ist gefragt worden, ob der Herr Innenminister nichts zu dem Parteiengesetz sagen möchte.

*Schröder*: Die Frage kann ich sehr schnell beantworten. Dieser Bundesregierung wird es genausowenig wie ihrer Vorgängerin gelingen, ein Parteiengesetz zu verabschieden, und zwar aus Gründen, die ich nicht im einzelnen darlegen möchte. Wir haben vor, hinsichtlich des Parteiengesetzes das gleiche zu tun, was wir hinsichtlich der Erarbeitung des Wahlgesetzes mit einigem Erfolg, wie ich glaube, getan haben, nämlich eine unabhängige Kommission zu berufen, die das ganze Problem zunächst in einer umfassenden Weise bearbeitet. Was wir aus dem Parteiengesetz brauchen für die reinen Zwecke der Wahl und für die Gestaltung des Wahlgesetzes, das setzen wir schon in das Wahlgesetz hinein, aber Fragen, die darüber hinausgehen, die mit der finanziellen Struktur der Partei zu tun haben, sind so kompliziert, daß wir sie viel umfangreicher als bisher studieren müssen, um ein Parteiengesetz machen zu können.

*Simpfendörfer*: Man sollte zwar die Mitgliederzahl berücksichtigen bei den Delegierten, aber dieser Vorschlag wird der soziologischen Struktur Baden-Württembergs

in keiner Weise gerecht. Wir stützen uns auf die bäuerliche Bevölkerung. Es ist sehr schwer, Mitglieder unter den Bauern zu gewinnen. Ich glaube, letzten Endes entscheidet doch die Wahlbeteiligung. Wir haben, obwohl wir verhältnismäßig wenig Mitglieder haben, prozentual gesehen die höchste Stimmenzahl bei der letzten Bundestagswahl im ganzen Bundesgebiet aufgebracht. Wir können also dieser Aufschlüsselung hier nicht zustimmen. Was die Finanzierung der Partei anbetrifft, so kann der Kassierer sagen, daß Baden-Württemberg hierbei auch nicht schlecht abschneidet.

*Tillmanns:* Zur Frage des geschäftsführenden Vorstandes möchte ich kurz folgendes sagen: Was vorgeschlagen wird, ist nichts anderes als eine statutenmäßige Niederlegung eines faktischen Zustandes. Wir haben so angefangen: Als der geschäftsführende Vorstand, dieses Drei-Männer-Kollegium, als Triumvirat in Karlsruhe bestellt wurde, haben wir unsere Sitzungen zunächst abgehalten mit dem Bundesgeschäftsführer. Es stellte sich sehr bald heraus, daß es notwendig war, auch den Schatzmeister und vor allen Dingen den Vorsitzenden oder einen von ihm beauftragten Vertreter der Fraktion hinzuzuziehen. In der letzten Zeit sind wir, ebenfalls aus rein praktischen Gründen, dazu gekommen, die Sitzungen zusammen mit dem Herrn Bundesparteivorsitzenden und seinen Stellvertretern abzuhalten. Das hat sich aus der Praxis ergeben, und zwar primär als geschäftsführender Vorstand, der die laufenden Geschäfte zu erledigen hat. (*Wuermeling:* Wöchentliche Tagungen!) Es ist heute notwendig, wöchentlich zusammenzukommen, um die geschäftlichen Fragen zu erledigen. Damit beantworte ich die Frage, die von Herrn Hellwig gestellt worden ist. Dieser Vorstand ist das politische Führungsgremium. Der geschäftsführende Vorstand soll ein geschäftsführendes Gremium sein, um die laufenden Geschäfte zu erledigen. Es ist lediglich neu vorgesehen in dieser Satzung, daß in einigen politischen Angelegenheiten auch das geschäftsführende Gremium eine Entscheidung treffen kann mit der Maßgabe, daß sie vom Vorstand genehmigt werden muß. Der Unterschied ist der: das eine ist ein geschäftsführendes Gremium, das andere ist ein politisches Gremium. Der Unterschied sollte im Grundsatz beibehalten werden. Ich erlaube mir die Bemerkung, ob das in der Satzung verankert ist oder nicht, ist nicht erheblich.

Zu der Frage der Exil-CDU, der Oder-Neiße-CDU und des Landesverbandes Berlin! Ich weiß nicht, ob die Statutenkommission zu den Organisationen, die nach § 2 mit beratender Stimme vertreten sein sollen, auch den Landesverband Berlin hinzurechnet. Das ist in der Satzung nicht gesagt. In der Konsequenz der Darlegungen von Herrn Süsterhenn würde das aber liegen. Wir sind in der Bundesrepublik auch nur beratend tätig.

Darf ich zu der Frage eine generelle Bemerkung machen? Ich bin der Auffassung, wir müssen darauf Rücksicht nehmen, daß wir hier nicht vor einer Frage stehen, eine neue Satzung zu entwerfen, sondern daß wir eine bestehende Satzung ändern wollen. Es ist ein Unterschied, ob ich Kreisen der CDU, die bisher Stimmrecht hatten, dieses Stimmrecht nehme, oder ob ich, wenn ich eine neue Satzung mache, ihnen von vornherein nur beratende Stimme gebe. Sie werden mit mir übereinstimmen, daß das ein politischer Unterschied ist. Das müssen wir bedenken. Wenn diesem Vorschlag

gefolgt werden soll – Herr Süsterhenn hat die Frage offengelassen –, dann begingen wir immerhin einen politischen Akt, wenn wir Gruppen, die bisher alle Stimmrecht hatten, dieses in Zukunft nicht mehr gäben. Gestatten Sie mir die Bemerkung, daß es sich in diesem Zusammenhang aber auch um staatsrechtliche Überlegungen handelt. Ich habe schon immer, wo ich Gelegenheit hatte, in der Öffentlichkeit aufzutreten, betont, daß ich es für ein Verhängnis unserer Politik halte, wenn wir auf diesen Tatbeständen – nämlich auf der Spaltung Deutschlands und dieses furchtbaren Zustandes infolge des Krieges – staatsrechtliche Begriffe anwenden, die sich aus einer ganz anderen Situation gebildet haben, nämlich aus den zwischenstaatlichen Beziehungen des 19. Jahrhunderts. Das ist schlechterdings nicht möglich. Das gilt für eine Reihe von Fragen. Wir müssen wirklich Realisten sein und klarmachen, daß wir vor Situationen stehen, für die es in der Geschichte keine Vorgänge gibt, auch nicht in den Lehrbüchern. Die Professoren haben niemals daran denken können, daß so etwas in Deutschland entstehen könnte.

Es ist kein Zweifel, daß zwischen diesen Gruppen, um die es geht – Oder-Neiße-CDU, Exil-CDU und Landesverband Berlin –, mehrere Unterschiede bestehen. Die Gebiete östlich der Oder-Neiße sind in der Situation, daß der größte Teil der Menschen dort Vertriebene sind. Soweit sie CDU-Mitglieder oder CDU-Wähler sind, werden sie durch ihren Verband bzw. durch die Delegierten vertreten. Das gilt zum größten Teil für die Oder-Neiße-CDU.

Bei der Exil-CDU ist es so, daß sie bewußt nicht die Vertretung der Sowjetzonenflüchtlinge ist. Die Exil-CDU ist nichts anderes als der legal gewählte Vorstand auf dem letzten Parteitag der Exil-CDU der Sowjetzone und Berlin im Jahre 1947, d.h. der legal gewählte Vertretungskörper der CDU-Mitglieder und der CDU-Wähler dort. Es sind zum größten Teil Delegierte, die lediglich ihres legalen Vorstandes durch Eingreifen der Besatzungsmächte beraubt sind und die heute in Herrn Nuschke<sup>52</sup> einen Vorstand haben, der von der Besatzungsmacht eingesetzt ist. Infolgedessen hat sich dieser Vorstand konstituiert als der letzte legal gewählte Vorstand von CDU-Wählern, die heute noch zum größten Teil drüben leben. Der Exil-CDU-Vorstand will also keine Vertretung der Sowjetzonenflüchtlinge sein; er will Vertretungskörper der CDU in der Sowjetzone sein.

In West-Berlin haben wir einen ganz normalen Landesverband der CDU, der jedes Jahr gewählt wird; der also Delegiertenversammlungen usw. hat. Ich betone diese Unterschiede nicht deshalb, um es nun – die Gefahr liegt nahe – zu verschiedenen Stellungnahmen innerhalb dieser drei Verbände kommen zu lassen. Das sollten wir vermeiden. Wir können eine richtige Lösung dieser Frage nur finden, wenn wir uns darüber klar sind, wie die tatsächlichen Verhältnisse liegen.

Wir sollten versuchen, um zu einer Lösung in der Form zu kommen, mindestens in der gleichen Weise, wie die Delegierten der übrigen Landesverbände beschränkt

---

52 Otto Nuschke (1883–1957), 1949–1957 Vorsitzender der DDR-CDU (vgl. PROTOKOLLE 1 S. 158 Anm. 4).

werden, auch die Zahl dieser Delegierten zu beschränken. Ob man sogar noch heruntergehen kann aus bestimmten Erwägungen, vor allen Dingen bezüglich des Verbandes Oder-Neiße, lasse ich dahingestellt; ich glaube aber auch sagen zu sollen, wir können nicht jetzt, nachdem wir bisher diesen Gruppen ein volles Stimmrecht gegeben haben, ausgerechnet in der jetzigen politischen Situation sagen: Jetzt bekommt ihr nur beratende Stimme. Schon aus den Gründen, die Herr Gradl angeführt hat, geht es nicht.

In dieser Frage könnte sich der Vorstand eine Art vorläufige Meinung bilden, damit die Statutenkommission oder der geschäftsführende Vorstand ungefähr weiß, wie die Meinung des Bundespartei Vorstandes ist.

*Cillien:* Herr Gradl hat deutlich gemacht, daß er eine sehr genaue Vorstellung von der menschlichen Natur hat. Wir von Niedersachsen gehören aus unserem Wesen heraus zu denjenigen, die dagegen sind; denn wir würden ganz erheblich eingeschränkt werden. Das wäre ein Unrecht, nachdem wir – das stimmt ja nicht, was Sie sagten, Herr Simpfendörfer – das Bundesland gewesen sind, das prozentual am meisten zugenommen hat. (*Heiterkeit.*) Das wäre eine schlechte Belohnung für diesen Wahlkampf, wenn wir derartig zurückgesetzt würden. Ich bin nicht der Meinung, daß wir aufgrund dieser Bestimmungen aus einer Wählerpartei nun eine Mitgliederpartei werden; abgesehen davon, daß die Feststellung der Mitglieder nicht unbedenklich ist. Es kommt darauf an, was in Wirklichkeit einkommt. Ich habe auch Bedenken, wenn ein Bundesland sowohl im Parteiausschuß wie auf dem Parteitag nahezu 40 % aller Stimmen hat. Das ist doch ein ungesundes Verhältnis. Dies würde nämlich für Nordrhein-Westfalen zutreffen.

Wir sollten uns also die Sache sehr ruhig überlegen, weil wir vermeiden müssen, daß auf dem nächsten Parteitag eine große Diskussion kommt. So viel ist die Sache nicht wert. Ich bin auch der Meinung, daß wir nur selten oder überhaupt nicht zu irgendeiner Abstimmung auf dem Parteitag kommen, sondern aus einer echten CDU-Gesinnung heraus sind wir gewöhnlich einer Meinung. Man sollte also diesen Zankapfel nicht hineinwerfen. Denn das gibt eine lange Diskussion. Wir können nicht alle unsere Delegierten darauf verpflichten, dem Entwurf zuzustimmen, der hier erarbeitet worden ist. Man sollte also, wenn man überhaupt an den Zahlen etwas ändern will, keine erheblichen Änderungen vornehmen, sondern es möglichst beim alten Zustand belassen.

*Fay:* Neben den vielen Fragen, die hier angeschnitten worden sind und die noch darin stecken, möchte ich Ihre Aufmerksamkeit auf die Frage der Aufgabenverteilung auf die einzelnen Gremien lenken. Die Herren Hellwig und Tillmanns haben dieses Problem berührt. Es ist selbstverständlich, die Öffentlichkeit beurteilt jedes Parteigremium nach seinen Handlungen und schließt daraus auf die Handlung der Gesamtpartei. Wenn wir hier zusammen sind und eine Resolution herausgeben, dann hat eben die CDU gesprochen. Ist der Fraktionsvorstand der CDU/CSU zusammen und gibt eine Erklärung heraus, dann hat in den Augen und Ohren der Wähler und des großen Publikums auch die Partei gesprochen. Nach unserer Satzung ist das eigent-

lich nicht richtig. Nach dem Satzungsentwurf treffen politische Entscheidungen der Bundesparteitag und der Bundesparteiausschuß, während der Parteivorstand lediglich Exekutivorgan ist. Es heißt im § 10 Abs. 2 der neuen Fassung:

„In eiligen Fällen ist der geschäftsführende Vorstand befugt, Entscheidungen zu treffen, die dem Bundespartei Vorstand zur Genehmigung vorzulegen sind.“

Es kann also nicht so sein, daß der geschäftsführende Vorstand nach der Satzung politische Entscheidungen trifft; denn der Gesamtvorstand darf ja keine politischen Entscheidungen fällen.

Im ersten Entwurf, der uns zugegangen ist, stand es anders. In unserer jetzt geltenden Satzung ist es m.E. viel klüger geregelt; da heißt es nämlich im § 10:

„Der Vorstand führt die Beschlüsse des Bundesparteitages und Parteiausschusses durch und erledigt die laufenden Geschäfte. Er ist befugt, in eiligen Fällen Entscheidungen zu treffen, die dem Parteitag oder dem Parteiausschuß zur Genehmigung vorzulegen sind.“

Als Kommentator dieser Satzung würde ich sagen, also kann auch der Bundespartei Vorstand politische Entscheidungen treffen; denn er soll sie dem Parteitag und dem Parteiausschuß vorlegen, die allein für politische Entscheidungen zuständig sind. Ich halte also die alte Regelung für wesentlich klüger, weil sie viel mehr Chancen offenläßt und viel mehr politische Macht satzungsmäßig dem Vorstand einräumt, als er sie nach der neuen Satzung hat.

Nach dem Wortlaut der neuen Satzung kommen Sie nicht umhin festzustellen, daß der Vorstand lediglich Exekutivorgan der beiden obersten Parteigremien ist. Das gilt auch für den geschäftsführenden Vorstand, der nur dem Gesamtvorstand verantwortlich ist.

Das war ein kritisches Wort zu dieser Vorlage. Allgemein möchte ich dazu sagen, wir sollten doch – es müßte überlegt werden, ob wir es *expressis verbis* so bringen oder in der eleganten Form wie in der alten Satzung – davon ausgehen, daß der Bundespartei Vorstand ein politisches Gremium ist. Wir kommen doch nicht aus Entfernungen von Hunderten von Kilometern hier zusammen, um uns über geschäftsordnungsmäßige Dinge zu unterhalten, die unsere Freunde im kleinen Ausschuß ohnehin viel besser regeln können. Wenn wir hier sind, die Landesvorsitzenden, die Vertreter der Fraktionen usw., dann kommen wir doch letztlich zusammen, um eine politische Entscheidung zu treffen. Wir sollten das auch klar zum Ausdruck bringen. Ich sage das deswegen, weil dieser Satzungsentwurf in einer klugen Bestimmung des § 18 vorsieht, daß die Ländersatzungen nicht mit der Bundessatzung in Widerspruch stehen dürfen.

Haben wir eine Bestimmung, die dem Vorstand eine politische Befugnis einräumt, dann haben wir auch auf Landesbasis die Möglichkeit, dem Vorstand eine politische Befugnis einzuräumen. Vorhin ist gesagt worden, die einzelnen Landesverbände hätten zu dem Entwurf noch keine Stellung genommen. Ich frage Sie, wer soll denn Stellung nehmen? Nach meiner hessischen Satzung kann das nur der Landesparteitag, der von 300 Delegierten beschickt wird. Aber ob ich als Landesvorsitzender oder mein

30köpfiger Landesvorstand das macht, ist im Grunde völlig unerheblich, wenn ein juristischer Tüffel-Fritz kommt, der uns nachweist, daß das alles satzungswidrig ist. Haben wir aber die Bestimmung, daß der Vorstand auch ein politisches Organ ist, dann haben wir im Lande die Möglichkeit, auch den Landesvorstand zu einem politischen Organ zu machen. Ich glaube, das kann der Partei nur dienlich sein.

Am Rande will ich noch das Problem ansprechen, das in der Satzung berührt ist: das Verhältnis von Partei zur Fraktion. Alle diese Dinge sollten einmal in einer sehr langen Diskussion hier erörtert werden. Wir werden sie nicht in absoluter Klarheit in eine Satzung schreiben können, darüber bin ich mir klar, aber wir werden es geschickt andeuten müssen. Die Kommentatoren müssen sich darüber klar sein, was eigentlich hinter den Worten, die wir hineinschreiben, steht. Schreiben wir es aber so eklatant wie in dem jetzigen § 10, dann geben wir unseren Kommentatoren keine Möglichkeit mehr, dem praktischen Leben gerecht zu werden.

*Gradl:* Ich habe eigentlich nichts mehr zu sagen, nachdem Herr Dr. Tillmanns gesprochen hat. Daß wir diese Auffassung völlig teilen, versteht sich von selbst. Ich bin nur erstaunt über das Mißverständnis, dem der Bundesschatzmeister zum Opfer gefallen ist. Wenn wir das Gesetz ändern, was Herr Bach annahm, dann hätten wir den mannigfachen Wünschen, die uns nahegelegt worden sind, gewissermaßen neben der einheimischen Partei noch eine parallele Organisation zu schaffen, ja möglichst frühzeitig nachgeben müssen. Das aber haben wir aus wohlüberlegten Gründen im Interesse der Gesamtpartei immer vermieden; auch in Auseinandersetzungen mit Herrn Kather, der seine eigenen Gedanken gehabt hat.

Ich hatte ursprünglich darum bitten wollen, uns die Ausführungen des Vorsitzenden der Statutenkommission schwarz auf weiß zu übergeben, damit man sie als Unterlagen für die Besprechungen hat. Aber nachdem ich gehört habe, was darin steht, habe ich die Bitte, wenn der Bericht überhaupt verbreitet wird, dann um alles in der Welt diese Ausführungen über die Stellung der Oder-Neiße-CDU und der Exil-CDU herauszulassen; denn das würde für Parteigegner wirklich eine ausgezeichnete Fundgrube sein, und noch dazu in diesem Augenblick.

Ich habe ferner die Bitte, daß der Vorstand heute beschließen möge, daß diese Bestimmungen über die Beschränkung auf beratende Stimme für Oder-Neiße-CDU und Exil-CDU in einer weiteren Verbreitung dieses Entwurfs nicht mehr aufgenommen werden. Wir werden es ohnehin in der nächsten Zeit mit der Auseinandersetzung in der Öffentlichkeit nicht leicht haben. Deshalb wollen wir uns diese Schwierigkeiten auf einem Parteitag, der für uns sehr wichtig sein wird, nicht noch zusätzlich machen.

*Wuermeling:* Ein Wort zur Exil-CDU und Oder-Neiße-CDU gerade vom Westen aus! Mich schmerzt es, daß wir überhaupt in die Lage gekommen sind, in diesem Kreise darüber zu diskutieren, ob eine Minderberechtigung der Verbände Oder-Neiße-CDU und Exil-CDU gegeben ist. Wenn wir immer wieder von Wiedervereinigung und gesamtdeutscher Verbundenheit reden und nun das kleine bißchen, was wir an Besonderem den vorhandenen Vertretern dieser Verbände gewähren, nun beschlußmä-



Big innerhalb der CDU herunterdividieren wollen, dann nimmt man draußen unsere Wiedervereinigungsäußerungen einfach nicht mehr ernst.

Ich möchte sehr unterstützen, was Herr Gradl sagt: daß diese Ausführungen möglichst nicht aus unserem Kreise herauskommen sollen und von einer Minderberechtigung dieser Verbände in unserem Kreise nicht mehr geredet wird. Das schließt natürlich nicht aus, daß, wenn generell eine Verminderung der Delegiertenziffer eintritt für sämtliche Verbände, natürlich in der Relation auch diese Verbände beteiligt sein müssen.

Eine Bemerkung zu Berlin! Wir können den Landesverband Berlin in dieser Parallele mit den beiden genannten Landesverbänden nicht sehen, weil der Landesverband Berlin ja ein echter Landesverband mit Mitgliedern, einer Spitzenorganisation usw. ist, der sich von den anderen Landesverbänden ausschließlich dadurch unterscheidet, daß seine Mitglieder nicht Bewohner des Bundesgebietes sind. Aber von einer Doppelvertretung kann im Falle Berlin nicht die Rede sein.

Zur Frage der Bemessung des Einflusses nach der Mitgliederzahl! Ich bejahe diesen Gedanken im Grunde sehr nachdrücklich. Ich gebe auch zu, daß man über das Ausmaß des Schlüssels, wie dreiviertel, einhalb usw., reden kann, aber wir sollten, so schwer es auch fällt, dahin streben, irgendwie Wege zu finden, mehr zu einer Mitgliederpartei zu kommen. Das muß auch in den ländlichen Gegenden möglich sein.

Herr Cillien, wenn Sie sagen, es sei menschlich zu verstehen, daß die Landesverbände, die dabei schlechterfahren, dagegen sind, und diejenigen, die dabei besserfahren, dafür sind, so möchte ich darauf antworten, in der SPD würde man so etwas sagen, aber in der CDU darf man so etwas nicht sagen, weil wir ja nicht egoistische Interessen in den Vordergrund stellen, sondern die Sache grundsätzlich betrachten. (*Cillien*: Menschen bleiben wir trotzdem!) Aber wir bemühen uns, gegen die Unzulänglichkeit der Menschen anzukämpfen.

Weswegen ich mich in der Hauptsache zu Wort gemeldet habe, darüber ist noch nichts gesagt worden, nämlich über die Kandidatenauswahl. Ich muß sagen, daß mir das erhebliches Kopfzerbrechen macht, was ich früher schon gehört habe, nunmehr aber offiziell vorgeschlagen wird. Ich bestreite in keiner Weise, daß es notwendig ist, Wege zu finden, die eine sachlich angemessene Zusammensetzung der Bundestagsfraktion gewährleisten. Man muß versuchen, in geeigneter Weise mit allen Wahlkreisverbänden zu einer Linie zu kommen, die schließlich oben nachher auch paßt. Bisher haben wir das nicht in formeller Form gesichert. Wie ist die Bundestagsfraktion zusammengesetzt? Ich glaube, die weitaus meisten führenden Mitglieder der Bundestagsfraktion sind Wahlkreisabgeordnete. Das scheint mir zu beweisen, daß über die Wahlkreise die richtigen Kräfte in die Bundestagsfraktion hineingekommen sind. Bei mir steht dieser Weg nicht so im Vordergrund wie die grundsätzliche Frage, und die ist doch die, daß die Staatsgewalt in der Demokratie vom Volke ausgeht, daß also von unten her gewählt und bestimmt werden muß. Wir müssen uns dem demokratischen

Gedanken beugen und anerkennen, daß letztlich der Wille des Wahlkreises entscheidend sein muß.

Der zweite Gedanke ist m.E. für manchen vielleicht noch überzeugender. Das ist ein mehr persönlicher und menschlicher Gedanke. Stellen Sie sich vor: Bei der nächsten Bundestagswahl werden die Kandidaten aufgestellt. Sie wissen genau, daß die meisten Wahlkreisabgeordneten eine Art Domäne besitzen. Sie haben also ihre Domäne und sind im allgemeinen der Meinung, daß sie sie selbstverständlich wiederbekommen. Jetzt soll der Wahlkreis drei Kandidaten nach oben vorschlagen. Das weckt in den Konkurrenten gewisse Hoffnungen, daß vielleicht der Vorstand einen anderen herausucht. Damit wird aber den Intrigen Tür und Tor geöffnet. Ich bitte Sie also, die Kollegen in der Fraktion doch nicht solchen Dingen auszusetzen und auch nicht zu Streitigkeiten und Rivalitäten in den Wahlkreisen durch solche Vorschläge Anlaß zu geben. Wir können andere Wege finden, um solche Einwirkungen in demokratisch vertretbarem Ausmaß zu gewährleisten.

*Heck:* Ich bin zwar glücklich, daß Herr Gradl nicht explodiert ist, aber ich bin doch etwas erschrocken, daß er betroffen war. Wenn vom Vorstand eine Kommission eingesetzt wurde zur Ausarbeitung von Änderungen des Statuts unter rein fachlichen Gesichtspunkten, dann ist damit an sich eigentlich schon ein Schritt zuviel getan worden von der Kommission, daß zwischendurch den Landesverbänden ein Zwischenbericht gegeben wurde, um eine Stellungnahme einzuholen. Es ist praktisch gar nicht möglich, fortlaufend diese Bewegung Statutenkommission/Landesverbände durchzuführen, bis am Schluß bei der Statutenkommission ein Ergebnis herauskommt, mit dem sich alle Landesverbände einverstanden erklären.

Die Statutenkommission war der Auffassung, daß sie im Interesse des Vorstandes handele und daß der Vorstand das Gremium ist, in dem der Vorschlag der Statutenkommission mit der Möglichkeit vorzutragen sei, eine Begründung dazu zu geben. Es ist sicher nicht gut, wenn ein Entwurf in den Landesverbänden zur Diskussion kommt, ohne daß dort die Gründe bekannt sind, die zu den Vorschlägen geführt haben. Man sollte also deswegen der Statutenkommission keinen Vorwurf machen. Herr Cillien, wenn Sie genau nachrechnen, dann bringt die neue Regelung das, was Sie für Ihren Landesverband wünschen.

Sie waren bereit, eine geringfügig schlechtere Berücksichtigung in Kauf zu nehmen. Wenn Sie die Gesamtzahl des Parteitages vergleichen, so waren es bisher 543 Mitglieder; jetzt sind es 397. Es sind also insgesamt 146 Delegierte, d.h. 27 % weniger. Wenn Sie 27 % von der bisherigen Delegiertenzahl der Landesverbände Hannover, Braunschweig und Oldenburg abziehen, dann kommen Sie auf eine Zahl, die um zwei Delegierte niedriger liegt als bisher.

Herr Simpfendorfer, zu Ihren Ausführungen! Es gibt sicher Gebiete, in denen die Mitgliederwerbung schwieriger ist als im rheinischen Raum, aber ich muß als Geschäftsführer einmal mit aller Deutlichkeit eines sagen: Es gibt keinen Landesverband, der von sich in Anspruch nehmen kann, daß er dem Problem der Mitgliederwerbung auch nur einigermaßen die notwendige Aufmerksamkeit gewidmet hätte. Ich bedaure

das außerordentlich, aber ich halte es für meine Pflicht, auch Dinge sagen zu müssen, die vielleicht unangenehm sind.

Herr Fay, Sie haben im § 10 eine Beschränkung gesehen. Es wäre die Frage zu stellen, was versteht man eigentlich unter dem Satz: „Der Bundesparteivorstand führt die Beschlüsse des Bundesparteitages und des Bundesparteiausschusses durch.“? Ich glaube, wenn der Bundesparteivorstand diese Beschlüsse durchführt, dann ist er gezwungen, praktisch laufend politische Entscheidungen zu fällen, zwar nicht in der grundsätzlichen Richtung, aber in der Modifizierung. Man kann auch wohl nicht aus dieser Formulierung herauslesen, daß der Vorstand lediglich ein Gremium sein soll, das sich damit zu beschäftigen hätte, welche Delegierten zu einer Veranstaltung geschickt werden, sondern es ist klar zum Ausdruck gebracht, daß es Aufgabe des Vorstandes ist, die Grundlinien der Politik der Partei, die vom Parteitag festgelegt werden, zu modifizieren und deshalb fortlaufend Entscheidungen zu fällen.

*Heiler:* Ich muß mich im Namen von solchen melden, die die Verlierer sein würden. Wie schwierig es ist, Frauen zu werben, das wissen Sie. Die Spanne zwischen der weiblichen Wählerschaft und den Vertreterinnen in den einzelnen Gremien wäre damit sehr ungünstig für uns. Die männlichen Mitglieder halten es meist für genug, wenn sie Mitglied der Partei sind, ihre Frauen bringen sie aber nicht mit. In vielen Fällen ist es so, daß die Herren meinen, es sei besser, wenn die Frau nicht in der Partei ist.

Aber die Zahl der weiblichen Wähler ist so groß, daß wir doch eine bessere Vertretung haben müßten. Das Verhältnis würde noch schlechter, wenn wir nur die Mitgliederzahl zugrunde legten. Also, wir Frauen sind nicht sehr geneigt, hier zuzustimmen. Im übrigen wehre ich mich dagegen, die Rechte der unteren Gremien bei der Kandidatenaufstellung irgendwie zu beschneiden.

*Kaiser:* Der Herr Bundeskanzler läßt mitteilen, daß er noch kurze Zeit mit den Ministerpräsidenten beschäftigt ist; er hofft aber, mit den Ministerpräsidenten bald herunterkommen zu können.

*Zimmer:* Ich muß als soundsovielter erneut auf die Frage zu sprechen kommen: Mitgliederpartei oder Wählerpartei? Unseren Freund Cillien bitte ich, seine Bedenken zurückzustellen. Wer erlebt hat, aus welcher schmalen Mitgliederversammlungen unsere Delegierten und die Kandidaten für die Stadtverordnetenversammlungen und Landtage gewählt werden, wie eng umgrenzt die qualitative Auswahl hier ist, der muß zu der Forderung kommen, daß wir eine breitere Basis haben müssen. Gehen Sie in eine Universitätsstadt irgendwo in Deutschland, und sehen Sie sich die Mitgliederversammlungen und die Delegiertenwahl für die Stadtverordnetenversammlungen an. Schon hier haben diese Städte große Sorgen; von den Delegierten zum Landtag und zum Bundestag gar nicht zu reden. Es ist von entscheidender Bedeutung, daß wir eine Mitgliederpartei werden, die finanziell relativ unabhängig sein muß. Relativ bedeutet, daß wir ein Minimum aus eigener Kraft aufbringen. So wie es bisher gegangen ist, geht es nicht mehr. Wir können keine ausgehaltene Partei bleiben, sei es von privaten Geldern, sei es vom Staat via Abführung an die Fraktionskasse usw.

Bevor wir die erste Satzung annahmen, hatten wir sie in den einzelnen Landesverbänden – es waren damals wie heute 17 – durchberaten lassen, damit bei einer Abstimmung eine Einstimmigkeit gewährleistet sei. Ich halte es daher für notwendig, um auf dem Parteitag nicht in eine uferlose Diskussion zu kommen, daß sich die Landesparteien vorher vergewissern, daß keine Beanstandungen kommen. Diese Ausführungen betreffen also lediglich die Methode der Zustimmung.

Zur Mitwirkung bei der Kandidatenaufstellung gemäß § 7, wovon Herr Kollege Wuermeling und Frau Heiler gesprochen haben! Wenn man von dem Prinzip der Parteidemokratie ausgeht, muß man dem zustimmen, aber wenn man von der Parteirealität ausgeht, kann man bei dem speziellen Charakter unserer Partei leider damit nicht ganz hinkommen. Ich lasse dahingestellt, ob die satzungsmäßige Verankerung in dieser Form zweckmäßig und richtig ist, aber Sie wissen, wie schwer es ist, in unseren kleinen Wahlkreisen genügend Frauen und Leute der Jungen Union aufzustellen. Das läßt sich nur hinbringen, wenn man in irgendeiner Weise mitwirken kann. (*Wuermeling*: Es bleibt noch die Liste daneben!) Die haben wir in unserem Lande nicht. Ich weiß, daß der Herr Bundeskanzler aus dieser Sorge heraus großes Gewicht auf eine solche Bestimmung legt. Wenn ich mich zu seinem Sprecher mache, dann deshalb, weil ich der Überzeugung bin, daß es in irgendeiner Form notwendig ist, um hervorragende Spezialisten – die selbstverständlich Mitglied der Partei sein müssen – in die Fraktion hineinzubekommen.

Herr Kollege Hellwig hat ein Kernproblem angeschnitten, nämlich die Frage des Nebeneinanders von geschäftsführendem Vorstand, erweitertem Vorstand, Parteiausschuß und Parteitag. Das Thema ist von anderen Herren aufgegriffen worden. Dazu darf ich geschichtlich folgendes bemerken: Wollen Sie bitte nicht vergessen, daß wir im Anfang, im Jahre 1950, einen Parteivorstand von nur 11 Mitgliedern vorgesehen hatten, daß dann aber im letzten Moment diese 11 auf 15 erweitert wurden. Man hatte damals die Vorstellung, diese 15 sind ein echtes politisches Führungsgremium. Aus diesem 15köpfigen Gremium sind nun durch Beschlüsse – ich weiß nicht, wieviele es sind – 30 oder 35 geworden, so daß in der Tat eine Verschiebung stattgefunden hat, die nun zu dem faktischen Zustand eines geschäftsführenden Vorstandes geführt hat.

Auf der anderen Seite steht in dem Statut der Parteiausschuß. Hier darf ich die Frage aufwerfen: War es sinnvoll, daß in den letzten Jahren der Parteiausschuß nur in dieser formellen Weise behandelt worden ist? Der Parteiausschuß war damals gedacht als ein Hauptinstrument der Integration der Partei für die sachlichen und politischen Probleme. Der Parteiausschuß ist jedoch nicht, wie es die Satzung wünscht, regelmäßig einberufen worden. Aber das ist nicht das Entscheidende. Ich will keine Kritik üben, sondern auf eine im Zuge der Entwicklung hervorgetretene Erscheinung hinweisen. Der Parteiausschuß ist mit den sachlichen Problemen der Politik meines Wissens nur einmal befaßt worden, nämlich bei dem Projekt eines Bundeswahlgesetzes, wobei man ihn diese Frage erörtern ließ. Im übrigen wurde er zusammengerufen im Anschluß an Sitzungen des Bundesparteivorstandes. Man

hat dabei im wesentlichen ein politisches Referat gegeben, wenn ich recht im Bilde bin, aber er ist nicht mit entscheidenden politischen Problemen – sagen wir der Sozialpolitik oder der Wirtschaftspolitik – als Parteausschuß befaßt worden.

Das hätte vielleicht doch geschehen können. Der Parteausschuß hätte sich in seiner Rolle als integrierendes Organ der Partei stärker entwickeln können von den Landesverbänden her; denn die Landesverbände sollen ihn ja beschicken. Deshalb ist die Stellung des Parteausschusses im jetzigen Statut neben dem erweiterten Vorstand sehr problematisch, worauf Herr Hellwig hingewiesen hat. Dieses Problem des Parteausschusses ist nicht einfach zu lösen, wenn sie [die Lösung] vom geschäftsführenden Vorstand ausgeht. Ich habe nichts gegen die Zuständigkeit, aber ich werfe die Frage auf, ist es sinnvoll, im vorliegenden Entwurf im § 9 folgendes vorzusehen:

- a) dem Vorsitzenden,
- b) zwei stellvertretenden Vorsitzenden,
- c) drei an der Geschäftsführung mitwirkenden Vorstandsmitgliedern,
- d) dem Bundesschatzmeister,
- e) dem Bundesgeschäftsführer,
- f) dem Vorsitzenden der Bundestagsfraktion.

Nun will ich das Gewicht des Bundesschatzmeisters und des Bundesgeschäftsführers keineswegs unterschätzen, aber das Verhältnis 7 : 2 sagt, daß wir es praktisch – ich will es scharf ausdrücken, Herr Krone wird dazu schweigen wollen – mit einem Ausschuß der Fraktion zu tun haben. (*Zuruf*: Sehr richtig!) Praktisch wird es ein Ausschuß der Fraktion. Nun ist es selbstverständlich, daß in Bonn eine enge Koordinierung von Fraktion und Partei stattfinden muß. Es ist auch ebenso notwendig, daß wir die Herren der Fraktion dabei haben, aber ich frage, können wir das dem Parteitag in dieser Form vorsetzen? Der geschäftsführende Vorstand ist von größter Wichtigkeit, weil er eilig handeln muß. Ich hätte gerne bei verschiedenen Gelegenheiten eine Aktion von ihm gesehen, z.B. neulich aus Anlaß des österreichischen Staatsvertrages. Da habe ich gewartet, bis die Partei eine Verlautbarung darüber herausgab, wie wir den Vertrag auslegen. Das ist dann aber zu spät erfolgt und auch nicht mit der nötigen Klarheit und Wucht. Der Herr Bundeskanzler war wohl nicht da oder nicht greifbar. (*Kaiser*: Der Herr Bundeskanzler selber hat gewarnt, wir sollten uns zurückhalten!) Gut, das nehme ich zur Kenntnis. Aber wir haben draußen auf ein solches Wort gewartet. (*Kaiser*: Wir haben darüber geredet!) Also, so wie es hier steht, halte ich es für praktisch nicht durchführbar. Wenn der Bundesparteausschuß noch weniger als bisher tätig werden soll, dann sollte man ihn fallenlassen – aber das werden sich die Landesverbände nicht gefallen lassen – oder aber man muß ihn aktivieren, und zwar von der Bundesgeschäftsstelle aus, die einen besonderen Referenten dafür bekommen müßte. Der Parteausschuß müßte, wie es die Statuten wollen, mit den sachlichen Problemen befaßt werden. Das scheint mir der schwierigste Punkt des vorliegenden Entwurfes zu sein.

Ich fasse zusammen:

1. Ich halte einen engeren Vorstand für notwendig, ich bezweifle aber, ob die jetzige

Zusammensetzung als ein Parteigremium gelten kann; in Wirklichkeit ist es ein Ausschuß der Fraktion;

2. müßte man die Einfügung des Parteiausschusses in besserer Weise vor sich gehen lassen. Die §§ 12 und 17 sind *leges imperfectae* geblieben; sie sind nicht zur Durchführung gekommen.

Ich hätte den Wunsch, daß der geschäftsführende Vorstand oder zum mindesten die Bundesgeschäftsstelle die Verhandlungen mit den betreffenden Organisationen aufnimmt und weiterführt; denn sie sind von größter Wichtigkeit. Ich will nicht weiter und näher darauf eingehen.

*Kaiser:* Ich möchte Sie schon jetzt bitten, bevor wir zum Abschluß kommen, zu diesen bedeutsamen Bemerkungen alsbald dem Vorstand und dem Vorsitzenden der Partei eine schriftliche Darstellung zu geben, damit die Sache weiterverfolgt und beachtet werden kann.

*Scharnberg:* Ich möchte zunächst etwas zur Frage des geschäftsführenden Vorstandes sagen und darf Ihnen, lieber Herr Tillmanns, entgegenzutreten, wenn Sie gesagt haben, es sei genau dasselbe wie bisher. Es ist nämlich etwas grundsätzlich anderes als das, was wir damals, als die drei Beisitzer eingesetzt wurden, gewollt haben. Wir wollten folgendes: Der Bundeskanzler ist durch seine Tätigkeit als Bundeskanzler so stark in Anspruch genommen, daß er tatsächlich nicht in der Lage ist, den Parteivorsitz so auszuüben, wie es sein sollte. Deshalb sollten drei Herren als geschäftsführender Vorstand zur Unterstützung eingesetzt werden. Es wurde also eine Art Nebenorganisation geschaffen. Jetzt ist aus der Sache etwas ganz anderes gemacht worden, nämlich ein geschäftsführender Vorstand. (*Tillmanns:* Nein! Nein!) Doch, lieber Tillmanns! (*Tillmanns:* Ich habe nicht behauptet, daß es dasselbe ist, was bisher in der Satzung steht, sondern gesagt, das ist dasselbe, was bisher praktisch geworden ist. Wir haben praktisch in den letzten Monaten immer nur zusammen mit dem Vorsitzenden und dem Schatzmeister getagt!) Ich möchte nur charakterisieren, worin der Unterschied besteht. Die bisherige Organisation wurde zu ihren Sitzungen einberufen von den Herren Tillmanns oder Wuermeling oder Kiesinger, in Zukunft wird sie aber einberufen von dem Herrn Bundeskanzler. (*Wuermeling:* Das war immer so! – *Tillmanns:* Sie ist jedesmal einberufen worden von Herrn Heck! – *Heiterkeit.*) Ich bilde mir ein, deutlich gemacht zu haben, worin der Unterschied besteht. Ich behaupte, daß Sie das nicht so gemacht haben, wie wir es damals gewollt haben. (*Tillmanns:* Stimmt nicht!) Dann haben Sie es anders gemacht. Das kann ja sein; aber dann haben Sie einen Auftrag, den Sie bekommen haben, wenn ich mir die Kritik erlauben darf, unrichtig durchgeführt! (*Wuermeling:* Aber mit Erfolg!) Das ist eine andere Frage.

Ich möchte auf einen Punkt hinweisen. Im § 9 ist vorgesehen, daß sich der Vorsitzende der Bundestagsfraktion und die Landesvorsitzenden vertreten lassen können; das halte ich nicht für eine ideale, aber für eine notwendige Vorschrift. Ich würde vorschlagen, folgendes hinzuzusetzen: Sie können sich vertreten lassen durch einen regelrechten Stellvertreter. Ich würde weiter vorschlagen, auch zu erwähnen, daß sich die Regierungschefs durch ein CDU-Kabinettsmitglied vertreten lassen können. Das

scheint mir außerordentlich wichtig zu sein; denn wir hören immer wieder die Klage, daß die Regierungschefs nicht anwesend sind.

Zu der Frage der Mitgliederpartei bin ich der Meinung, daß man eine Mitgliederpartei machen soll. Wir sind es leider nicht. Mir scheint die Relation von 1 : 1, die man für das Verhältnis Mitgliederzahl/Wählerzahl vorsehen will, nicht ganz richtig zu sein. Das müßte etwas geändert werden.

Zur Frage der Kandidatenaufstellung bin ich nicht der Meinung von Herrn Wuermeling. Ich bin der Auffassung, daß hierbei schon eine gewisse Mitwirkung des obersten Parteigremiums nötig ist, wenn auch nichts anderes dabei herauskommt, daß über diesen Weg gewissen Leuten in den Fraktionen, die nicht so sehr mitarbeiten, wie es wünschenswert wäre, gesagt werden kann: Wenn ihr nicht genug mitarbeitet, werden wir daraus die Konsequenzen ziehen. Das halte ich schon für sehr wichtig. Herr Zimmer, wenn Sie gesagt haben, Hannover und die süddeutschen Länder hätten die Satzung ausgearbeitet, dann haben Sie vergessen, daß außer Hannover noch Hamburg, Bremen und Schleswig-Holstein mitgearbeitet haben. (*Zimmer*: Das ist ein großes Mißverständnis. Das habe ich nicht gesagt. Das ist völlig daneben! – *Zuruf*: Sehr richtig!) Für das weitere Vorgehen würde ich empfehlen, daß sich vor der nächsten Parteivorstandssitzung die Landesverbandsvorsitzenden mit der Sache befassen, um rechtzeitig ihre Stellungnahme zu diesem Entwurf abzugeben.

*Kaiser*: Das kann damit verbunden werden.

*Majonica*: Ich habe nur hinsichtlich des § 13 eine kurze Anmerkung zu machen. Ich bitte Sie, es bei der alten Fassung zu belassen. Nach der neuen Fassung könnte leicht eine Doppelarbeit stattfinden, was sicher nicht angenehm sein würde. Wo keine Junge Union besteht, wird auch keine Forderung auf Vertretung in dem betreffenden Gremium gestellt werden. Die Partei muß selbstverständlich eine Kontrolle darüber haben, wer Mitglied der Jungen Union ist. Ich bitte Sie also, es bei der alten Fassung des § 13 zu belassen.

*Wehking*: Ein Wort zur Frage der Kandidatenaufstellung! Es wird schwierig sein, in irgendeinem Wahlkreis einen anderen Kandidaten aufzustellen als den, den unsere Mitglieder dort wollen, ganz abgesehen davon, daß sie besser beurteilen können, wer gewählt werden soll. Ganz anders ist es jedoch bei der Kandidatenaufstellung zur Reserveliste.

*Kaiser*: Darf ich folgendes vorschlagen: Die Ausführungen werden ja stenographiert. Man könnte die wesentlichen Punkte in einem Protokoll zusammenfassen und sie mit den einführenden Worten, die der Vorsitzende der Statutenkommission zur Verfügung gestellt hat, als vertrauliche Unterlagen allen Vorstandsmitgliedern zustellen. Nun ist aber von Herrn Gradl gesagt worden, es sei nicht zweckmäßig, die Punkte stehenzulassen, die sich auf eine Minderung der Rechte der Landesverbände beziehen. Das könnte ruhig mit hinausgehen; denn es ist (*Zuruf*: Schon publiziert!) im Entwurf ja wörtlich enthalten und kann kaum mehr herausgestrichen werden. Die Landesverbände werden gebeten, sobald wie möglich ihre Stellungnahme dem Vorstand bekanntzugeben. Dann kann der Vorstand in seiner nächsten Sitzung abschließend

darüber beraten. Die Vorsitzenden der Landesverbände könnten eventuell am Tage vor dieser Sitzung noch einmal zusammenkommen. Können wir so verfahren?

*Heck:* Ich wollte Ihren Vorschlag etwas modifizieren. Ich würde vorschlagen, daß der geschäftsführende Vorstand beauftragt wird, unter Berücksichtigung dessen, was hier in diesem Kreis von der politischen Seite zur Frage der Statutenänderung gesagt worden ist, den Entwurf der Statutenkommission zu überarbeiten und ihn dann den Landesverbänden zuzustellen.

*Gratl:* Mit diesem Vorschlag von Herrn Heck bin ich einverstanden. Herr Kaiser, mit Ihrem zuerst gemachten Vorschlag wäre ich nicht einverstanden. Ich will ja gerade vermeiden, daß der Punkt, der von der Minderberechtigung spricht, nach draußen kommt. Er soll kein Gesprächsstoff werden. Ich bin der Überzeugung, wenn der geschäftsführende Vorstand aufgrund der heute gemachten Ausführungen den Entwurf überarbeitet und die betreffenden Bestimmungen herausstreicht, daß wir damit am schnellsten weiterkommen.

*Kaiser:* Auch ich bin mit dem Vorschlag von Herrn Heck einverstanden. Das würde bedeuten, daß wir den Entwurf einziehen müssen, sonst geht er doch hinaus ins Land. Der geschäftsführende Vorstand wird gebeten, die Sache noch einmal zu überarbeiten, und zwar unter Berücksichtigung der heutigen Aussprache. Die nächste Vorstandssitzung wird dann erneut darüber beraten mit der Maßgabe, daß den Vorsitzenden der Landesverbände rechtzeitig Gelegenheit gegeben wird, darüber noch eine Beratung zu pflegen. Damit sind Sie einverstanden! Dann können wir diesen Punkt verlassen.

Inzwischen ist der Herr Bundeskanzler wieder unter uns. Wir begrüßen ihn. Ich darf ihn bitten, seines Amtes zu walten.

*Adenauer:* Ich habe eben einen Zettel bekommen: Es soll noch über den Bericht von Herrn Heck diskutiert werden, und ich möchte mit den Ministerpräsidenten zu Ihnen kommen. Ich darf Ihnen, was das letzte angeht, berichten. Die Sitzung des Ausschusses ist fast seit einer Stunde zu Ende. Der Ausschuß hat sich vertagt; er wird noch weitere Sitzungen an dem Tage abhalten, an dem das Plenum des Bundesrates tagen wird, also am 10. Juni. Jetzt werden oben bei mir im Zimmer zwischen den CDU-Ministerpräsidenten und Herrn Blank und einigen anderen Herren die Punkte diskutiert, die nach Auffassung der Ministerpräsidenten zu Bedenken Anlaß geben. Ich meine, wir lassen die Herren besser oben an der Arbeit, als daß wir sie bitten, zu uns herunterzukommen. Ich nehme an, daß diese ganze Sache doch schließlich einen friedlichen Ausgang nehmen wird, obwohl es sich um militärische Fragen dabei handelt.

Dann darf ich wohl bitten, daß einer der Herren das Wort nimmt. Sie haben noch nicht gesprochen, Herr Heck? (*Heck:* Nein!) Dann darf ich Sie jetzt bitten!<sup>53</sup>

---

53 Das nun folgende Referat fehlt in der Vorlage; es entstammt dem Bestand ACDP VII-002-279; vgl. auch die Redenvorlage in NL Heck ACDP I-022-011.



## ORGANISATORISCHE AUFGABEN DER CDU

*Heck:* Über die Aufgaben der Parteien sagt das Grundgesetz im Artikel 21 Absatz 1: „Die Parteien wirken bei der politischen Willensbildung des Volkes mit.“ Die Erläuterung dieses allgemeinen Satzes in einem Parteiengesetz steht noch aus. Ich möchte deswegen folgende fünf Aufgaben für unsere Partei herausstellen:

1. Die Partei muß die Grundlagen ihrer Politik klar erarbeiten, auf den verschiedenen Gebieten der Politik ihre Ziele aufstellen und Mittel und Wege aufzeigen, diese Ziele zu erreichen.
2. Die Partei muß die Politik der Regierung und der Fraktion publizistisch und propagandistisch vorbereiten, der Bevölkerung verständlich machen und sich mit den Einwänden der politischen Gegner auseinandersetzen.
3. Die Partei muß ihre Mitglieder fortlaufend über die Politik ihrer Fraktion eingehend orientieren und ihre politische Weiterbildung nach Möglichkeit so fördern, daß sie im Gespräch mit Andersdenkenden in der Lage sind, die offizielle Politik zu vertreten.
4. Es muß eine besondere Sorge der Partei sein, einen ausreichenden Nachwuchs für die politische Arbeit im Bereich der Kommune, der Länder und des Bundes heranzubilden. Dabei ist es wichtig, die in dem uns zugeordneten Raum vorhandenen fachlichen und politischen Kräfte für die Arbeit mit und in der Partei zu gewinnen.
5. Es muß das fortlaufende Bemühen der Partei sein, möglichst viele Mitglieder und Wähler zu gewinnen. In diesem Zusammenhang ist es die Hauptaufgabe der Partei, Wahlen vorzubereiten, die Wahlkämpfe durchzuführen und die Wahlen zu gewinnen.

Man muß diese Aufgaben vor Augen haben, um eine Diskussion über die Organisation der Partei führen zu können, da jede organisatorische Maßnahme nur dadurch ihren Sinn bekommt und gerechtfertigt ist, daß sie den oben angeführten Aufgaben der Partei dienlich ist.

Vorweg möchte ich sehr allgemein sagen, daß für unsere Partei eine Organisationsform, wie sie die SPD sich gegeben hat, nicht angemessen ist. Die hauptamtlichen Kräfte unserer Partei sollten kein politischer Machtfaktor in der Partei werden, der, wie wir dies heute bei der SPD erleben, die Partei völlig beherrscht und jedes lebendige Leben, soweit es den Interessen des kleinen Kreises der Funktionäre widerspricht, erdrosseln kann – mit einem Wort: Der Funktionär hat in der CDU keinen Platz.

Ebenso unmöglich aber ist es, aus Abneigung oder Sorge vor der Macht der hauptamtlichen Kräfte in der Partei die Organisation der Partei so zu gestalten, daß sie in vieler Hinsicht handlungsunfähig wird und damit eine Reihe von Aufgaben, die der Partei gestellt sind, nicht ernst in Angriff genommen werden können.

Die politische Stabilität unserer Partei ist nicht mehr in dem Umfange durch die weltanschauliche Bindung unserer Wähler gewährleistet, wie dies beim Zentrum in der Weimarer Republik der Fall war. Wir dürfen nicht verkennen, daß wir bei der Bundestagswahl 1953 einen starken Zuwachs aus der liberalen Wählerschaft erhalten haben, die sich, seit es in Deutschland Parteien gibt, als außergewöhnlich

labil erwiesen hat. Wir müssen beachten, daß nicht nur die sozialistische und liberale Ideologie ihre frühere Kraft, Wähler zu binden, eingebüßt hat, sondern daß auch im christlichen Bereich – ich meine hier besonders den katholischen – die starke weltanschauliche und emotionale Bindung, wie sie für das Zentrum vom Kulturkampf her entstanden war, nicht mehr vorhanden ist. Man kann sich auf die Dauer auch nicht nur auf die gute Politik verlassen. Sicherlich ist im Augenblick ein großes Bedürfnis nach Sicherheit und Ruhe in unserem Volk vorhanden. Die Zufriedenheit, von der man wohl im allgemeinen sprechen kann, und die Abneigung gegen irgendwelche Experimente, nachdem es doch seit 1949 recht gutgegangen ist, sind einer Stabilisierung der politischen Verhältnisse förderlich gewesen. Wir können aber nicht damit rechnen, daß dies immer so bleibt. Wir können auch nicht als festen Posten in unsere Rechnung die törichte Politik der Sozialdemokraten mit einbeziehen, und wir müssen auch damit rechnen, daß in unserer Politik Pannen passieren, die einer Parole Vorschub leisten, wie sie die letzte Präsidentschaftswahl in den Vereinigten Staaten beherrscht hat: „It’s time for a change.“ Die Partei kann auch nicht damit rechnen, daß sie immer durch eine Persönlichkeit repräsentiert wird, deren außergewöhnliches Ansehen und deren Popularität so stabilisierend wirken, wie wir dies in den letzten sechs Jahren erlebt haben. Deswegen ist es unsere Pflicht, alles zu tun, was irgendwie geeignet ist, unsere Partei so stark und so stabil zu erhalten, daß unser mit so großem Erfolg begonnenes Aufbauwerk nicht durch die Wankelmütigkeit der öffentlichen Meinung gefährdet werden kann. Ich überschätze dabei die Möglichkeiten der organisatorischen Arbeit keineswegs. Ich glaube aber, daß eine gute Organisation unserer Partei einiges zur Stabilisierung der politischen Verhältnisse in Deutschland beitragen kann.

Doch nun zu den Aufgaben im einzelnen: Die bestimmende Kraft bei der Gründung der CDU war das gemeinsame Erlebnis der Christen beider Konfessionen im „Dritten Reich“, wohin eine Politik führt, deren letzte Bindung nicht in der christlichen Sicht der Welt und des Menschen liegt. Soweit ich übersehe, hat nur in Berlin und vornehmlich im rheinischen Raume eine ausführlichere Diskussion über die Grundlagen und über das Verständnis einer Politik aus christlicher Verantwortung stattgefunden; der Zentrumsstreit zwischen 1906 bis 1909, der um das gleiche Thema ging<sup>54</sup>, wurde ja auch im wesentlichen im rheinischen Raum ausgetragen. Sicherlich sind damals schon und inzwischen immer wieder da und dort beachtenswerte Ausführungen zu diesem Thema gemacht worden; aber das Thema ist bis heute noch nicht zu Ende diskutiert. Ich glaube, es ist an der Zeit, die besten Kräfte aus dem Bereich beider Konfessionen zusammenzufassen, das in den ersten Jahren nach dem Zusammenbruch

---

54 Hinweis auf den sog. Zentrumsstreit, der durch den Artikel „Wir müssen aus dem Turm heraus“ von Julius Bachem („Historisch-Politische Blätter“ 137, 1906, S. 376–386) ausgelöst wurde. Gegen die überkonfessionelle „Köln-Gladbacher Richtung“ opponierte mit Unterstützung im Episkopat die integrale „Trierer Richtung“ (vgl. zuletzt Friedrich HARTMANNSGRUBER: Die christlichen Volksparteien 1848–1933. Idee und Wirklichkeit. In: Geschichte der christlich-demokratischen und christlich-sozialen Bewegungen in Deutschland. Hrsg. von Günther Rüter. Bonn 1984 Bd. 1 S. 219–324, hier S. 274ff.).

angefangene Gespräch über die Grundlagen unserer Politik weiterzuführen und das Vorhandene der inzwischen eingetretenen Entwicklung anzupassen.

Als Folge der Tatsache, daß die führenden Persönlichkeiten der Partei durch die praktische politische Verantwortung in Regierung und Parlament in einem außergewöhnlichen Maße in der Vergangenheit in Anspruch genommen waren, hat die politische Führung der Partei nicht die systematische und kontinuierliche Form erhalten können, die bei der Größe und Verantwortung unserer Partei unerlässlich ist. Es ist deswegen notwendig, sehr sorgfältig zu überlegen, welche Maßnahmen geeignet sind, die politische Führungsaufgabe des geschäftsführenden Vorstandes, des Bundesparteivorstandes und des Bundesparteiausschusses zu intensivieren.

Es wird notwendig sein, im Vorstand regelmäßig zu einer Aussprache über alle wichtigen politischen Probleme zusammenzutreten.

Für den geschäftsführenden Vorstand wird von der Statutenkommission ein Vorschlag unterbreitet, dem das Bemühen zugrunde liegt, auf einer etwas breiteren Basis ein arbeitsfähiges Gremium zu schaffen. Bei der Zusammensetzung aller Führungsgremien dürfte es notwendig sein, der Belastung der führenden Persönlichkeiten durch verschiedene Verantwortungen dort eine Grenze zu setzen, wo die Wahrnehmung dieser Verantwortungen einfach infolge zeitlicher Überbeanspruchung nicht mehr möglich ist.

Ein besonderes Augenmerk muß der Vorstand den gemäß Statut ausschließlich zur Beratung des Vorstandes gebildeten Fachausschüssen widmen. Wenn ich das Statut richtig verstehe, handelt es sich bei den Fachausschüssen nicht um politische Gremien, sondern um Fachgremien. Ich halte es deswegen auch nicht für richtig und zweckmäßig, daß diese Ausschüsse durch Delegation besetzt werden, und möchte dem Vorstand den Vorschlag machen, die Mitglieder dieser Fachausschüsse durch den Vorstand auszuwählen. Ich glaube, daß durch eine Intensivierung der Tätigkeit des geschäftsführenden Vorstandes, des Vorstandes und der Fachausschüsse eine Intensivierung der Arbeit des Parteiausschusses parallelgehen wird.

Es war schon oft Gegenstand des Gesprächs, vor allem der Kritik in den verschiedensten Gremien der Partei, daß die Politik von Regierung und Fraktion publizistisch und propagandistisch nicht ausreichend vertreten werde. Sicher ist, daß die öffentliche Meinung für die Wahlentscheidung sich nicht etwa erst im Zeitraum von sechs bis acht Wochen, der für den Wahlkampf angesetzt ist, formiert. Von der öffentlichen Meinung her gesehen muß jede Vorbereitung der nächsten Wahl am ersten Tag nach einer Wahl beginnen. Dazu aber ist zu sagen, daß unsere publizistische Arbeit zu sehr apologetischen Charakter hatte. Es ist bisher nicht ausreichend berücksichtigt worden, daß es nicht nur wichtig ist, gesetzgeberische Maßnahmen gegenüber gegnerischer Kritik und mangelndem Verständnis zu verteidigen, sondern daß es ebenso wichtig ist, daß gesetzgeberische Maßnahmen, von denen erwartet werden muß, daß sie da und dort auf den Widerstand der öffentlichen Meinung stoßen, publizistisch vorbereitet werden müssen. Das aber setzt voraus, daß das politische Programm von Regierung und Fraktion, soweit dies überhaupt möglich ist, auf längere Sicht festgelegt wird und

daß die geplanten Maßnahmen einzeln sehr sorgfältig daraufhin überprüft werden, welche möglichen Widerstände von seiten der öffentlichen Meinung ausgelöst werden können. Es scheint mir auch notwendig, daß stärker als bisher berücksichtigt wird, daß unter Umständen durch eine unzureichende formale Behandlung einer politischen Materie, die an sich geeignet wäre, die öffentliche Meinung für uns zu gewinnen, das Gegenteil erreicht werden kann. Ich darf in diesem Zusammenhang, um zu verdeutlichen, was ich meine, nur an die Heimkehrerentschädigung und an die Steuerreform erinnern. Wir müssen uns vor allem um eine stetige Koordinierung der zuständigen politischen Organe in Bund und Ländern bemühen.

Es ist uns nicht durchweg gelungen, zur Presse ein Verhältnis vertrauensvoller Zusammenarbeit zu gewinnen. Sicherlich liegt die Ursache hierfür zu einem guten Teil auch bei den Vertretern der Presse. Da wir aber diesen Zustand kurzfristig nicht ändern können, ist zu überlegen, was von unserer Seite getan werden kann, dieses Verhältnis zu bessern.

Darüber hinaus glaube ich, daß es nicht ausreicht, in dem täglich erscheinenden „Deutschland-Union-Dienst“ regelmäßig zu den anstehenden politischen Problemen Stellung zu nehmen. Ich halte es für notwendig, daß sowohl die Fraktion wie der geschäftsführende Vorstand fortlaufend zu auftretenden akuten politischen Problemen Stellung nehmen. Dies könnte zweckmäßigerweise in Form von Sonderdiensten des DUD geschehen. Weiterhin scheint mir notwendig zu sein, daß die Pressestelle der Fraktion erweitert und stärker besetzt wird. Es ist auch bedauerlich, daß die Abgeordneten der Bundestagsfraktion und der Landtagsfraktionen, von wenigen Ausnahmen abgesehen, sich nicht in dem Maße um die Publizität ihrer Arbeit und damit der Arbeit des Bundestages und der Landtage kümmern, als dies notwendig wäre. Ich könnte mir denken, daß gerade die kleinen Heimatzeitungen, deren Gewicht für die öffentliche Meinungsbildung häufig unterschätzt wird, für regelmäßige Berichte ihrer Abgeordneten aus Bonn bzw. aus den Landeshauptstädten nur dankbar wären. Da es für die meisten Abgeordneten nicht möglich ist, diese Arbeit völlig selbst zu übernehmen, muß überlegt werden, welche Kräfte für diese Arbeit herangezogen werden bzw. in welchem Umfang eine Erweiterung der hauptamtlichen Kräfte der Fraktion notwendig ist und in welcher Form dies am besten geschieht.

Eine besondere Aufgabe scheint mir zu sein, die publizistische Betreuung unserer Mitglieder zu intensivieren. Mitglieder können für die Stabilisierung der öffentlichen Meinung im Sinne unserer Partei nur wirksam werden, wenn sie politisch so orientiert sind, daß sie dem politischen Gespräch und der politischen Auseinandersetzung nicht aus Mangel an Kenntnissen aus dem Wege gehen müssen. Wir haben vor über einem Jahr zu diesem Zweck das „Deutsche Monatsblatt“<sup>55</sup> gegründet, das, entsprechend der Mitgliederzahl der Landesverbände, diesen kostenlos zur Verfügung gestellt wird. Wir mußten leider feststellen, daß dieses „Monatsblatt“ zum Teil mit über ein bis zwei Monaten Verspätung zur Verteilung gelangt oder zu einem beträchtlichen Teil

---

55 „Deutsches Monatsblatt“ Siegen 1954ff., ab 1960 Bonn.

überhaupt nicht verteilt wird. Ich sehe hier keine andere Lösung als folgende: Der Bezug des „Deutschen Monatsblattes“ sollte für sämtliche Mitglieder obligatorisch sein. Der Versand des „Monatsblattes“ erfolgt zentral durch die Post und wird mit der Einziehung der Parteibeiträge gekoppelt. Der Bezugspreis würde sich mit Zustellungsgebühr auf monatlich DM 0,55 belaufen; davon kann nach Abzug der Unkosten für Papier, Druck, Versand und Zustellungsgebühr in Höhe von DM 0,15 pro Exemplar der Restbetrag von DM 0,40 an die Landesverbände zurückvergütet werden. Bei einer solchen Regelung wäre sichergestellt, daß das „Monatsblatt“

1. rechtzeitig sämtliche Mitglieder erreicht;
2. daß die Parteibeiträge eingezogen werden, was im Augenblick nicht in allen Kreisen der Fall ist;
3. glaube ich, daß wenigstens ein Teil der Landesverbände ein höheres Beitragsaufkommen erhält als bisher. In den Landesverbänden, in denen die Mitglieder zahlungsfreudiger sind und in denen deswegen die Sorge aufkommen kann, daß durch diese Regelung das bisherige Beitragsaufkommen für sie geringer würde, kann durch regelmäßige Spendenaktionen im Kreise der Mitglieder dieses Defizit behoben werden.

Die „Union in Deutschland“ sollte das Organ der aktiven Träger der Parteiarbeit werden. Ich komme auf dieses Thema noch einmal zurück dort, wo ich über die Intensivierung der Parteiorganisation spreche.

Die übrigen Publikationen der Partei: der „Betriebsräte-Brief“<sup>56</sup>, „Das Wirtschaftsbild“<sup>57</sup>, „Wirtschaftsbrief“<sup>58</sup>, „Mittelstandsbrief“<sup>59</sup>, „Landwirtschaftsbrief“<sup>60</sup>, „Frau und Politik“<sup>61</sup>, „Stimme der Vertriebenen“<sup>62</sup> sollten weiter ausgebaut und soweit als möglich auf kommerzielle Basis umgestellt werden. Das gleiche gilt für die beiden Publikationen im evangelischen und katholischen Raum: die „Politisch-soziale Korrespondenz“<sup>63</sup> und die „Evangelische Verantwortung“<sup>64</sup>.

Die Erfahrung lehrt, daß für Publikationen, die nicht bezahlt werden, praktisch ein Verteiler nach Bedürfnis und Interessen nur unzureichend gefunden werden

---

56 „Betriebsräte-Brief“ der Christlich-Demokratischen Arbeitnehmerschaft Deutschlands. Bonn 1953–1966.

57 „Das Wirtschaftsbild“. Frankfurt 1949, ab 1950 Bonn (vgl. PROTOKOLLE I S. 9f.).

58 „Der Wirtschaftsbrief“. Informationsdienst der Wirtschafts- und Sozialpolitik. Bonn 1952–1966.

59 „Der Mittelstandsbrief“. Bonn 1953ff. (seit 1962 vereint mit „Der Mittelstand in Wirtschaft und Politik“).

60 „Der Agrarbrief“. Informationsdienst der Christlich-Demokratischen und Christlich-Sozialen Union. Bonn 1955ff.

61 „Frau und Politik“. Mitteilungen der Vereinigung der Frauen der CDU. Bonn 1955ff.

62 „Stimme im Exil“. Mitteilungsblatt der Exil-CDU der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands. Berlin 1955ff. – Die nicht CDU-nahe „Stimme der Vertriebenen“ wurde von 1949–1952 in Aachen herausgegeben.

63 „Politisch-soziale Korrespondenz“. Bonn 1952–1970.

64 „Evangelische Verantwortung“. Politische Briefe des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU Bonn. Siegen 1953ff.

kann und daß sie, weil sie nicht bezahlt werden, auch im Wert geringer veranschlagt werden.

Die Junge Union gibt z.Z. einen Informationsdienst der „Jungen Union Deutschlands“<sup>65</sup> in einer Auflagenhöhe von 3.500 heraus. Ich würde es für zweckmäßig halten, die Mitglieder der Jungen Union allgemein mit dem „Deutschen Monatsblatt“, den aktiven Teil der Jungen Union mit der UiD zu beliefern und das eigenständige Organ der Jungen Union auszuweiten und mehr darauf abzustellen, allgemein im Raum der jungen Generation für die Politik aus christlicher Verantwortung zu werben.

Etwas außer der Reihe darf ich hier auf folgende Beobachtung hinweisen: In den deutschsprachigen Zeitungen Amerikas kommen vorwiegend Persönlichkeiten wie Carlo Schmid und Prinz Hubertus von und zu Löwenstein zu Wort. Des weiteren mußte ich feststellen, daß die Sozialdemokraten einen englischsprachigen Dienst nicht nur an die wichtigsten Zeitungen der Vereinigten Staaten, sondern darüber hinaus an viele politische Persönlichkeiten senden. Ich glaube, daß wir auch im Ausland das publizistische Feld nicht den Sozialdemokraten allein überlassen dürfen. Ich möchte deswegen die Einrichtung eines fremdsprachigen Pressedienstes für das Ausland anregen.

Ein weiteres Problem ist die pressemäßige Betreuung der Flüchtlingslager. Neben dem „Deutschen Monatsblatt“ sollte es möglich sein, die Flüchtlingslager mit einer entsprechenden Auflage einer unserer Richtungszeitungen zu versorgen. Dabei handelt es sich allerdings in erster Linie nicht um ein organisatorisches, vielmehr um ein finanzielles Problem.

Damit komme ich zu den Fragen der Organisation im engeren Sinne. Die Frage, ob die Union eine Mitglieder- oder eine Wählerpartei sei, ist nicht nur in unseren Reihen, sondern auch in der Öffentlichkeit schon hin und wieder diskutiert worden. Ich glaube, die Alternative ist falsch. Die Verantwortung und die Aufgabe, die wir haben, sind zu groß, als daß sie auf die Dauer von einer Wählerpartei mit sehr schmalen Mitgliederbestand getragen und bewältigt werden können. Unsere Wähler aber zeigen sehr wenig Neigung, sich enger an ihre Partei zu binden. Ich möchte damit nicht sagen, daß es nicht möglich wäre, den bisherigen Mitgliederbestand sehr wesentlich zu erhöhen. Es ist sicherlich von den führenden Persönlichkeiten und Gremien der Partei diesem Problem bisher zu wenig Aufmerksamkeit geschenkt worden. Daß dieses Problem heute nicht mehr von den Kreisgeschäftsführern allein gelöst werden kann, dürfte unbestritten sein.

Ein genaueres Studium der Entwicklung und Geschichte der deutschen Parteien seit 1870 ergibt, daß es in Deutschland, mit Ausnahme der NSDAP, der KPD und der SPD und des Zentrums im rheinischen Raum, noch keiner Partei gelungen ist, einen ihrer wählermäßigen Stärke einigermaßen entsprechenden Mitgliederbestand zu erhalten. Für NSDAP, KPD und in gewissem Umfange auch für die SPD gilt,

---

65 „Junge Union Deutschlands“. Informationen. Bonn 1953ff. (seit 1958 unter dem Titel „Die Entscheidung“).

daß ihre Entwicklung zu Mitgliederparteien durch die einseitige weltanschauliche, ideologische und gegen die bestehende Ordnung oppositionelle Haltung gefördert wurde. Die organisatorische Stärke des Zentrums im rheinischen Raum erklärt sich aus der Tatsache, daß es sich z.Z. des Kulturkampfes, dessen wesentlicher Träger es war, organisiert hat. Wie stark solche geschichtlichen Fakten nachwirken, ist daran deutlich zu erkennen, daß die Landesverbände Rheinland und Westfalen auch heute noch etwa die Hälfte der Mitglieder der CDU stellen. Im übrigen zeigen sich auch im sozialistischen Lager beachtenswerte rückläufige Tendenzen trotz größter Anstrengung in der Mitgliederwerbung. Dies ist nicht zuletzt darauf zurückzuführen, daß die Ideologie des Sozialismus im Verblassen ist und bei weitem nicht mehr die Kraft besitzt wie etwa im Kaiserreich. Eine Partei wie die Union, der es bei der Wahl 1953 gelungen ist, über 10 Millionen Stimmen zu gewinnen, sollte wenigstens einen Mitgliederbestand von 5 % der Wählerstimmen, das wäre etwa eine halbe Million, haben. Ich glaube aber, daß wesentliche Fortschritte in der Mitgliederwerbung nur über eine Ergänzung unserer bisherigen Organisation erreicht werden können. Die Organisation, wie sie sich in den ersten Jahren nach Gründung der Partei gebildet hat, war zunächst ausreichend, die dringlichsten Aufgaben, nämlich Vorbereitung von Kommunal- und Landtagswahlen durchzuführen. Sie ist aber nicht ausreichend, die Union als Partei zu dem stabilen Faktor der deutschen Politik zu machen, der unsere Partei von der Verantwortung her sein muß. Erstens reicht teilweise die Qualität der hauptamtlichen Kräfte nicht aus, um die Aufgaben, die zu lösen sind, durchzuführen. Die Ursache dafür kann nicht ohne weiteres darin gesehen werden, daß überhaupt keine qualifizierten Kräfte zur Verfügung stünden. Sie liegt vor allen Dingen darin, daß bei einer Bezahlung zwischen DM 300,- bis DM 400,- monatlich gute Kräfte mit dem besten Willen nicht gehalten bzw. gewonnen werden können. Hier muß auch bemerkt werden, daß eine systematische langfristige Schulung dieser Kräfte bisher aus finanziellen Gründen nicht möglich war. Ich werde auf diesen Punkt beim Thema Bildungs- und Schulungsarbeit noch zu sprechen kommen.

Die Organisation der Partei kann aber auch aus einem zweiten Grund nicht als ausreichend bezeichnet werden. Die in den ersten Jahren entstandene Organisation erfaßt das Gebiet der Bundesrepublik teilweise nur sehr unregelmäßig und unsystematisch, so daß dem Wahlkreisgeschäftsführer für eine systematische Arbeit keine durchgegliederte, alle Gemeinden und Stimmbezirke umfassende Organisation von ehrenamtlichen Helfern zur Verfügung steht. Grundgesetz der Organisation einer politischen Partei, die beinahe die Hälfte der Wählerstimmen auf sich vereinigen konnte, muß aber sein, systematisch bis in den kleinsten überschaubaren Bereich eines Stimmbezirks zu reichen. Ich halte es deswegen für notwendig, aus den etwa 200.000 Mitgliedern der Union heraus eine Organisation von Vertrauensleuten zu schaffen in der Weise, daß für jede Gemeinde bzw. für jeden Stimmbezirk zwei Mitglieder gewählt oder benannt werden, die geeignet sind, in ihrem kleinen überschaubaren Bereich die aktiven Träger der Parteiarbeit zu sein. Nur wenn dem Kreisvorstand, den Wahlausschüssen und den hauptamtlichen Kreisgeschäftsführern, den Landesleitungen und der Bundesleitung

diese durchgegliederte Organisation von ehrenamtlichen Helfern zur Verfügung steht, ist letzten Endes eine systematische, gezielte politische Arbeit und die gediegene Durchführung von Wahlkämpfen möglich.

Ich habe früher davon gesprochen, daß die UiD Organ für die aktiven Träger der Parteiarbeit sein müsse, und ich darf hier ergänzen, daß ich dabei vorzüglich an diese Vertrauensleute in den Gemeinden bzw. Stimmbezirken gedacht habe. Wir sollten vor der großen Arbeit, die die Erstellung einer solchen Organisation notwendigerweise mit sich bringt, und vor den möglichen Schwierigkeiten, die ich durchaus nicht gering einschätze, nicht kapitulieren und möglichst schnell mit der Arbeit beginnen, damit diese Organisation, auch wenn sie bis zum Beginn des Bundestagswahlkampfes nicht 100%ig erstellt werden kann, doch wenigstens für weite Teile der Bundesrepublik zur Verfügung steht. Für diese ehrenamtliche Arbeit sollte auch versucht werden, die Frauen stärker mit einzuschalten, da Frauen im allgemeinen solche Aufgaben exakter und mit mehr Hingabe ausführen als Männer. Im übrigen ergibt sich bei dieser Arbeit ein nützliches Tätigkeitsfeld für die Junge Union.

Eine besonders wichtige Aufgabe ist uns mit der Heranbildung des politischen Nachwuchses gestellt. Ich halte es für unmöglich, hier allein mit politischen Wochenendschulungen, wie sie da und dort in manchen Landesverbänden durchgeführt werden, zum Ziele zu kommen. Was die Partei dringend braucht, ist ein Zentrum für die politische Schulungs- und Bildungsarbeit. Die Zusammenarbeit und das Zusammenwirken mit einem solchen Zentrum wird die Wochenendschulung in den Landes- und Kreisverbänden wesentlich fördern können. Ein solches Zentrum für politische Schulungs- und Bildungsarbeit müßte m.E. vier Aufgaben bekommen:

1. Die Ausbildung und Weiterbildung der hauptamtlichen Kräfte der Partei;
2. die systematische Schulung und Bildung des politischen Nachwuchses;  
– Ich weiß, daß vielerorts in der Partei Verstimmung über die Junge Union vorhanden ist, weil die Mitglieder der Jungen Union und vor allen Dingen deren führende Kreise zu ausschließlich versucht seien, ohne Erfahrung und ohne viel Wissen Politik zu treiben. Ich glaube aber, man sollte bei einer solchen Kritik nicht stehenbleiben, sondern die Frage stellen, ob denn von der Bundespartei auch genügend getan wurde, die Junge Union, die doch der Partei letzten Endes den politischen Nachwuchs bringt, genügend zu fördern und sich auch mit den hierzu erforderlichen finanziellen Aufwendungen darum zu bemühen, daß der jungen Generation, die guten Willens an die Politik herangeht, das notwendige Wissen vermittelt wird. Hier liegt eine Aufgabe, die bisher weitgehend versäumt wurde und die mit aller Intensität in Angriff genommen werden sollte. –
3. die Durchführung von politischen Bildungskursen nach einzelnen Fachgebieten;
4. die Durchführung von Wochenendtagungen, wie sie etwa bisher bei evangelischen und katholischen Akademien veranstaltet werden, allerdings hier auf überkonfessioneller Grundlage.

Ich gehe dabei von folgender Erwägung aus: In dem uns zugeordneten christlichen Raum stehen nahezu für alle Fachgebiete ausgezeichnete und vorzügliche Kräfte zur



Verfügung, und zwar in viel größerem Umfange und, wie ich meine, auch besserer Qualität, als etwa für die Sozialisten und Liberalen. Diese Kräfte zeigen aber wenig Neigung, im normalen Rahmen der Parteiorganisation auf Orts- oder Kreisebene tätig zu sein, und man muß wohl zugestehen, daß sich die Organe der Partei auf Bundes-, Landes- und Kreisebene zu wenig um diese Persönlichkeiten bemüht und noch keine Formen entwickelt haben, diese Kräfte in geeigneter Weise anzusprechen und für die Arbeit der Partei nutzbar zu machen. Ich verspreche mir von der Durchführung akademieähnlicher Wochenendtagungen mit Persönlichkeiten erster Qualität sehr viel, allerdings nicht nur, daß diese Persönlichkeiten damit näher an die Partei herangeführt werden; ich glaube vielmehr, daß darüber hinaus die Partei durch eine solche Mitarbeit von vorzüglichen Kräften insgesamt erheblich gewinnen könnte.

In diesem Zusammenhang erlaube ich mir, einen weiteren Vorschlag zu machen: Wir sollten in der Partei ein Diskussionsorgan von wirklich hohem Niveau schaffen; ich denke dabei an Quartalshefte, die in unserem Raum etwa die Aufgabe zu übernehmen hätten, wie sie im sozialistischen Raum der „Neuen Gesellschaft“ zugewiesen ist. Diese Quartalshefte müßten von den geistig führenden Kräften innerhalb der Union und auch von hervorragenden Persönlichkeiten, die zu uns gehören, ohne die enge Bindung der Mitgliedschaft zu haben, getragen werden.

Damit komme ich zum letzten Punkt meiner Ausführungen, nämlich zur Finanzierungsfrage: Ich brauche wohl einleitend nicht besonders darauf aufmerksam zu machen, daß alle Planungen und Beschlüsse über die Ergänzung und den Ausbau unserer Organisation und unserer Parteiarbeit im luftleeren Raum stehen und letzten Endes Reißbrettzeichnungen bleiben, wenn in der Frage der Finanzierung nicht eine einigermaßen gediegene Lösung gefunden wird. Die Diskussion über die Finanzierung unserer Partei ist immer in Gefahr, sich im Kreise zu bewegen. Sie beginnt mit der entrüsteten Feststellung, daß es ein Skandal sei, 1. daß wir so wenig Mitglieder haben und 2. daß diese wenigen Mitglieder auch teilweise keinen Beitrag zahlen. Ich möchte dazu doch gleich einige Bemerkungen machen: Es scheint mir zunächst nicht ganz richtig zu sein, unsere Mitglieder und Wählerschaft in Bausch und Bogen zu verdonnern, weil, sowohl was die Mitgliedschaft als auch die Beitragszahlungen anbelangt, eine bedauerliche Lethargie und Müdigkeit festzustellen ist. Eine Partei ist nicht deswegen eine gute Partei, weil sie viele Mitglieder und große Parteibeiträge hat. Die NSDAP war in dieser Hinsicht mustergültig; sie war trotzdem eine schlechte Partei. Die SPD hat zwar etwa den dreifachen Bestand an Mitgliedern als wir, aber die wirkliche Beteiligung am politischen Leben ist doch so wenig intensiv, daß es fortlaufend ein paar hundert Funktionären gelingt, politisch so zu handeln, wie es ihnen paßt und nützlich ist. Ich will damit keineswegs sagen, daß wir uns mit dem jetzigen Zustand in unserer Partei abfinden sollten. Im Gegenteil, wir müssen alles tun, um 1., wie ich schon sagte, wenigstens eine halbe Million Mitglieder zu bekommen, und wir sollten dabei unter allen Umständen darauf bestehen, daß diese Mitglieder einen Mindestbeitrag von DM 0,50 im Monat bezahlen. Ich glaube aber, daß es an den bestehenden Verhältnissen und an der Denkungsart unserer Wähler vorbeigeinge,

wenn wir etwa unsere Erwartungen höherschrauben würden. Aber es ist eine einfache Rechnung, die ergibt, daß selbst bei einem Mitgliederbestand von 500.000 und einem regelmäßigen durchschnittlichen Beitragsaufkommen von DM 0,50 im Monat im Jahr nur eine Summe von 3 Millionen DM zur Verfügung steht. Dieses Geld reicht vielleicht gerade aus, um die fortlaufende Arbeit in den Landesverbänden finanziell zu decken, wobei die hauptamtlichen Kreisgeschäftsführer nicht berücksichtigt sind. Es ist also sinnlos, die Finanzierung auch nur eines Teiles der Vorschläge, die vorgelegt wurden, aus Mitgliederbeiträgen abdecken zu wollen.

Die Diskussion über die Finanzierung geht nach dieser Einsicht über zum Thema der Spenden. Gestatten Sie mir auch hier einige Bemerkungen: Die Beträge, die heute durch Spenden aufgebracht werden, reichen gerade aus, die bisher bestehende Organisation und ihre Arbeit, die unzureichend sind, mit viel Nöten und Sorgen abzudecken. Dabei ist zu berücksichtigen, daß ein beachtlicher Teil dieser Gelder viel eher Spenden für den Herrn Bundeskanzler persönlich darstellen als Spenden für die CDU. Ich glaube nicht, daß wir berechtigt sind anzunehmen, daß diese Spenden im gleichen Umfange weiterfließen, wenn die Partei keinen Bundeskanzler Dr. Adenauer mehr hat. Ich möchte noch auf etwas Zweites aufmerksam machen: Ich glaube nicht, daß wir immer mit der bisher geübten Zurückhaltung der Spender rechnen können, mit den Spenden Wünsche oder gar Bedingungen zu verbinden. Darüber hinaus ist zu berücksichtigen, daß es nur schwer vertretbar ist, die finanzielle Grundlage der Partei und die Organisationsarbeit so labil zu belassen, wie sie es zwangsläufig sein müssen, wenn sie zu einem guten Teil auf Spenden beruhen. Auch diese Bedenken werden bei jeder Diskussion über die Parteifinanzierung erkannt und anerkannt, und deswegen pflegt hier die Diskussion überzugehen zu Erwägungen, die Arbeit der Partei aus öffentlichen Mitteln zu finanzieren. Hier kommen dann berechtigterweise grundsätzliche und politische Bedenken, und damit beginnt die Diskussion wieder von vorne bei den Mitgliederbeiträgen, um über die Problematik der Spenden wieder bei der Finanzierung durch öffentliche Mittel zu landen.

Es hat im Rheinland schon einmal eine ausführlichere Diskussion im Beisein von Innenminister Schröder über das Thema der Finanzierung stattgefunden, und das Ergebnis dieser Diskussion war, daß die Finanzierung der Parteien und unserer Partei auf drei Säulen beruhen müsse: 1. auf den Mitgliederbeiträgen, 2. auf den Spenden und 3. auf der Finanzierung bestimmter Aufgaben der Parteien durch öffentliche Mittel.

Zum letzten Punkt möchte ich zwar keine konkreten Vorschläge machen, aber doch folgende Gedanken zur Erwägung geben: Es sollte sehr sorgfältig überprüft werden, ob die Finanzierung von Wahlkreisgeschäftsstellen nicht über den Etat des Bundestages möglich ist. Ich denke dabei daran, daß in den Etat des Bundestages Mittel eingesetzt werden, mit denen es möglich ist, für jeden Abgeordneten ein Büro in seinem Wahlkreis zu errichten und zu unterhalten. Mit der Durchführung dieser Aufgabe könnte die Fraktion betraut werden. Darüber hinaus sollte es möglich sein, den Fraktionen wesentlich mehr Mittel als bisher zur Verfügung zu stellen, damit sie in der Lage sind, die notwendige Anzahl von hauptamtlichen Fachkräften

anzustellen, die zur Durchführung der Aufgaben, wie sie heute den Fraktionen gestellt sind, erforderlich ist. Dies würde nicht nur zu einer sehr wünschenswerten Entlastung der einzelnen Abgeordneten führen, sondern gleichzeitig zu einer Entlastung der Bundesgeschäftsstelle, da diese Fachkräfte, soweit dies für die publizistische und propagandistische Arbeit der Bundesgeschäftsstelle notwendig ist, dieser zur Verfügung gestellt werden könnten.

Damit bin ich mit meinen Ausführungen am Ende. Ich bin zu diesen Vorschlägen aufgrund dreijähriger Beobachtungen und Erfahrungen gekommen und nachdem ich mich sehr eingehend mit der Geschichte der deutschen Parteien seit 1870 beschäftigt habe. Ein Teil dieser Vorschläge ist bereits mit den Landesgeschäftsführern diskutiert worden. Ich bitte deswegen den Vorstand, sich sehr eingehend und kritisch mit diesen Vorschlägen zu befassen und geeignete Maßnahmen zu beschließen, die die Durchführung dieser Vorschläge, soweit sie dem Vorstand nützlich erscheinen, ermöglichen.

*Adenauer:* Meine Damen und Herren! Wir danken Herrn Heck sehr für diese Arbeit, die – das ist wohl der Eindruck von Ihnen allen – eine wirklich gute Leistung ist. Über sie ausführlich zu diskutieren, ist natürlich ungewöhnlich schwer, weil er in seinem Vortrag die verschiedensten Fragen ansprechen mußte. Ich weiß nicht recht, wie wir weiterkommen sollen, aber ich möchte Ihnen vorschlagen, daß vielleicht der eine oder andere dem Herrn Heck eine Anregung gibt, diesen oder jenen Punkt zu ergänzen oder ihn auch wegzulassen. Wenn Sie damit übereinstimmen, dann lassen Sie mich zunächst das Wort ergreifen.

Ich gehöre zu denjenigen unter uns, die das Entstehen der Partei von Anfang an miterlebt haben. Ich habe manchmal Sorgen, daß wir trotz der Jungen Union in manchen Kreisen überaltert sind. Nach dem, was ich höre, aus diesen oder jenen Kreisen, sitzen dort die Herren, die im Jahre 1946 die Partei gegründet haben, festgemauert auf ihren Stühlen und lassen überhaupt niemand anders an die Sache heran. Sie sehen darin eine gewisse Ehre, daß sie die Sache machen. Sie bekommen dadurch auch ein gewisses Ansehen, aber die Jugend kommt nicht heran. Und hierauf muß ganz allgemein geachtet werden.

Dann hat Herr Heck immer von der Fraktion gesprochen. Ich nehme an, daß er die Bundestagsfraktion gemeint hat. Es gibt aber auch Landtagsfraktionen, und es wird auch in den Landtagen in gewissem Umfange politisch gearbeitet. Ich würde es daher sehr begrüßen, Herr Heck, wenn Sie Ihre Ausführungen auch auf die Landtagsfraktionen ausdehnten.

Was die Bundestagsfraktion angeht, so ist sie mit das wichtigste oder das wichtigste parlamentarische Organ, das wir haben. Es ist aber eine offene Frage, inwieweit sich die Bundestagsfraktion in ihren Entschlüssen bestimmen läßt oder bestimmen lassen könnte von den Ansichten der Partei. Die Bundestagsfraktion spielt wohl eine wichtigere Rolle als der Parteivorstand, auch als der Parteiausschuß. Sie muß auch diese Rolle spielen, weil sie ja doch den Gesetzen, die beschlossen werden, viel nähersteht als im Durchschnitt ein Mitglied des Parteivorstandes oder des Parteiausschusses. Vielleicht schreiben Sie auch darüber einmal etwas, Herr Heck,

nach Rücksprache mit den Herren Kiesinger, Krone und einigen anderen Herren der Fraktion, die hier anwesend sind. Ich sehe die Herren Hellwig und Pferdenges.

Ich beobachte die Arbeit der Fraktion doch oft mit einer gewissen Sorge. Ich gebe ohne weiteres zu, daß es eine ungemein schwere Aufgabe ist, eine so große Fraktion fest in der Hand zu haben. Ich möchte dazu noch etwas anderes sagen. Ich halte es für ausgeschlossen, daß der Durchschnittsabgeordnete – ich sage Durchschnittsabgeordnete –, wenn ein etwas schwieriges Gesetz kommt, in der Lage ist, wirklich zu erkennen, warum ein solches Gesetz gemacht werden soll; er kennt nicht die Vorgeschichte usw. Daher komme ich auf das zurück, was ich schon im Parlamentarischen Rat für notwendig gehalten habe. Sie haben es eben angedeutet, aber es ist nicht durchgeführt worden.

Nach meiner Meinung ist es absolut notwendig, daß das Büro der Fraktion eine Anzahl von entsprechend geschulten Kräften für je einen Aufgabenbereich bekommt, die in der Lage sind, den Abgeordneten wirklich ein leicht faßbares Exposé über das zu geben, was in dem Gesetz steht. Sie müssen ihnen weiter die nötige Literatur verschaffen und Erläuterungen dazu geben, warum es zu dem Gesetz gekommen ist. Ich bedaure viele Abgeordnete, wenn sie so ein Gesetz in die Hand bekommen, das sie nun durcharbeiten sollen. Das ist eine sehr schwierige und sehr zeitraubende Aufgabe.

In der Regel geht es so, daß man sich, wenn man nicht ein ganz besonderes Interesse für die betreffende Frage hat, davon distanziert und dann die Sache laufen läßt, so daß schließlich in einer so großen Fraktion die Arbeit hängenbleibt auf ganz wenigen Leuten, die dann total überlastet sind. Ich würde es also wirklich begrüßen, wenn man – verzeihen Sie den Ausdruck – das Gesetzesfutter den einzelnen Abgeordneten in etwas schmackhafterer Form durch eine Ausdehnung der Fraktionsarbeit zuführen könnte, damit der Durchschnittsabgeordnete auch in der Lage ist, die Bedeutung des Gesetzentwurfes sehr schnell zu verstehen, ohne daß er sich lange damit abzumühen braucht.

Wenn ich nun noch einmal zu den Abgeordneten kommen darf, dann höre ich aus einer Reihe von Wahlkreisen immer wieder Klagen darüber, daß die Abgeordneten, wenn sie gewählt sind, den Wahlkreis nicht mehr kennen und daß sie sich erst wieder einige Wochen vor der Wahl bekanntmachen. Es gibt natürlich auch andere, aber ich glaube, unsere Abgeordneten müssen doch in stärkerer Weise als bisher Sprechtag in ihren Wahlkreisen einrichten, um sich mit den Angelegenheiten ihres Wahlkreises zu befassen, damit der Wähler auch die Tätigkeit und die Persönlichkeit des Mannes kennenlernt, den er gewählt hat. Ich will hier niemandem zu nahe treten, aber ich habe den Eindruck, als wenn die Abgeordneten anderer Fraktionen auf diesem Gebiet tätiger wären. (*Bewegung.*) Sie schütteln den Kopf. Ich meine auch keine Persönlichkeit, aber ich habe doch den Eindruck, daß in anderen Fraktionen – nicht in allen Fraktionen – auf dem Gebiet mehr geleistet wird als bei uns. Das zeigt sich auch, wenn Sie es einmal nachprüfen. Ich bin bereit, Ihnen eine Statistik darüber geben zu lassen, daß der Prozentsatz – Herr Krone, bitte verbessern Sie mich, wenn ich etwas Falsches sage, ich will niemanden verleumden oder schlecht von ihm reden

– der Fehlenden in unserer Fraktion größer ist als der Prozentsatz der Fehlenden in den anderen Fraktionen. (*Wuermeling*: Vor allem bei der letzten Abstimmung!) Bei der entscheidenden Abstimmung, die wir am Freitag hatten, fehlten von unserer Fraktion mehr oder weniger entschuldigt 56!<sup>66</sup> Diese Abstimmung war insofern entscheidend, als bei einem Durchkommen des sozialdemokratischen Antrages, die Pariser Verträge zu stoppen, dies eine nicht auszudenkende Wirkung im Ausland gehabt haben würde. Es fehlten von unserer Fraktion also 56. (*Zurufe*: Hört! Hört!) Bei den Sozialdemokraten fehlten 9! Natürlich, die sozialdemokratische Fraktion ist erheblich kleiner, aber wenn Sie das auf denselben Nenner bringen, dann hätten bei uns 14 oder 15 fehlen dürfen, aber es fehlten sage und schreibe 56! Fast jedes Mal, wenn eine wichtige Abstimmung stattfindet, und es wird Freitag oder überhaupt Abend, dann sieht man große Lücken in unserer Fraktion, während bei der SPD diese Lücken nicht sind. Das zeigt sich ganz klar. (*Bewegung*.) Sie haben mich dazu gereizt; ich wollte das nicht sagen. (*Heiler*: Ich meine im Wahlkreis!) Der Mensch ist ein einheitliches Wesen, und wer nicht an den Bundestagsverhandlungen teilnimmt, der tut auch in seinem Wahlkreis nicht viel. Faul ist faul, und fleißig ist fleißig! (*Heiterkeit*.)

Was die Zeitungen angeht, so ist das wirklich ein sehr ernstes und trauriges Kapitel. Ich möchte jetzt als Bundeskanzler zu Ihnen sprechen. Ich muß Ihnen sagen, zu Zeitungen und zu Journalisten ein gutes Verhältnis zu bekommen, das ist fast ein Ding der Unmöglichkeit; es sei denn, man bezahlt dafür mit Neuigkeiten. Wenn ich die Journalisten mit Neuigkeiten versehe, dann tun sie mir auch einen Dienst, aber wenn ich sie nicht damit versehe, dann tun sie mir keinen Dienst. Das ist vielleicht etwas allgemein gesprochen, aber ich glaube, es ist richtig so. Man kann sich mit den Journalisten als CDU-Mann oder als Bundeskanzler, der zur CDU gehört, so viel Mühe geben wie man will, die meisten Journalisten sind der Auffassung, es gehöre zur Geistigkeit, nicht zur CDU zu gehören und die CDU nicht so stark zu unterstützen. Das ist ein Vorurteil dieser Leute, mit dem wir immer wieder zu kämpfen haben.

Deshalb begrüße ich sehr den Vorschlag von Herrn Heck, die geistigen Kräfte, die mit unserer Anschauung übereinstimmen, viel mehr zusammenzubringen als bisher, vielleicht in der Form, wie Sie es vorgetragen haben, damit man in den „aufgeklärten“ Kreisen sieht, daß wir geistige Potenzen haben und wir nicht nur alle dumme Leute sind, die zu wenig aufgeklärt sind.

Für sehr gut halte ich die Anregung von Herrn Heck bezüglich des fremdsprachlichen Dienstes. Da hat er einen Finger auf eine offene Wunde gelegt. Die Sozialdemokraten – er hat das richtig ausgeführt – haben in London und in Washington eine Filiale.<sup>67</sup> Sie tun ungeheuer viel. Wir sind auch darin von einer zu großen Bescheidenheit und Zurückhaltung.

---

66 Vgl. Anm. 18.

67 Nicht zu ermitteln. – Möglicherweise handelt es sich um SPD-Mitglieder, die nach 1933 ins Exil gingen und als Verbindungsleute betrachtet wurden.

Wir sind weiter noch etwas – jetzt weiß ich, daß ich nicht bei Ihnen allen auf Beifall stoße – zu föderalistisch bei uns. Das ergibt sich aus der Natur der Sache. Die Länder waren vor dem Bundestag da. Und so waren die Landesparteien vor der Bundespartei da. Wenn es umgekehrt gekommen wäre, wenn zuerst die Bundespartei dagewesen wäre, dann hätten wir unbedingt dafür gesorgt, daß die Landesparteien von vornherein in sehr engem Kontakt mit der Bundespartei gestanden hätten. Das ist jetzt leider nicht der Fall. Der eine weiß vielfach nicht vom anderen, was er tut. In den Ländern wird eine besondere Politik und im Bund eine besondere Politik betrieben. Dabei gehören wir doch alle derselben Partei an, und unser aller Arbeit gilt auch derselben Partei. Ich würde davon abraten, die Bundestagsbüros in den Wahlkreisen finanzieren zu lassen. Verehrter Herr Heck, wenn Sie wüßten, wie groß der Unmut in den weitesten Kreisen der Bevölkerung über die Kosten des Bundestages ist, dann hätten Sie einen solchen Vorschlag nicht gemacht. Wir schaden damit der Demokratie. Man muß sehen, was sich tun läßt. Aber auf diesem Wege geht es nach meiner Meinung nicht.

Die weltanschauliche Grundlage unserer Partei ist von Herrn Heck so gekennzeichnet worden, daß es zunächst die Reaktion gegen den Nationalsozialismus gewesen sei. Er hat vollkommen recht damit. Diese Reaktion trat ein, und es fanden sich Christen beider Bekenntnisse zusammen, die von der Überzeugung durchdrungen waren, daß auf der Grundlage der christlichen Weltauffassung am besten Politik zu machen sei. Seit der Zeit haben sich die Dinge geändert, denn die Erinnerung an den Nationalsozialismus verschwindet immer mehr, und zwar bei jedem von uns. Die Menschen vergessen vieles von dem, was ihnen an Schlechtem widerfahren ist. Und das ist auch gut so. Wir sollten das auch nicht in unserem Innern anhäufen, aber wir müssen doch der Gefahr der Zukunft ins Auge sehen und uns deswegen mehr auf unsere weltanschauliche Grundlage besinnen.

Ich sehe als die größte Gefahr nicht nur für das deutsche Volk, sondern auch für alle europäischen Völker die materialistische Weltauffassung an. Das ist nach meiner Überzeugung der große Feind, der noch für Jahrzehnte hinaus uns alle bedrohen wird und der – machen wir uns das klar – fast alle Leute ergreift, vielleicht manche, ohne daß sie es merken. Wir müssen also die Bevölkerung über die Folgen der materialistischen Weltauffassung ganz anders aufklären als bisher. Wir müssen die Konsequenzen ziehen und sagen: Weg damit! Die christliche Weltanschauung ist richtig! Mir schwebt vor – und ich hoffe, irgendwie die Gelder dafür zu bekommen –, ein Institut einzurichten, das sich lediglich dieser Aufgabe widmet, nicht innerhalb der CDU, sondern ganz allgemein, um der Menschheit zu zeigen, wie die materialistische Weltanschauung fortschreitet und allmählich über alles hinwegzugehen droht. (*Wuermeling*: Die Abendländische Akademie ist schon da!<sup>68</sup>) Ja, Abendländische

---

68 1952 gegründet (zunächst München, dann Nürnberg) mit dem Ziel, die übernationale europäische Zusammenarbeit durch Kenntnis und Verbreitung der seit dem Mittelalter gewachsenen kulturellen Inhalte zu fördern. Die Veröffentlichungen der Vorträge und

Akademie! Aber ich möchte etwas anderes, Herr Wuermeling! Ich darf noch einmal wiederholen: Die Menschen sind doch heute nicht so, daß sie sich positiv ansprechen lassen. Es genügt nicht mehr, nur zu sagen, wir kommen vom Christentum und vom Humanismus her, wir wollen die Freiheit der Person usw., sondern mir schwebt vor ein Institut, das laufend die Menschen darüber unterrichtet, was unter der Herrschaft des Materialismus in der Welt in den letzten Jahrzehnten geschehen ist.

Welche Zeitung bringt etwas darüber, was in der Ostzone geschieht? Wer bringt etwas darüber, was in Sowjetrußland, in der Tschechoslowakei, in Polen usw. geschieht? Welche Zeitung bringt etwas darüber, was im kommunistischen China geschieht? Wer macht den Menschen klar, welches Gut die abendländische Weltauffassung ist, die freiheitliche Weltauffassung?

Ich habe mich etwas hinreißen lassen. Ich habe nun einen Gedanken, der mir schon sehr lange vorschwebt, der einmal ganz objektiv und überparteilich zur Geltung gebracht werden muß; denn bei der großen Gefahr, in der wir stehen – und vor allem, wenn Sie an das Schicksal der Menschen denken, die davon betroffen werden –, ist es doch geradezu grauenhaft, daß wir so tun, als ob gar nichts wäre! Neulich war – ich sage jetzt etwas über die beiden christlichen Kirchen – die Jugendweihe in der Sowjetzone. Sicher ist früher einmal, wenigstens weiß ich das von der katholischen Kirche, ein Hirtenbrief oder etwas Ähnliches darüber verkündet worden, wahrscheinlich auch von der evangelischen Kirche, aber an dem Tag, an dem die Leute in der Sowjetzone diese Feuerprobe bestehen mußten, hat – soviel ich weiß – keine christliche Kirche etwas darüber gesagt. Da hätten wir ein Gebet sprechen müssen für die Leute in der Sowjetzone, die an diesem Tag einen geradezu heldenhaften Mut bewiesen haben.

Aber wir tun in unserem wohlbehüteten Raum – der alles andere als wohlbehütet ist – so, als wenn alles gut wäre in der Welt! Wir müssen nach meiner Meinung viel mehr als bisher – und das geht über die Aufgaben der Partei hinaus – zeigen, wie es in einer dem Materialismus verhafteten Welt aussieht und wie die Abarten des Materialismus, unter denen wir leiden – d.h. die Überschätzung des Materiellen im Besitz, im Genuß usw. –, einen Boden bereiten für die Aufnahme dieses Giftes vom Osten her.

Was die Finanzierung angeht, so hat Herr Bach – der mir gerne eine Freude macht – mir, während Herr Heck sehr schön vortrug, die Übersicht über das Jahr 1954 gegeben, und zwar Abonnements vom „Wirtschaftsbild“, Spenden, sonstige Einnahmen und Erträge usw. Das sind erschreckende Ziffern. Während wir im Jahre 1952, das kein Wahljahr war, insgesamt DM 4.036.000,- und im Wahljahr 1953 DM 5.448.000,- als Eingang verbuchen konnten, sind im Jahre 1954 nur DM 3.065.000,- eingegangen. Damit kann man natürlich diese Aufgaben und namentlich die dringend notwendige Erweiterung dieser Aufgaben in keiner Weise finanzieren.

---

Gespräche der Jahrestagungen sowie sonstiger Schriften erfolgte durch den Verlag Neues Abendland München. Erster Vorsitzender war Professor Dr. Frhr. Friedrich August von der Heyde (Materialien in NL Wuermeling ACDP I-221-033).

Wenn ich dem gegenüberhalte, daß vor wenigen Monaten sieben Reifenfirmen 3,5 Millionen aufgebracht haben, um ein Gesetz der Bundesregierung in ihrem Sinne umzuändern im Parlament<sup>69</sup>, dann muß ich sagen, ist das 1. für die Demokratie ein entsetzlicher Schlag, 2. ist es ein Beweis dafür, daß das Geld doch eine Rolle spielt. Nach meiner Auffassung hat unsere Partei nach dem Zusammenbruch des Nationalsozialismus von einer höheren Gewalt die Aufgabe übertragen bekommen, dieses Volk zu retten. Wenn wir es nicht retten, dann rettet es keine andere Partei. Dann werden die Deutschen erledigt sein. Dann wird auch Deutschland dahinsinken. Dann wird auch das ganze christliche Abendland dahingehen. Sehen Sie, meine verehrten Damen und Herren, wie es mit dem MRP in Frankreich aussieht; äußerst schlecht, kein nennenswerter politischer Einfluß. Sehen Sie, wie es in Italien aussieht. Man kann in Sorge sein, daß die Democrazia Cristiana auch öffentlich gegeneinandergeht.

Wir sind bisher intakt geblieben. Wir haben auch etwas geleistet, auf das wir stolz sein können, aber wir dürfen unter keinen Umständen die Hände in den Schoß legen und glauben, daß das immer so weiterginge. Herr Heck hat mit Recht darauf hingewiesen, daß ich heute noch bin und morgen nicht mehr bin. Es wäre dumm von mir, wenn ich nicht ruhig zugeben wollte, daß vieles von dem, was geleistet und gespendet wird, auf meine Person zurückzuführen ist, aber Sie kennen mein Alter und wissen, daß jeder Mensch heute ist und morgen nicht mehr dasein kann. Es ist erschreckend, wenn [sich] nur auf eine Person etwas auswirkt und aufbaut.

Das ist leider Gottes zum Teil bei uns der Fall; es ist eine Tatsache, die mich innerlich außerordentlich bedrückt. Daher ist eine wirklich durchgreifende Reorganisation und eine Vervollständigung unserer Partei in der Weise, wie sie im großen und ganzen von Herrn Heck angedeutet worden ist, wozu ich noch einiges hinzufügen konnte, eine absolut dringende Notwendigkeit. Das ist eine Aufgabe, der sich jeder von uns widmen muß mit ganzer Kraft, sonst werden wir nach einer kurzen Blütezeit nicht mehr sein. Und das, was dann kommen würde in Deutschland, das möchte ich mir gar nicht ausmalen.

Ich bitte daher, den Vortrag von Herrn Heck zu vervielfältigen und allen zuzuschicken. Ich möchte auch von meinen Ausführungen, die ich ja bekommen werde, noch einiges dazutun. Ich bitte auch Sie, sich noch zu dieser Angelegenheit zu äußern, damit wir ein Konvolut von Vorschlägen und Anregungen haben, so daß wir uns in einer der folgenden Vorstandssitzungen mit dieser Frage einmal in extenso beschäftigen können; denn es ist die wichtigste aller Fragen für unsere Gesamtpartei. (*Lebhafter Beifall.*)

*Scharnberg:* Herr Bundeskanzler! Ich bin dem Vorstand schuldig, einen kurzen Bericht über einen Ausschuß zu geben, der vor einiger Zeit vom Vorstand eingesetzt worden ist zur Prüfung der Finanzierungsfragen der Partei. Wir haben aus diesem Kreis an die Bundestagsfraktion die Empfehlung gegeben, anläßlich der Steuerreform in die Einkommen- und Körperschaftsteuergesetze eine Bestimmung aufzunehmen,

---

<sup>69</sup> Vgl. Nr. 7 Anm. 24.



nach der Spenden an die politischen Parteien als staatspolitisch wichtige Angelegenheit abzugsfähig gemacht werden können. Das war bisher nicht so ganz einwandfrei, wie Sie wissen. (*Adenauer*: Einwandfrei war es, aber nicht einfach!) Es war vorher nicht ganz einwandfrei mit diesen Spenden. Es gab einige Fördervereinigungen in den Ländern, wo diese Sache ungeklärt war. Diese Bestimmung ist nun gemacht worden. Leider fehlen noch die Ausführungsbestimmungen. Ich habe deswegen Herrn Oeftering<sup>70</sup> gebeten, das zu beschleunigen, damit die Dinge nach dieser Richtung geklärt werden.

Es ist dann im Ausschuß ein weiterer Gesprächsgegenstand die Frage gewesen, ob man nicht durch einen Staatsbeitrag das ganze Problem der Finanzierung der politischen Parteien klären solle. Ich kann dazu sagen, daß uns hierbei eine Rede des Herrn Schäffer gestört hat, der zum Ausdruck brachte, er sei der Meinung, daß diese Spendenwirtschaft eine Gefahr für die politischen Parteien darstelle, und zwar nach der Richtung der Korrumpierung hin. Daher sei er durchaus für die Einrichtung einer Staatsfinanzierung der politischen Parteien. Diese Rede des Herrn Schäffer hat nun, wie ich höre, auf die Landes- und Kreisgeschäftsführer so gewirkt, daß sich ihre Arbeit hinsichtlich der Finanzierung ein bißchen verlangsamt hat.

An sich liegen die Dinge ja so, daß die Finanzierung bisher durchaus unzureichend ist und daher die Aufgaben, von denen Herr Heck gesprochen hat, z.Z. nicht durchgeführt werden können. Im großen und ganzen kann man sagen, diejenigen Herren, die mit der Finanzierung zu tun haben, neigen zu einer Staatsfinanzierung, diejenigen aber, die es parlamentarisch durchsetzen sollen, haben große Bedenken.

*Bach*: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Sie haben den Ausführungen des Herrn Heck Beifall gezollt und damit zum Ausdruck gebracht, daß Sie die Durchführung seiner Vorschläge für notwendig halten. Der Herr Bundeskanzler war so liebenswürdig, die Zahlen bekanntzugeben, die unsere Einnahmen im letzten Jahre darstellen. Sie sind deswegen erschreckend, weil sie um eine Million unter den Einnahmen des Jahres 1952 geblieben sind. Die Zahl des Jahres 1953 spielt keine Rolle, weil damals die Bundestagswahlen waren. Wenn Sie berücksichtigen, daß wir im Jahre 1954 vier Landtagswahlen gehabt haben, daß weiter eine Lohnerhöhung von 20 bis 30 % im Durchschnitt erfolgt ist, dann werden Sie mir zugeben, daß der Parteiapparat damit nicht zu finanzieren ist, geschweige dann eine wirkliche Arbeit, wie sie von Herrn Heck vorgetragen wurde, geleistet werden kann.

Ich habe einmal ausgerechnet, wieviel Geld notwendig ist, um unseren Aufgaben auf Kreis-, Landes- und Bundesebene gerecht zu werden. Hierbei bin ich auf 13,2 Millionen DM pro Jahr gekommen, und zwar einschließlich der notwendigen Wahlgelder, die ich mit 3 Millionen eingesetzt habe. Wir haben bei der letzten Bundestagswahl 3 Millionen gebraucht. Es wären für die laufenden Aufgaben, wenn wir sie einigermaßen

---

70 Dr. Heinz Maria Oeftering (geb. 1903), 1945–1950 Präsident des Rechnungshofs von Rheinland-Pfalz, 1950–1957 Ministerialdirektor im Bundesfinanzministerium, 1957–1972 Vorstandsvorsitzender der Deutschen Bundesbahn, 1948 Honorarprofessor für Steuerrecht.

gründlich ausführen wollten, etwa 9 Millionen jährlich notwendig. Weil ich weiß, daß das eine Phantasiezahl ist, habe ich sie herabgedrückt auf 6,2 Millionen. Das ist aber das Mindestmaß, wenn wir unseren Aufgaben auch nur einigermaßen gerecht werden wollen. Demgegenüber stehen die tatsächlichen Einnahmen von 3 Millionen. Damit können unsere Aufgaben nicht erfüllt werden. Ich halte es daher für eine graue Theorie, sich über die Arbeiten zu unterhalten, ohne sich zunächst darüber klar zu sein, wie man die Mittel beschaffen soll, damit die Arbeiten auch ausgeführt werden können. Ich muß Ihnen ehrlich sagen, ich habe in diesem Jahr manche schlaflose Nacht gehabt, weil ich nicht wußte, woher ich die Gelder nehmen sollte, um die Gehälter zu zahlen.

Ich habe als sozial denkender Mensch ein sehr schlechtes Gewissen, wenn ich mir die Gehälter unserer Angestellten ansehe und sie vergleiche mit den Gehältern, die sonst üblich sind. Ich würde mich schämen, in meinem kleinen Betrieb solche Gehälter meinen Angestellten und Arbeitern anzubieten. Das muß einmal ganz offen gesagt werden! Wenn wir von den Menschen, die hauptamtlich für die Partei tätig sind, eine wirkliche Arbeit verlangen, dann müssen wir ihnen auch die Möglichkeit geben, einigermaßen in ihrer Existenz gesichert zu sein. Man kann doch von einem Mann, der nicht weiß, ob er im nächsten Monat auf der Straße liegt oder ob er sein Gehalt zu 50 % am 1. und zu 50 % am 15. bekommt, keine Leistung verlangen. Diese Dinge wirken sich doch sehr stark auf die Leistungsfähigkeit der Menschen aus.

Wir haben eine Menge von Persönlichkeiten, die für unsere Arbeit ausgezeichnet zu gebrauchen wären, nicht genommen, weil wir nicht in der Lage sind, sie so zu bezahlen, wie es notwendig wäre.

Wir müssen uns also über das Problem, wie wir die Finanzierung sichern und durchführen, sehr ernsthaft unterhalten. Es ist von der Staatsfinanzierung gesprochen worden. Ich bin früher ein Gegner davon gewesen, aber ich habe mich inzwischen dazu bekehrt. Ich bin der Ansicht, daß, wenn die Parteien Träger des Staates sind – und das sind sie nach dem Grundgesetz –, der Staat auch das größte Interesse daran haben muß, daß diese Träger des Staates wirtschaftlich so unabhängig sind, daß sie ihre Aufgaben erfüllen können. Ich möchte ein praktisches Beispiel aus dem Vortrag von Herrn Heck herausgreifen und wäre Ihnen dankbar, wenn wir hier zu einem Beschluß kämen, nämlich die Mitgliederbeiträge durch das „Monatsblatt“ einzuziehen. Der Beitrag ist sehr gering. Es wäre zu überlegen, ob wir diesen Beitrag sofort an die Kreise zurückfließen lassen. Darüber müssen wir uns aussprechen. Man sollte, um die Kreise zu aktivieren und ihren Mitgliederstand zu stärken, den Beitrag an sie zurückfließen lassen.

In der Stadt ist die Einziehung des Beitrages einfach, aber auf dem Lande ist es schwierig. Wir haben 186 Orte mit 2.400 Mitgliedern. Sie können sich ausrechnen, was da die Einziehung des Beitrages kostet. Wenn wir die Einziehung der Beiträge mit dem „Monatsblatt“ verbinden, dann wird es billiger, und es werden Kräfte frei zur Mitgliederwerbung. Wir haben auch die Garantie, daß die Mitglieder das Blatt sofort nach dem Erscheinen bekommen und daß gleichzeitig die DM 0,55 eingezogen

werden. Es wäre also sehr wichtig, wenn wir hier zu einem Ergebnis kämen. Der Ausbau der Organisation ist unbedingt notwendig. Das, was Herr Heck gesagt hat, nämlich 5 % der Wähler als Mitglieder zu gewinnen, d.h. auf 500.000 Mitglieder zu kommen, muß unser Ziel sein.

*Tillmanns:* Es ist sicher richtig, daß alle die Aufgaben, von denen Herr Heck gesprochen hat, erst dann in Angriff genommen werden können, wenn sie finanziert werden. Insofern ist die Frage der Finanzierung eine Schlüsselfrage. Aber wir sollten heute die Diskussion nicht allein auf die Finanzierung beschränken. Es sind so viele wichtige sachliche Punkte in dem Referat erwähnt worden, daß wir die Diskussion über die sachlichen Notwendigkeiten nicht zu kurz kommen lassen sollten. Das soll natürlich nicht bedeuten, daß die Finanzierungsfrage zurückgestellt wird.

Ich möchte vor allem auf den Vorschlag von Herrn Heck hinweisen, daß wir versuchen sollten, in den kleinsten Bezirken einen Vertrauensmann oder zwei Vertrauensmänner zu gewinnen. Wir müssen dabei überlegen, ob der aus der Tradition erwachsene Aufbau mit Ortsgruppen, Kreisen usw. heute noch der soziologischen Wirklichkeit entspricht. Ich habe manchmal das Gefühl – ich kann nur von meinem Landesverband sprechen –, daß die Ortsgruppen nicht mehr das sind, was sie eigentlich sein sollten, nämlich die Mitglieder heranziehenden und Freunde heranholenden Körperschaften, die nach außen missionarisch wirken. Sie wirken leider eher abstoßend als anziehend. Wie oft erlebe ich, daß Leute, die Interesse an der CDU haben, nach zwei Monaten, wenn sie einige Male in den Versammlungen der Ortsgruppe gewesen sind, sagen, da gehe ich nicht noch einmal hin.

Ich will damit nichts Kritisches sagen, aber ich frage, ob die überkommenen Ortsgruppen noch das entscheidende Element sind, das uns die Menschen zuführt. Das hängt mit den Dingen zusammen, die von der modernen gesellschaftlichen Situation bestimmt werden. Klaus von Bismarck<sup>71</sup> pflegte das zu nennen: die Gespaltenheit des modernen Menschen in seiner Existenz. Der Mensch lebt vielfach, wenn er in seinem Beruf – weit von seinem Wohnsitz und seiner Familie entfernt und getrennt – in einer anderen Stadt oder in einem anderen Ort arbeitet, in zwei getrennten Bereichen. Er ist höchstens abends kurze Zeit mit seiner Familie zusammen, und auch das ist noch sehr oft gestört.

Diese Tatsache stellt auch unsere Partei vor eine neue Situation. Die Ortsgruppe beruht auf der Vorstellung, daß der Mensch mit seiner Familie und seinem Beruf noch eins ist. Das aber stimmt heute zum großen Teil nicht mehr. Erst wenn wir Vertrauensleute gewinnen, die sich als Einzelmenschen verantwortlich fühlen, in den kleinsten Bezirken tätig zu sein, dann kommen wir weiter in der Gewinnung

---

71 Klaus Hans Herbert von Bismarck (geb. 1912), 1949 Leiter des Sozialamts der Evangelischen Kirche Westfalens, 1955–1962 Mitglied des Präsidiums und 1977–1979 Präsident des Deutschen Evangelischen Kirchentags, 1957–1964 Präsident der Gesellschaft für Sozialen Fortschritt in der Bundesrepublik Deutschland, 1961–1976 Intendant WDR, 1977–1989 Präsident des Goethe-Instituts.

von Menschen. Das würde bedeuten: Vertrauensleute in den Arbeitsstätten! Die Kommunisten machen das – ich will das nicht als Vorbild hinstellen – mit einer radikalen Umstellung der Arbeitsmethoden. Sie haben drüben in ihrer Sucht, alles totalitär zu erfassen, sogar Hausgemeinschaften gebildet. Es gibt in jedem Haus einen Vertrauensmann. Wir sollten daraus lernen und versuchen, Leute zu gewinnen, die in einem Wohnbezirk oder in einem Betrieb für uns als ehrenamtliche Mitarbeiter zur Verfügung stehen. Das wäre eine wichtige Voraussetzung für unsere Arbeit, wenn wir an eine lebendige Aktion denken.

Ein anderer Gesichtspunkt! Wir haben beim Aufbau der Bundesgeschäftsstelle gemeint, es sei richtig, in der Bundesgeschäftsstelle soundso viele Fachreferate zu bilden. Die Frage ist, ob wir hier nicht rationalisieren können. Das könnte in den Landesverbänden ähnlich sein. Wenn wir hier Zusammenlegungen zwischen der Fraktion und der Bundesgeschäftsstelle vornähmen, so würde das für unseren Bundesschatzmeister eine Erleichterung bedeuten. Die hauptamtlichen Kräfte sollten mehr für die propagandistisch-organisatorisch-publizistische Arbeit eingesetzt werden; sie sollten mit den Kräften der Fraktion so zusammenarbeiten, daß wir hier nicht einen doppelten Aufbau haben. Hier könnte also noch rationalisiert werden.

Was der Herr Bundeskanzler zum Schluß ausgeführt hat, das hat mich – ich will nicht übertreiben – wirklich bewegt. (*Zurufe*: Sehr richtig!) Er hat wirklich die tiefsten Gründe und Gegebenheiten für die Situation der Christlich-Demokratischen Union dargelegt. Wir stimmen ihm vollständig zu, daß das, was die CDU einmal zum Entstehen gebracht hat, nämlich das Erschrockensein über das, was der Nationalsozialismus gebracht hat, heute nicht mehr in dem Maße vorhanden ist. Er hat mit Recht ausgeführt, daß wir erschrecken müssen über die Gefahr des Materialismus, der im Grunde genommen die gleiche geistesgeschichtliche Wurzel hat wie der Nationalsozialismus.

Seit dem Aufkommen des Rationalismus und des Materialismus ist durch die geistige Entwicklung in Europa eine Situation entstanden, eine Haltung, in der der Mensch sich selber absolut fühlt und keine Autorität über sich anerkennen will. Wir haben es zu tun mit der menschlichen Hybris, die überall zu finden ist; ob sie sich nun im Bolschewismus oder auch außerhalb des Bolschewismus zeigt. Sie findet sich auch bei sehr wohlhabenden Menschen des europäischen Abendlandes, die es vielleicht nicht einmal wissen. Wir haben es mit einem – wie es Dietrich Bonhoeffer<sup>72</sup> bezeichnet hat – Prozeß des Mündigwerdens des Menschen zu tun. Dieser Prozeß ist nicht rückgängig zu machen. Ihn aber nicht zur Gefährdung der menschlichen Existenz werden zu lassen, das scheint mir die große Aufgabe zu sein, die uns alle in der Christlich-Demokratischen Union zusammenfinden läßt. Deshalb bin ich sehr dankbar, daß der Herr Bundeskanzler so stark betont hat, hier müsse

---

<sup>72</sup> Dietrich Bonhoeffer (1906–1945), Bekennende Kirche, 1943 verhaftet und 1945 hingerichtet.

ein Mittel institutioneller Form gefunden werden, um die Menschen über die letzten Bindungen, die auch uns zusammengeführt haben, aufzuklären.

Ich habe nur eine Frage: Wäre es nicht doch gut, ein solches Institut zu verbinden mit der Arbeit der Christlich-Demokratischen Union, etwa mit dem, was Herr Heck als Bildungszentrum bezeichnet hat? Wenn dieses Bildungszentrum seine Aufgaben erfüllen soll, dann müssen sich dort Männer und Frauen, die zu einer solchen Arbeit fähig sind, zusammenfinden. Es bedeutet keinen Partei-Egoismus, wenn die CDU versuchen würde, in einem solchen Sinne das Bildungszentrum aufzufassen, um es tatsächlich innerhalb oder für die CDU zu entwickeln. Damit könnten wir für die Bildungsarbeit, die wir brauchen, den richtigen Boden finden. Ich wage nicht zu sagen: weltanschaulicher Boden; denn auch das Wort „weltanschaulich“ ist ein Kind des 19. Jahrhunderts. Wir haben es zu tun mit der Weckung der geistig-sittlichen Kräfte. Das geht über das Weltanschauliche hinaus bzw. es liegt tiefer als dieses.

Zur Frage der Finanzierung! In der Frage der Finanzierung übersehen wir leicht einen Kreis von Menschen, der zwischen den Normalsterblichen und den großen Spendern liegt. Das sind die Mitglieder oder Freunde, die durchaus in der Lage sind, mehr als eine Mark zu zahlen; sie sind aber nicht in der Lage, gleich ein paar tausend Mark zu spenden. Es müßte den Landesverbänden möglich sein, Mitglieder und Freunde zu finden – und wenn es nur ein paar hundert in jedem Landesverband sind –, die durchaus bereit sind, DM 20,- im Monat zu zahlen. Das wäre schon eine sehr schöne Hilfe. Ich nenne diese Leute den großen Kreis der kleinen Spender. Dieser Angelegenheit sollte man unbedingt mehr Aufmerksamkeit widmen.

*Hellwig:* Ich darf zwei Punkte anführen:

1. Es ist richtig, daß die Zahlen in den letzten Jahren einen Rückgang erfahren haben. Es sollte daher beachtet werden, daß offenbar auch in der organisatorischen Erfassung der Mitglieder etwas nicht gelungen ist. Die Gründe hierfür will ich nicht anführen.
2. Wie groß ist der Ausfall an Beiträgen, die nicht eingehen? Wie groß ist der Unterschied zwischen dem Ist und dem Soll des Beitrages? (*Adenauer:* Das kann man nicht feststellen! Ich weiß mehrere Fälle, wo von Mitgliedern überhaupt nichts eingeholt wird.) Das habe ich auch wiederholt gehört. Es wird dann gesagt, bei mir wird der Beitrag nicht kassiert, aber dafür will man eine Spende haben. Nach meiner Meinung stört es die Wirkung des Spenders, wenn der Einzug des Beitrages nicht gewährleistet ist. Ich möchte auch unterstreichen, daß die Fachreferenten der Bundesgeschäftsstelle von der Fraktion finanziell übernommen werden. Ich glaube, es würde der Fraktion ohne weiteres möglich sein, den jetzigen Fraktionsbeitrag des einzelnen von DM 30,- zu erhöhen. Der Satz von DM 30,- ist nach meiner Meinung beschämend gering im Vergleich zu dem hohen Beitrag, den andere Abgeordnete für ihre Fraktion zu zahlen haben. (*Majonica:* Die zahlen aber nichts an die Landesverbände. Die SPD zahlt nur an die Fraktion.) Die DM 30,- sind schon vor der Erhöhung der Diäten gezahlt worden. Es würde also im Zuge der Diäten möglich sein, eine Verdoppelung des Betrages vorzunehmen. Mit dieser Verdoppelung des Beitrages für die Fraktion würde

die finanzielle Basis für die günstige Verbuchung der notwendigen Fachreferenten auf den Etat der Fraktion möglich werden.

Ich denke, daß in der Pressearbeit gewisse Dinge unschwer gemacht werden können, wenn man z.B. uns nahestehende Leute und Journalisten zu den Sitzungen der Fachausschüsse regelmäßig hinzuzieht. Wir haben mit der Hinzuziehung von führenden Wirtschaftspublizisten, die uns nahestehen, gute Erfahrung gemacht. Sie bringen in dem von ihnen betreuten Teil der Presse eine gute Aufnahme dessen, was die CDU herausgebracht haben möchte.

Wir haben auch mit verschiedenen Gruppen und Organisationen zusammengearbeitet und sind an die Öffentlichkeit herangekommen, auch unter dem Namen der CDU, wenn auch nicht die Parteistellen die Träger dieser Veranstaltungen sind. Das sind z.B. die Volkshochschulen und andere Vortragseinrichtungen. Aus meiner beruflichen Arbeit der letzten Jahre kann ich bestätigen, daß das gedruckte Wort weit weniger ankommt und weniger Wirkung erzielt als das gesprochene Wort. Wir müssen in der Gesamtrichtung das gesprochene Wort – es braucht nicht der ausgefeilte Vortrag des großen Mannes zu sein – viel stärker herausstellen und entwickeln. Das sollte vor allem in der Schulungsarbeit unserer Geschäftsführer berücksichtigt werden. Es gibt im Augenblick drei bis vier Dutzend verschiedener Gruppen und Organisationen örtlicher Art, die aus einem echten Bildungsstreben heraus, zum Teil mit der Arbeitnehmerschaft, zum Teil mit Betriebsräten, in geistiger Hinsicht – uns sehr nahestehend – an dieser Bildungsarbeit mitwirken. Sie pflegen insbesondere das Gespräch, die Diskussion.

Ich darf hier erwähnen, daß wir auch an mehreren Stellen bereits derartige Gesprächszentren für das laufende Gespräch mit Angehörigen aus unseren Gruppen in der sowjetischen Besatzungszone haben. Man kann darüber nicht viel sprechen. Es ist merkwürdig, daß hierbei nicht die materiellen Dinge, sondern – wovon der Herr Bundeskanzler gesprochen hat – die Auseinandersetzung mit dem Materialismus in seinen verschiedenen Erscheinungsformen das Hauptthema bilden.

Wir sollten die gegebenen Anregungen entwickeln und im kleinsten Kreise für die nächste Vorstandssitzung vorbesprechen. Ich bin auch gern bereit, Herr Heck, Ihnen einige schriftliche Unterlagen zu geben.

*Gradl:* Mir scheint die entscheidende Frage zu sein, wie antworten wir jemandem, den wir für die Partei als Mitglied und aktiven Mitarbeiter gewinnen wollen, auf seine Frage: Was habe ich davon, wenn ich in der Partei bin? Ich bitte Sie, die Frage nicht so zu verstehen, daß der Betreffende klingende Münzen oder einen Posten erwartet. Um diese Leute geht es nicht, die suchen wir nicht; die haben wir zur Genüge! (*Adenauer:* Na! Na! Na!) Wir haben eine ganze Menge. Was wir brauchen, sind Leute, die aus Verantwortungsgefühl heraus in einer politischen Gemeinschaft mitarbeiten wollen, um somit das politische Leben in einem bestimmten Sinne zu entwickeln.

Ich kann nur sagen, daß wir bisher nicht genug getan haben, um in den Menschen das Interesse für eine Arbeit in unserer Parteiorganisation zu wecken, und zwar weder in dem Sinne, daß derjenige, der da hineingeht, das Gefühl bekommt, etwas mehr zu

erfahren als der Normalsterbliche, noch dadurch, daß er etwas mehr erfährt, um auch etwas mehr sagen zu können. Ich glaube, daß sehr viele Menschen, die an sich berufen wären, in der Partei tätig zu werden, dieses Empfinden haben. Es ist absolut richtig, was Sie gesagt haben. Vorhin hat auch Herr Zimmer etwas Ähnliches gesagt. Unsere Parteimitgliedschaft ist im Grunde erstarrt auf dem Stande der Jahre 1946/47.

Wir sind unter uns, und da darf man es einmal deutlicher sagen, als man es draußen tun würde. Weithin in der Partei haben sich im Laufe der Jahre Cliques gebildet, die eifrigst darauf bedacht sind, keine fremden Kräfte hineinkommen zu lassen, (*Zurufe*: Sehr richtig!) weil diese ihnen nämlich in die Parade fahren, wenn es um die Aufstellung der Kandidaten oder um die Vorstandswahlen usw. geht. Das ist eine der ernstesten Gefahren, vor der unsere Parteiorganisation steht; es ist beileibe nicht die einzige. Wir wissen alle, daß die Menschen die Erfahrungen aus dem Nationalsozialismus und der Entnazifizierung auch nicht gerade als Ermunterung aufgefaßt haben, nun wieder in einer Partei aktiv zu werden.

Was nun das besondere Unglück und die großen Schwierigkeiten sind, das hat Herr Tillmanns etwas nebenbei angesprochen, als er von den soziologischen Veränderungen gesprochen hat. Ich will nicht Ihre Zeit lange in Anspruch nehmen, um das näher auszuführen, sondern ich will nur ein Beispiel erwähnen: Ich war 14 Tage in England vor den Wahlen<sup>73</sup> und habe dort einige Einblicke in den englischen Wahlkampf bekommen. Ich habe viel mit Engländern diskutiert und dabei festgestellt, daß bei ihnen im Grunde genommen ein ähnliches Problem besteht wie bei uns, daß nämlich die neuen technischen Formen des Ansprechens der Masse dazu führen, die bisher kleinen Gemeinschaften in den Dörfern und Gemeinden aufzulockern. Zehn Tage vor der Wahl habe ich eine Versammlung in einem als gut bezeichneten englischen Wahlbezirk besucht. Dort war der konservative Vertreter der Kandidat. Es sind 30 oder 35 Leute dagewesen. Sie wissen, daß insbesondere die Konservativen große Sorge hatten, daß sie wegen der schlechten Beteiligung an der Wahl die Wahl verlieren würden. Das ist nicht eingetreten.

Wir müssen feststellen, daß die bisherigen Formen, um die Menschen anzusprechen, offenbar nicht mehr genügen. Wir müssen also ganz andere Wege gehen. Unser Unglück ist es, in dieser besonderen deutschen Situation diese zusätzlichen Schwierigkeiten zu haben. Wenn man gründlich darüber nachdenkt, dann könnte man beinahe daran zweifeln, ob es uns überhaupt gelingt, mit dieser Sache fertig zu werden. Ich habe darüber auch mit Herrn Heck einige Male gesprochen. Wir dürfen eines nicht vergessen, wir müssen den einzelnen, den wir in die Parteiorganisation bekommen wollen, direkt interessieren. Es muß etwas sein, wenn jemand Mitglied unserer Partei ist, und er muß auch im echt christlichen Sinne etwas davon haben.

Es ist wirklich kein Vergnügen, in den Ortsgruppenversammlungen unserer Partei zu sein. Da sitzen meist ein paar Leute vom Kirchenvorstand und ein paar alte Leute,

---

73 26. Mai 1955. – Die Konservativen errangen 345 Mandate (1951 320), Labour 277 (293), die Liberalen 6 (6). Vgl. AdG 1955 S. 5183.

die sonst nichts anderes machen. Es gibt nur ein paar Leute, die die eigentlichen Drahtzieher des politischen Lebens in dieser Gemeinschaft sind. Und das ist keine Zugkraft für die Verbreiterung unserer Partei.

Ich habe das mit dieser Grobheit ausgesprochen, weil wir überhaupt nur weiterkommen, wenn wir uns über diesen ziemlich desolaten Zustand unserer Partei am Beginn unserer Unterhaltung völlig klar sind.

*Wehking:* Der Herr Bundeskanzler hat von der Gefahr der Vergreisung gesprochen. Auch Herr Gradl sagte es. Wir haben alle die Beobachtung gemacht, daß es schwierig ist, die Gremien, die 1946/47 gebildet wurden, zu erneuern. Ich habe vor zwei Jahren zu einem radikalen Mittel gegriffen und durch den Kreisvorstand den Beschluß herausgeben lassen, die Vorsitzenden der Ortsgruppen durch ihre Stellvertreter auszuwechseln. Die bisherigen Vorsitzenden seien mir dafür verantwortlich, daß der Laden laufe. Falls der Stellvertreter nicht spurte, müßte der Vorsitzende sofort einspringen. Wenn man also den Vorsitzenden verpflichtet, im Notfall einzuspringen, dann geht es.

Herr Dr. Tillmanns hat davon gesprochen, solche Spender heranzuziehen, die kleinere Beträge abgeben. Wir haben für die Leute, die zwar nicht Mitglieder werden wollen, aber doch ein Scherflein geben, ein Formular entwickelt:

Hiermit bestelle ich das „Monatsblatt“. Ich bezahle dafür einen Unkostenbeitrag von soundso viel Mark.

Das kann eine Firma oder auch eine Privatperson sein. Ich warne, den Beitrag durch die Post einsammeln zu lassen; denn nicht alle Briefträger sind Freunde der CDU. Es sind auch nicht alle Mitglieder geneigt, jeden Monat Beitrag zu zahlen. Man kann nicht einfacher die Mitgliedschaft loswerden als durch die Post. (*Lebhafte Heiterkeit.* – *Zuruf:* Das war gut!) Man sollte die Einkassierung der Beiträge durch freiwillige Helfer vornehmen lassen.

*Adenauer:* Meine Damen und Herren! Wir müssen diesen Raum leider um 7 Uhr räumen. Wir haben jetzt Viertel vor 7 Uhr. Ich möchte den Vorschlag wiederholen, den ich eingangs gemacht habe, nämlich den Vortrag des Herrn Heck zu vervielfältigen, die Diskussion im großen und ganzen – wenn auch etwas gekürzt – hinzuzufügen und dieses dann den Mitgliedern zuzustellen. Wir können dann in der nächsten oder übernächsten Sitzung des Vorstandes zu den Fragen Stellung nehmen. Ich bitte Sie aber – das möge mir Herr Tillmanns nicht übelnehmen –, bei der Prüfung des ganzen Problems nicht den alten Spruch zu vergessen: Wo du nicht bist, Herr Organist, da schweigen alle Flöten! (*Tillmanns:* Der Herr Bach ist hier der Organist. – *Heiterkeit.*)

*Zimmer:* Darf ich mir gestatten, Ihren Vorschlag zu ergänzen, und zwar mit Rücksicht auf die Würdigung, die Herr Tillmanns Ihren Worten gegeben hat. Ihre Worte waren ein letzter Appell an unsere Verantwortlichkeit in einer Eindringlichkeit, wie wir sie bisher von Ihnen noch nicht gehört haben.

Deshalb möchte ich vorschlagen, daß auch Ihre Ausführungen den Landesvorsitzenden mit der Bitte zugehen, diesen Ihren Appell an alle Mitglieder der Landesvorstände weiterzugeben, und zwar in dem Wortlaut, wie Sie ihn gegeben haben; natürlich im Zusammenhang mit den Ausführungen von Herrn Heck.



Ich möchte weiter vorschlagen zu beschließen, daß die Landesverbände aufgefordert werden, unverzüglich – sagen wir im Juli oder August – zu Mitgliederwerbungen zu schreiten. Diese Werbung darf nicht auf den Geschäftsführern sitzenbleiben, sondern es müssen alle politischen Exponenten der Partei mitwirken. Dann können wir im Herbst erfahren, welche Fortschritte die Landesverbände erzielt haben. Ich möchte das ausdrücklich beantragen!

*Adenauer:* Juli und August sind ungeeignete Monate. Ich würde vorschlagen, den September und Oktober zu nehmen. Dann können wir uns auch vorbereiten.

*Eplée:* Ist etwas Näheres bekannt über den Ort und Zeitpunkt des Parteitages?

*Heck:* Es war ursprünglich vorgeschlagen worden, den Parteitag in Stuttgart abzuhalten. Zunächst sah es so aus, daß in Stuttgart vor November keine geeigneten Räume zur Verfügung gestellt werden können. Nun habe ich vorgestern von einem Herrn der Ausstellungsleitung auf dem Killesberg die Nachricht bekommen, daß es auch im November in Stuttgart nicht möglich sei, die Räumlichkeiten für die Durchführung eines Parteitages zur Verfügung zu stellen, so daß sich der Vorstand erneut mit dieser Frage befassen muß.

*Adenauer:* Nach meiner Erinnerung waren wir uns schlüssig geworden, den Parteitag in Baden-Baden abzuhalten. Ich war inzwischen auf der Bühler Höhe und habe mit dem Oberbürgermeister Schlapper<sup>74</sup> von Baden-Baden gesprochen. Er wußte noch nichts davon. Es wird also höchste Zeit, daß man da etwas tut!

*Heck:* Ich habe einen Herrn nach Baden-Baden geschickt. Er hat festgestellt, daß die Räumlichkeiten im Kurhaus sich zur Durchführung eines Parteitages eignen und daß sie zwischen dem 6. und 9. Oktober kostenlos zur Verfügung stehen.

*Adenauer:* Dann müssen wir jetzt einen Beschluß fassen.

*Kaiser:* Wir haben im geschäftsführenden Vorstand darüber gesprochen. Da hat es gegen Baden-Baden Bedenken gegeben. Das ist für die Durchführung eines Parteitages der Christlich-Demokratischen Union nicht der richtige Ort. (*Kiesinger:* Wir brauchen ja nicht in den Spielsaal zu gehen!) Es gibt noch mehr Städte von Rang in diesem Lande. Es könnte also ein anderer Vorschlag gemacht werden. Ich brauche das nicht weiter zu erörtern. Baden-Baden ist eine etwas zu vornehme Stadt. (*Widerspruch und Bewegung.*)

*Adenauer:* Ich bin Ehrenbürger von Baden-Baden! (*Heiterkeit.*) Ich muß entschieden dagegen Verwahrung einlegen, Herr Kaiser, denn Baden-Baden hat jetzt, im Gegensatz zu früher, eigentlich nur Laufkundschaft, und zwar sehr einfache Leute. (*Zuruf:* Sonst war es Kassenkundschaft!) Ich glaube, wir sind auch gar nicht so vornehm, so daß wir ganz gut nach Baden-Baden passen.

*Kaiser:* Ich mache nur darauf aufmerksam: Wir sind einmal mit einer anderen Gesellschaft nach Neuenahr gegangen. Das ist unter Kritik gestellt worden.

*Adenauer:* Wir wollen gerade nach Baden-Württemberg gehen wegen des bevorstehenden Wahlkampfes. Ich würde es sehr begrüßen, wenn wir nach Baden-Baden

---

74 Ernst Schlapper (1887–1976), bis 1969 Oberbürgermeister von Baden-Baden (CDU).

gingen. Baden-Baden hat einen großen Zulauf, und wir werden bestimmt viele Leute dort haben. Das wird dem Wahlkampf nützen. Ich wäre auch lieber nach Stuttgart gegangen, aber das ist nicht möglich. (*Albers*: Wie wäre es mit Freiburg?) Das ist eine etwas zu weite Reise. Baden-Baden ist leichter zu erreichen. Außerdem bekommen wir dort, wie Sie gehört haben, die Räume kostenlos zur Verfügung gestellt.

Meine Damen und Herren! Es muß vorangemacht werden. Wir wollen abstimmen. Wer dafür ist, daß der Parteitag in Baden-Baden vom 6. bis 9. Oktober stattfindet, den bitte ich, eine Hand zu erheben. – Das ist die übergroße Mehrheit.

Ich habe nun einen Zettel bekommen, der Saal müsse unverzüglich geräumt werden. Nun haben wir noch das Pressecommuniqué. Ich weiß nicht, wer es entworfen hat. Es ist auch korrigiert worden; von wem, weiß ich auch nicht. Ich darf es einmal vorlesen:

„Der Bundesvorstand der CDU hielt am Freitag, dem 3. Juni 1955, unter dem Vorsitz seines Ersten Vorsitzenden Bundeskanzler Dr. Adenauer eine Sitzung ab, in der die innen- und außenpolitische Lage eingehend erörtert wurde. Dr. Adenauer schilderte in einem ausführlichen Überblick die Entwicklung der letzten Zeit und berichtete über die Haltung der Bundesregierung zu den einzelnen Problemen. Die Politik der Bundesregierung wurde vom Bundesvorstand einmütig gebilligt.

In der Aussprache wurden folgende Gesichtspunkte hervorgehoben: Eine internationale Entspannung ist dringend notwendig, insbesondere im Hinblick auf die Entwicklung der Waffentechnik bis zur H-Bombe. Diese Entspannung muß im Zusammenhang mit einer kontrollierten Abrüstung angestrebt werden. Sicherheitssysteme verlieren ihren Wert, wenn alle Beteiligten immer weiter aufrüsten. Die Schaffung eines neutralen Staatengürtels in Europa würde die internationalen Spannungen nicht vermindern, sondern verschärfen. Sie würde die Einigung Europas vermindern und damit die neutralen Staaten der Gefahr aussetzen, in den Sog der sowjetischen Politik zu geraten.

Die deutsche Wiedervereinigung in Frieden und Freiheit muß einen integrierenden Bestandteil einer internationalen Entspannung bilden. Deshalb wird das Zustandekommen einer Viererkonferenz, auf der auch die Frage der Wiedervereinigung zur Sprache kommen soll, begrüßt. Die Verhandlungen über die deutsche Wiedervereinigung werden viel Geduld und allen Einsatz der deutschen Politik erfordern. Es muß alles getan werden, um das Scheitern solcher Verhandlungen zu verhindern. Aussicht auf Erfolg haben Verhandlungen mit der Sowjetunion nur, wenn die durch die Pariser Verträge herbeigeführte Einigung des Westens weiter verstärkt wird. Deshalb ist es notwendig, die Wehrgesetze durch die parlamentarischen Körperschaften ohne jede Verzögerung zu verabschieden.

Um so bedauerlicher ist es, daß die SPD durch ihren Antrag im Bundestag, die Verwirklichung der Pariser Verträge auszusetzen, den Eindruck erweckt hat, als ob die Bundesrepublik nicht treu zu diesen Verträgen stehe und damit die Einheit der freien Welt gefährden könnte. Die SPD hat damit genauso einen falschen und für die deutsche Politik schädlichen Weg eingeschlagen wie mit der Behauptung,

nach der Ratifizierung der Pariser Verträge würde die Sowjetunion zu Verhandlungen über die Wiedervereinigung nicht mehr bereit sein. Die Annahme der Einladung zu der Viererkonferenz durch die Sowjetregierung hat auch in diesem Fall die SPD eindeutig widerlegt. Dagegen hat gerade die jüngste Entwicklung in jeder Hinsicht erneut bestätigt, daß die von der CDU hauptverantwortlich getragene Politik der Bundesregierung auf dem richtigen Wege ist. Die Aussprache des Bundesvorstandes ergab deshalb erneut die einstimmige Entschlossenheit, diesen Weg gradlinig und unbeirrt fortzusetzen.“

Sie sind damit einverstanden! Herr Lojewski, man kann vielleicht dieses oder jenes Wort etwas ändern. (*Zimmer*: Der Satz „Sicherheitssysteme verlieren ihren Wert, wenn alle Beteiligten immer weiter aufrüsten“ wird von der SPD sofort gegen uns ausgenutzt werden!) Dann wird er eben ausgenutzt! Das ist aber richtig. Die große Masse der Bevölkerung ist viel klüger als die SPD. Ich finde diesen Satz als einen der besten Sätze!

Meine Damen und Herren! Und nun müssen wir hinaus! Ich darf mit bestem Dank an Sie alle die Versammlung schließen. Morgen um 10 Uhr ist die Tagung des Parteiausschusses im Fraktionssaal der CDU.

## 9

*Bonn, 30. September 1955*

*Sprecher: Adenauer, Altmeier, Eplée, von Fisenne, Gradl, von Hassel, Heck, Frau Heiler, Hellwig, Johnen, Kaiser, Kiesinger, Kilb, Krone, [Lensing], Majonica, Müllenbach, Scharnberg, Schwarz-Liebermann, [Seidel], Strickrodt, Tillmanns, Wackerzapp, Frau Weber, Wirsching, Wuermeling, Zimmer.*

*Bericht über die politische Lage: Moskau-Reise. Entwicklung der Verhältnisse an der Saar. Bundesparteitag. Stellungnahme zu den Vorgängen im BHE. Verschiedenes.*

*Beginn: 15.00 Uhr*

*Ende: 20.20 Uhr*

Teildruck in SCHWARZ: Reden S. 302–314

*Adenauer*: Meine Damen und meine Herren! Es fehlen zwar noch prominente Mitglieder, aber ich denke, sie werden sich nach und nach einfinden, und wir dürfen wohl beginnen. Es haben sich entschuldigt die Herren Samsche, Wegmann,